

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 19. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Ein Garde-Roman.

Nicht aus einer kleinen Garnison, sondern aus der Großstadtwelt der Garde, von den „Citronenfaltern“, wie das Garde-Infanterie-Regiment Franz Ferdinand Leopold wegen seiner gelben Achselfalten genannt wurde, erzählt der frühere Offizier Wolf Graf von Vaudiffin in dem neuesten Militärroman. Die staatsbehaltende Presse, allen voran der allzeit streitbare Herr v. Dognaslawski, ist über diese Geschichte aus der Kasse der „erstklassigen Menschen“ wild hergefallen. Das Nachwerk, so rief man, sei nichts als eine gemeine Geldspekulation. Das ist gleichgültig. Wir kennen die Motive des Verfassers nicht, und haben keine Ursache, ihnen nachzuforschen. Sicher ist auch, daß der Roman literarisch eine edle und reife, im schlimmsten Kasernenstil eifertig gekletterte Substanz ist. Es ist auch wahr, daß nach dem ungestümen Erfolg von Weherlein und Wisse die Konjunktur für naturalistische oder militär-kritische Stoffe dieser Art sehr günstig ist. Die dümmlich-schneidigen lebenswichtigen Weilschnecker sind aus der Mode, die holden und bornierten Don Juans mit dem P-Scheitel haben alle Unwiderstehlichkeit verloren, die kullenden Militärhumoresken sind kein Geschäft mehr, man will Wahrheit, oder doch Enttarnung von Consciencegeheimnissen, ein bißchen harte Anklage, die doch nicht in die Tiefen des Systems unerbittlich bringt; man will hinter dem romanhaft und siegreich in der Liebe taumelnden Kavaliertum die höchst brutalen Geschlechtskrankheiten, hinter der näselnden lebenswichtigen Weilschnecker die leere und zottige Trottel, hinter der eleganten Partibinden-Schönheit die läppische Eigenkonfession, hinter der patriotischen Ritterlichkeit den irdischen Kampf um Geld und Geltung, hinter der strammen Energie die Soldatenmishandlungen angedeutet sehen, ohne daß doch die ganze militärische Herrlichkeit von Grund aus zerfällt werde. Wenn also auch nicht zu leugnen ist, daß Wolf Graf v. Vaudiffin durchaus den modischen buchhändlerischen Bedürfnissen entgegen kommt, so würde die staatsbehaltende Behauptung, daß er lediglich aus materiellen Motiven seinen Roman geschrieben habe, doch nur das eine beweisen, daß in die Schredensgalerie der erstklassigen Menschen, die er schildert, noch einer mehr aufzunehmen sei, nämlich der Verfasser selbst.

Die Verdächtigung des moralischen Wertes des Verfassers aber entkräftet nicht im mindesten diese fürchterliche und bis zum Uebermaß gründliche Psychologie des Militarismus in seiner vornehmsten Kleidung, in den feudalen Garde-Regimentern. Wahrheit oder Lüge — das ist die einzige Frage, an der die Öffentlichkeit Interesse nehmen kann. Ist der Verfasser nicht moralisch und intellektuell vollkommen unzurechnungsfähig, so mußte er sich der Verantwortung bewußt sein, als er diese entsetzlichen Bilder entwarf. Er durfte schwerlich wagen, eine rachsüchtige, in ihrer literarischen Gewissenlosigkeit doppelt abscheuliche Phantastie unmittelbar und unter derben aktuellen Andeutungen gegen eine Institution spielen zu lassen, mit der heute der widerwärtigste und gefährlichste Götzendienst getrieben wird. Er mußte sich sagen, daß er jederzeit bereit zu sein hätte, für die typische Wahrheit seiner Schilderungen den Beweis der Wahrheit anzutreten. Man braucht nicht anzunehmen, daß Wolf Graf v. Vaudiffin direkt nach Modellen, nach bestimmten Personen und Ereignissen gearbeitet hat, wie das der Homer von Dornen hat, obwohl auch in diesem Roman z. B. der Fall Breidenbach deutlich in seinen Einzelheiten dargestellt ist. Man muß vielmehr voraussetzen, daß der Verfasser gerade unabhängig vom Persönlichen und Einzelgeschicknis eine typische Charakteristik des Gardeoffizierswesens entwerfen wollte. So vergißt er ja auch nie, wenn er irgend eine neue widerliche Eigentümlichkeit erwähnt, hinzuzufügen, das sei nicht eine Ausnahme, das thäten alle Offiziere oder 75 Prozent oder 50 Prozent. Diese 50 Prozent, das ist durchgängig der Mindestgrad von typischer Allgemeingültigkeit, die der Verfasser beansprucht. Wolf Graf v. Vaudiffin behauptet also, der Sache nach absolute Wahrheit zu geben, und giebt er die Wahrheit, so wäre damit ein Streich gegen den herrschenden Militarismus geführt, den er überhaupt nicht überwinden kann — ohne eine Reform an Haupt und Gliedern.

Weherleins romanhafte Fertigkeit wirkt wie eitel Marzipan, und selbst Wilkes erste Reportage von der kleinen Garnison wie mildes Orangenblütenwasser gegenüber dem Vexierbild dieser Schilderung. Und diesmal ist es kein bürgerlicher Literat, der ein paar Monate flüchtig in die Kasernen geschaut, und auch kein bürgerlicher Offizier, der nicht zu den erstklassigen Menschen gehört, auf die sich eigentlich der preußische Militarismus beschränken soll, sondern es ist selbst ein Mitglied jener Weilschnecke, aus der abzusammeln die Verachtung zur Aufnahme in die allerfeudalsten Regimentern verleiht. Dieser Wolf Ernst Hugo Emil Graf Vaudiffin gehört zum vornehmsten Uradel; seine Verwandten wimmeln in Armee, Flotte und Verwaltung. Wir finden da zahlreiche Offiziere, Admirale, Landräte, Ehrenritter des Johanniter-Ordens. Der Mann ist demnach durchaus legitimiert, standesgemäß unterrichtet zu sein und aristokratisch zu fühlen. Und der entwirft nun Sittenbilder aus seiner Gesellschaft, daß die Personalakten eines Suchthauses dagegen wie Tragödien edelsten Menschentums anmuten. Unter all den edlen Figuren ist niemand, der nicht — proletarisch geboren und unständig — unerbittlich der Fürsorge-Ordnung überwiesen werden würde.

Schon das Hauptmotiv des Romans charakterisiert die geistige Höhe des feudalen Militarismus. Die Garde-Regimentern nehmen, wie bekannt, keine bürgerlichen Offiziere auf. Die letzte Rang- und Quartierliste zählt in den Garde-Regimentern von Berlin und Umgebung ausschließlich adlige Namen. Diese Exklusivität wird nun in dem Roman durchbrochen. Ein besonderer Günstling des Landesherren, ein millionengereicher bürgerlicher Fabrikantensohn, wird unter die feudalen Citronenfalter versetzt. Der Widerstand

des adligen Offiziercorps gegen den Eindringling ist das Thema des Romans. Man sollte meinen: ein Stoff gerade ausreichend für eine karrierende Militärschnurre von 100 Druckzeilen. Aber hier wird diese Lächerlichkeit wie das ernsteste Weltproblem auf viertheilshundert Seiten behandelt. Das Offiziercorps kennt keine höhere Aufgabe, als den Bürgerlichen zu beseitigen und mit dem Erfolg des Adels schlägt der Roman: die Citronenfalter sind wieder unter sich.

Mit der Einweihung eines neuen überprächtigen Regimentshauses beginnt die Erzählung. Die Offiziere schwimmen in Seligkeit, daß sie nun in ihrem Kasino mit den Palasträumen der noch vornehmeren Kavallerie-Regimenter konkurrieren können. Seite 4 wird der Grundton angeschlagen:

Ein Mlanenleutenant, der als großer Spieler allgemein bekannte Baron Werzbach, klemmte sich sein Monocle ein und musterte auch seinerseits die Tafelrunde, dann tauchte er sich an seinen Nachbar:

„Wirklich standesgemäße Gesellschaft, an dem ganzen Tisch nicht ein einziger Bürgerlicher.“

„Doch — einer.“

Der Mlan klemmte sein Monocle noch fester ein, um den Mann herauszufinden.

„Wer ist es denn?“ fragte er endlich.

„Der Architekt, der uns das Haus gebaut hat.“

„Ach so, der — na, der zählt doch gar nicht mit. Aber wie kommen Sie denn eigentlich dazu, den Mann einzuladen?“

„Wir haben es lange hin und her überlegt, aber es ging nicht gut anders. Der Mann hat früher als Einjähriger bei uns gedient, und aus Anhänglichkeit und aus Liebe zum Regiment hat er uns die Baupläne kostenlos angefertigt.“

In der Weile schreitet der Roman fort. Seite für Seite in wüstem Einerlei, nichts wie Sekt, Böllerei, Spiel, Schulden, Hochstapeleien, Weiber, Prostitution, Geldheiraten, wertlose Ehrenworte und Ehrenscheine, Syphilis und zur Abwechslung Soldatenmishandlungen. Der einzige leidlich anständige und intellektuell normale Offizier ist jener einzige bürgerliche Offizier, der zum Vater — der Verfasser verbeugt sich tief vor der Tugend der Bourgeoisie — einen durch Arbeiterwohlthätigkeit zum Millionär gewordenen Fabrikanten hat. Und auch der ist schließlich nur anständig, weil es ihm seine Mittel erlauben, und nur in so weit, als er nicht gerade, wie die anderen, moralische Verbrechen gewerbmäßig verübt; denn auch der edle Fabrikantensohn, die Krone des Bürgertums, begiebt sich unmittelbar von einer illegitimen Hochzeitreise mit einer kleinen süßen Diga vom Theater zu dem legitimen Altar, an dem ihm das adlige Offiziersfräulein angetraut wird. Als geistig normal veranlagt darf er ebenso nur deshalb gelten, weil sein Ideenkreis sich nicht, wie der der anderen, in Betrachtungen über das blaue Blut, über die Menu-Karte von gestern und die körperlichen Geheimnisse der Frauen, der „Damen“ wie der „Weiber“, erschöpft. Mit diesem bürgerlichen Offizier ist aber nun das auch für abgehärtete Leser moralisch erträgliche Menschenmaterial erledigt. Das andre ist nur Unflat, der sich mit einer cynischen Selbstverständlichkeit darbietet. Kein noch so flüchtiger höherer Gedanke triffelt auf diesem Morast, so daß man, nachdem der Ekel überwunden, fast Mitleid mit diesen Wesen empfindet, denen ein entsetzliches System den letzten Rest von Menschlichkeit und Menschenwürde auspreßt.

Da ist ein Major a. D. und seine Gattin. Bei einer militärischen Besichtigung ist er verunglückt. Mit 4000 M. Pension zieht er sich in eine kleine Stadt zurück. Sein Sohn ist Lieutenant. Der Alte wie sein Sprößling erstickt in Schulden, sie pumpen alles an und bezahllen niemand, auch den kleinen Handwerker nicht; sie wenden die schimpflichsten Ausflüchte und Vorspiegelungen an. Ihre einzige Hoffnung ist die schöne Tochter. Die soll sich mal reich verheiraten, und wäre es nur mit einem Bürgerlichen. Jahr für Jahr wird sie nach Berlin geschickt zu wohlhabenden Verwandten, einem Hauptmann bei den Citronenfaltern; alle Angellüste werden brutal angewandt, immer vergebens. Die größte Sorge der Eltern und des Bruders ist, sie könnte verblühen, ohne daß es ihr gelänge, den Tölpel mit ihren Reizen einzufangen, der für die ganze Familie die Schulden bezahlt. Das Mädchen ist den Jüngern noch viel zu spröde und ungefällig. Und so schreibt ihr denn der Lieutenant Bruder u. a.:

Du weißt ja, die andren Schulden drücken nicht, aber Spielschulden sind Ehrenschnulden und an unsrer Ehre dürfen wir keinen Knack erleiden, lieber heißt es Abschied nehmen von dieser Welt. Lieber tot als ehelos. Also, wie gesagt, Silde, ich brauche vier braune Lappen, und Du mußt sie mir besorgen.

Und dann giebt Bräuderchen seine Stuppel-Ratschläge:

Du hast in den letzten Jahren mächtig eingepackt. Als ich Dich das letzte Mal sah, bekam ich wirklich einen Schrecken. Verstehe mich recht, Du bist noch immer ein hübsches Mädel, aber im Vergleich zu früher? Na, die Hauptsache ist ja, daß Du diesem Wüßler, oder wie er heißt, gefällst. . . Papa schrieb mir, er hätte aus Anlaß der frohen Nachricht sofort seinen Weinkeller komplimentiert. . . Uebrigens hat Tante auch berichtet, Dein zukünftiger Schwiegervater fabriziere Ändpfe. Schreckliche Vorstellung, ist das wirklich wahr? Na, die Hauptsache ist ja schließlich, daß er genügend Ändpfe hat. Halte ihn Dir nur warm, Du hast ja immer noch schöne Augen, gebrauchte sie nur ordentlich, dann hast Du ihn sicher.

In dieser Familiengeschichte spiegeln sich alle unheimlichen Laster, die denkbar sind, und alle Gebrechen, die nach des Verfassers Behauptung dem militärischen System und seinen Trägern anhaften. Wolf Graf Vaudiffin erzählt, wie in der ganzen Armee vom untersten bis zu den hohen Offizieren eine ewige Angst herrscht, infolge irgend eines Ungefährs den Dienst verlassen zu müssen. Die Pensionierung bedeutet für den reichen Offizier den Sturz von gesellschaftlichen Höhen zum Paria, für den armen dazu den

wirtschaftlichen Zusammenbruch. In dem unablässigen Kampf um die Existenz wurzeln die furchtbaren Erscheinungen des Systems: das nur äußerlich alles glatt und glänzlich verlaufe. Daher die Soldatenmishandlungen, die den Unteroffizieren und Offizieren eine gute Note zwangsweise verschaffen sollen. Daher auch die Sucht zu vertuschen: „Kein Mensch arbeitet heute mehr an der Ausbildung der Armee, jeder kämpft um seine Existenz, einem jeden droht täglich aus tausend Gründen die Verabschiedung, und lediglich um diese so weit wie möglich hinauszuschieben, werden gegen die Untergebenen aller Grade Ungerechtigkeiten begangen, die zum Himmel schreien. Ueber Leichen geht heutzutage der Weg zum Anancement.“ (S. 202.) Nur kein Skandal! Der kostet den Vorgesetzten seine Stellung. Die Technik im Augenzubrüden ist aufs höchste entwickelt. Spiel und Schulden sollen nicht sein, also — sieht man sie nicht. Schließlich sieht das System zur Paralyse des sittlichen und geistigen Charakters. Man lebt im wilden Taumel dahin und, wenn es nicht weiter geht, greift man zum nackten Verbrechen und zum Revolver. Aber auch das anständige Durchschnittsbild ist von entsetzlicher schweigerischer Dede: „Bald ist hier ein Fest, bald dort, Liebesmahl, Gafestag, Geburtstagsfeier, Gartenfest mit Damen, Regimentsjubiläum, Abschiedsessen; selbst derjenige, der solide sein will, kommt aus der Sektflasche gar nicht mehr heraus, er muß einfach mitmachen.“ (S. 223.) Rätselfisch werden Schulden gemacht. Der Herr Oberst weiß es, aber er sagt sich: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Und um Sachen, die mir nicht dienlich gemeldet werden, brauche ich mich nicht zu kümmern. Ihm liegt seine eigne Zukunft und seine Karriere doch viel mehr am Herzen als die meinige. Ob ich zum Teufel gejagt werde, ist ihm ganz gleichgültig, aber wenn ich gehe, muß er vielleicht mitgehen, deshalb drückt er nicht nur beide Augen, sondern auch beide Ohren zu.“ (S. 225.)

Wie wird gepumpt?

„Die pumpen alle, vom Hauptmann herunter bis zum jüngsten Lieutenant, und selbst der Föhrrich trinkt sich Mut und bittet den Herrn Lieutenant ganz gehorsamt um zwanzig Mark. Ich kenne das. Ich habe nie einen Schuldchein erbeten, wenn ich Geld auslieh, aber man hat sie mir immer unangefordert gegeben, in solchen Dingen wahr man die Form und ist immer korrekt, aber eingelöst hat kein Mensch jemals seine Papiere.“ (S. 314.)

Das ist nun, trotz des Ehrenscheins, nicht allzu schlimm.

Schlummer ist die Gleichgültigkeit in der Auswahl der Personen, die angepumpt werden: Man schont nicht den Kleiner und nicht den eignen Burschen.

Bei solchem Dasein ist jede edlere Geistesbildung ausgeschlossen:

„Es giebt kaum einen Stand, in dem die allgemeine Bildung so läglich und erbärmlich ist wie bei den Lieutenants, ich hätte beinahe gesagt, sie können nicht einmal richtig lesen und schreiben.“ (S. 316.) „Wenn sich heutzutage zwei Lieutenants des Morgens beim Dinstern treffen und wenn der eine dann dem andren erzählt, daß er gestern bei dem Herrn Geheimrat eingeladen war, dann fragt der andre mit tödlicher Sicherheit zuerst: Was's was Anständiges zu essen? Und der erste Kamerad, der sonst stolz darauf ist, wegen allgemeiner Geisteschwäche nichts auswendig lernen zu können, schnurrt das ganze lange Menu mit allen Weinsorten herunter.“ (S. 205.)

Doch sie sind wenigstens bei allen ihren Lasten Soldaten mit Leib und Seele? Auch darauf antwortet Wolf Graf Vaudiffin durch den Mund seines bürgerlichen Offiziers: „Ich gebe Dir die Versicherung, von sämtlichen Lieutenants würde wenigstens sofort die Hälfte den Abschied einreichen, wenn sie sich finanziell in einer gesicherten Lage befänden. Der beste Beweis für meine Behauptung ist wohl der, daß jeder Lieutenant eine reiche Frau sucht. Hat er die gefunden, so geht er entweder gleich, oder er bleibt nur noch so lange, wie ihm die Sache Spaß macht.“ (S. 320.)

Damit wären wir zu dem abstoßendsten Kapitel gekommen, der Verwilderung der Geschlechtsmoral. Die Ehe wird als bloßes Geschäft aufgefaßt. Wir haben gesehen, wie die Majorstochter verpumpt wird, damit die Schulden ihrer Angehörigen bezahlt werden. Die Offiziere achten die Heiligkeit der Ehe nicht anders: „Wir leben lustig darauf los, wir vergeuden unser Geld und unsere Gesundheit, und wenn wir dann eines Tages am Ende sind, dann sehen wir uns auf den Wällen nach einem reichen jungen Mädchen um, das uns wieder flott macht.“ (S. 124.) „Ich begreife nicht,“ äußert einmal der bürgerliche Offizier, „wie reiche Eltern ihr Kind einem Offizier zur Frau geben können. Die Leute müssen sich doch sagen, daß man ihre Tochter nur des Geldes wegen nimmt.“

Da die Ehe nur ein Geschäft ist, so halten sich die Mädchen, Frauen und Männer der vornehmsten Gesellschaft anderweitig schadlos. Die Mädchen erzählen sich gegenseitig „mit wahrhaft cynischer Offenheit“, wie sie es anstellten, um die Eltern zu täuschen und die etwaigen Folgen ihres Verkehres zu verhindern.“ (S. 118.) Von einer Dame wird der Witz kolportiert: „Wenn ich heirate, mache ich gerade meine zwölfte Hochzeitreise.“ „Die Pseudonimen hatten sich halbrot lachen wollen und sie um ihr Glück bei den Männern beneidet.“ (S. 120.) Ja, es wird sogar ein, allerdings vereinzelter Fall behauptet, daß die Schwester eines Offiziers mit Wissen ihres Bruders sich gewerbmäßig prostituierte, und von dem Geld, das die Schwester sich so verdiente, trank der Lieutenant Sekt und spielte in der Gesellschaft den vornehmen Kavaler.“ (S. 122.) Die Offiziere ihrerseits leben nicht minder aristokratisch-leusch. Die süße Diga vom Theater führt einmal gelegentlich einer Schäferstunde: „Wie kommt es denn, daß fast alle, die bei uns trank sind, es ihrem Verlehr mit den Offizieren verdanken? Wir wissen und hören ja wenig von unsern Ballettdamen, aber so viel hören wir doch, daß häufig genug Erkrankungen vorkommen und fast immer ist ein Lieutenant daran schuld.“ (S. 144.)

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Feiertagen und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Wir sind die Lehren, die der Tugendheuchler das Wort reden wollen. Aber es ist uns kaum eine Sittenschilderung bekannt, welche den Geschlechtsverkehr so aller menschlichen Leidenschaft, poetischen Verklärung und selbstloser Hingabe entleidet, wie dieser Roman, der in der vornehmsten Klasse spielt. Hier giebt nur Geschäft, nur gemeine Sinnlichkeit, die stumpflos auch vor dem Verbrechen nicht zurückschreckt, bewußt den Leib der Geliebten zu vergiften...

Es sei genug des Allen! In dem Roman wird auch über Geistesmittel diskutiert. Sie sind kleinlich, lächerlich genug. Eine an sich ganz verständige, wenn auch nicht durchgreifende von Kaiser Friedrich während seiner kurzen Regierungszeit bereits unterschriebene, aber nicht in Kraft getretene Kabinettsorder wird empfohlen, wonach Offiziere nur im Dienst Uniform tragen sollen. Oder: Nur reiche Eltern sollen ihre Söhne Offiziere werden lassen. Oder: Beseitigung der Kadettenanstalten, und dergleichen mehr.

So beansprucht auch Wolf Graf Vandivissin Berater und Erzieher des Militarismus zu sein, indem er sein abscheuliches Sittenbild vorstellte. Wir wissen nicht, ob er die reine Wahrheit, ohne Uebertreibung und ohne spekulative Tendenz niederschrieb. Er hat seine Darstellung moralisch zu verantworten. Wenn aber auch nur ein kleiner Teil der Schilderung den Tatsachen entspricht, dann ist es übergenug, um das ganze System in seiner Kulturgefahr zu entblößen. Seitdem für dieses Roman wieder den Willen des Verfassers der Beweis der Wahrheit in jedem Punkt geführt wurde, haben derartige Schriftwerke den Wert von politischen Dokumenten, und es ist nicht mehr angängig, sie der heulischen, skandalisierenden Lektüre und den Leihbibliotheken zu überlassen. Rechnen man die zahllosen militär-kritischen Broschüren hinzu, die gerade jetzt jeden Tag erscheinen, so gewinnt man doch den Eindruck, als ob selbst die militärischen Kreise gegenwärtig in tiefer Gärung begriffen sind. Man ist irre geworden an der eigenen Gottähnlichkeit. Jena mahnt!...

Der Militarismus ist heute die stärkste und gefährlichste Macht. Er ist der Fort aller Reaktion. Er verschlingt nicht nur den Arbeits-ertrag der Nation zum größten Teil, er bedeutet nicht nur eine ständige Kriegsbedrohung, er soll ja auch berufen sein, die Kultur der herrschenden Gesellschaft gegen das Hummentum des sozialistischen Proletariats zu schützen. Da ist es gut, wenn die literarischen Annäherer des herrschenden Systems zeigen, wie geartet die bewaffneten Vorkämpfer dieser von und Barbaren bedrohten christlichen und nationalen Welt sind. Wir Vaterlandslosen aber sind doch auch patriotisch genug, um zu wünschen, daß diese militärfrommen Militärkritiker lügen, daß dieses System nicht so verwerflich ist, wie sie behaupten. Daran freilich ist kein Zweifel: die wirklichen Uebel dieses Systems können erst mit dem System selbst verschwinden. Sie wurzeln in dem unerbittlichen Gegensatz eines aus dem Volk gebildeten Heeres, das seinem Wesen und Zweck nur ein Kostenbeer, ein Werkzeug der herrschenden Gesellschaft ist. Nur die vollständige Demokratisierung des Wehrwesens wird die Last, die allem Kastentum notwendig anhaften, beseitigen.

## Ein Einbruch in die Reichsgrundrechte.

Die neueste Aktion der preussischen Germanisierungspolitik, die wir gestern als die Wiedergeburt des mittelalterlichen Prinzips des bürgerlichen Todes würdigten, widerspricht nicht nur den preussischen Grundrechten, sondern sie stellt sich auch als ein unerhörter Einbruch in die vom Reich gewährleisteten Grundrechte dar.

Die Absicht der preussischen Ansiedlungs-Novelle ist, den Polen den Erwerb von Grundbesitz zu vereiteln. Die bisherigen Ansiedlungsbeschränkungen waren lediglich baulicher Art, oder sie waren begründet in allgemeinen Wohlfahrtsrücksichten und Rechten dritter Personen. Aber diese Beschränkungen waren für alle Staatsbürger gleichmäßig und ohne Unterschied der Nationalität, Konfession, Abstammung fixiert. Jetzt wird nicht nur das Erfordernis der Ansiedlungsgenehmigung auf ein weiteres Gebiet (Wohnhäuser in geschlossenen Dörfern auf parzelliertem Boden) ausgedehnt, sondern es wird als ein neues, oder vielmehr erneuertes, vorwärtliches Prinzip die Ansiedlungsverweigerung aus politisch-nationalen Gründen für eine bestimmte Kategorie von Staatsbürgern eingeführt. Es wird z. B., wenn das Gesetz in Kraft tritt, nicht mehr möglich sein, daß — was die polnische Kolonisationsfähigkeit bisher erfolgreich leistet — innerhalb einer Gemeinde polnische Proletarier auf parzelliertem Boden ein längliches Besitztum erwerben. Von einer einzelnen polnischen Ansiedlung oder gar einer Kolonie außerhalb einer im Zusammenhang gebauten Ortschaft kann erst recht nicht mehr die Rede sein. Und nicht etwa ein Organ der Selbstverwaltung hat darüber zu bestimmen, ob die Ansiedlung stattfinden darf, sondern — im Bereich der Polengesetze — hat die Regierung selbst durch den Ansiedlungskommissar die freie Verfügung, die erforderliche Erlaubnis zu verweigern. Ausdrücklich wird obendrein bestimmt, daß diese Erlaubnis aus nationalen Gründen verweigert werden darf. Damit ist das Verbot des Eigentümererwerbs für die Polen auf dem Verwaltungswege gesetzlich festgelegt.

Man sollte es für unmöglich halten, daß die preussische Regierung diese verfassungswidrige Aktion wagt, wenn man nicht wüßte, daß sie systematisch daran arbeitet, die verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller Staatsbürger wieder aufzuheben. Hierher gehört ja auch das Verbot des Polnischen als Versammlungssprache, das die polnischen Proletarier der Geltendmachung ihrer Rechte berauben soll, hierher das angeklagte Kontraktbruchgesetz, das alle ländlichen Proletarier einem Ausnahmengesetz unterwirft.

Aber mit dem dem Herrenhause vorgelegten Gesetzentwurf gegen den Grundeigentümererwerb von Polen hat die preussische Regierung doch auch zugleich die Grenze des zu Duldenen und Möglichen plump überschritten. Sie hat eben nicht nur die preussische Verfassung verletzt, sondern sie ist in das Reichsrecht eingedrungen, und über diese Frage hat also das Reich und der Reichstag zu entscheiden, nachdem es der deutsche Reichskanzler zugelassen hat, daß der preussische Ministerpräsident diesen Einbruch in fremdes Gesetz verleiht.

Wir sind in der Lage den Nachweis zu führen, daß die preussische Regierung, obwohl auf die Tragweite aufmerksam gemacht, es unternommen hat, durch ihr Gesetz das klare Reichsrecht zu verletzen, indem sie es zu umgehen versucht. Ein allzu offenerherziger Regierungsdirektor Herr hat nämlich in der seiner Zeit von uns besprochenen Broschüre „Neue Bahnen der Polenpolitik“ der Regierung den Weg gewiesen, wie sie, ohne das direkte Verbot des Erwerbs von Grundbesitz durch die Polen anzuführen und ohne scheinbar mit dem Reichsgesetz in Konflikt zu geraten, doch das Ziel erreichen könne. Man werde — so schrieb der Assessor Herr — „aus Klugheitsrücksichten den Gegnern die Konzeption machen, daß man unter den zum Ziele führenden Mitteln mit Sorgfalt dasjenige auswähle, welches ein möglichst geringes Eingreifen des Staates in die Privatverhältnisse mit sich bringt“.

Er wies dann auf die Schwierigkeit hin, durch die Landesgesetzgebung die Maßregeln zu treffen, sofern das geplante Gesetz zur Kompetenz des Reiches gehören sollte. Denn wäre es Reichsrecht, so werde man gut thun, bei der Ausfertigung des Unternehmens von einer Weiterverfolgung des Gedankens abzu-

sehen. Herr wies dann klar nach, daß die Reichsgesetzgebung jede Beschränkung des Eigentümererwerbs in der That verbietet, um, nachdem er den Beweis geführt, ihn scheinbar wieder hinweg zu disputieren, in Wirklichkeit aber um der Regierung mit jesuitischen Ratschlägen zu zeigen, wie sie den Einbruch in die Reichsgesetze verheimlichen könnte. In der Nacht einer heillosen Gesehensverwirrung, so hoffte Herr, ließe sich der Einbruch ermöglichen. Die Regierung hat denn in der That mit ihrem Entwurf diesen Rat befolgt, wenn sie auch in der Ausführung der Umgehung des Reichsrechts den Ratgeber noch übertröffen hat.

Das neue preussische Ansiedlungsgesetz, das in der Sache das Verbot des Grundeigentümers für die Polen zum Zweck hat, verleiht:

1. gegen Artikel 3 der Reichsverfassung, der sogar den Staatsausländern in allen Bundesstaaten das gleiche Recht des Grundeigentümers sichert, und natürlich zur Vorandienung hat, daß innerhalb der Angehörigen eines Staates das gleiche Recht obwaltet.

2. gegen § 1 des Freizügigkeitgesetzes, das jeden Bundesangehörigen berechtigt, an jedem Orte Grundeigentum aller Art zu erwerben;

3. gegen das Bürgerliche Gesetzbuch, bei dessen Beratung im Artikel 62 des Einführungsgesetzes noch ausdrücklich Ausnahmsbestimmungen zu Gunsten der Polenpolitik ausgedrückt wurden;

Somit wird das Reich diesen ungeheuerlichen preussischen Vorstoß gegen seine Grundrechte mit aller Entschiedenheit und Beistimmung abzuwehren haben. Und es wird dabei auch Gelegenheit sein, auf die korrupten Liebesdienste hinzuweisen, die auch mit diesem Gesetz die preussische Regierung jener deutschen Landbank zu erweisen sucht, deren finanzielle Interessen die Hauptstücker des Kasatismus sind: die Herren v. Hansemann (inszwischen gestorben), Graf Douglas, v. Tiedemann u. a. m. Man erinnert sich, daß die Ansiedlungskommission den direkten Erwerb von Gütern zu billigeren Preisen ablehnte, um sie dann zu höheren Preisen der deutschen Landbank abzunehmen. Der jetzige Entwurf bedeutet nun nichts anderes als die Beseitigung der Konkurrenz der polnischen Landbank zu Gunsten der deutschen Landbank. Würde schon neulich den Beamten polnischer Herkunft unterlag, ihre Gelder bei einer polnischen Bank anzulegen, so soll es jetzt — durch das Ansiedlungsgesetz — der polnischen Landbank überhaupt unmöglich gemacht werden, Ansiedlungsgeschäfte auszuführen, da ja der Erwerb von Grundbesitz durch Polen jederzeit verboten werden kann.

So spielt die preussische Regierung mit den heiligsten bürgerlichen Eigentumsbegriffen Jangballe. Und wir Sozialisten können ja schließlich mit dieser Vernichtung des Eigentumsbegriffs zufrieden sein, wenn es sich nicht um eine Politik gegen das Allgemeininteresse, um eine Politik ausnahmsgegesetzlicher Vergevaltigung handelte.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Februar.

### Der Reichstag

setzte heute die Beratung des Post-Etats fort. Die Lage der Beamten, die gestern den Mittelpunkt der Besprechung gebildet hatte, wurde auch heute von fast allen Rednern als durchaus unbefriedigend bezeichnet. Selbst der konservative Herr Dröcher erkannte einzelne Wünsche und Beschwerden der Unterbeamten für berechtigt an, wenn er auch gleich dem ihm folgenden freisinnigen Abgeordneten Dr. Eichhoff die Interessen der höheren Postbeamten, die ungemein lange auf ihre Anstellung warten müssen, in den Vordergrund stellte. Natürlich will Herr Kraetke im Zeitalter der Sozialreform und in unserm Deutschland, das ja bekanntlich allen andern Ländern in der sozialen Fürsorge weit voraus ist, auch die Wünsche dieser Beamten völlig ignorieren, solange ihm nicht ein „wirklicher Notstand“ nachgewiesen wird.

Daneben brachte Herr Eichhoff eine ganze Reihe von Wünschen aus Handelskreisen über Einzelheiten des Post- und Telegraphenverkehrs vor, denen Herr Schrader sich namens der freisinnigen Vereinigung anschloß. Beide Redner wandten sich auch gegen die Ostmarkenzulage und fanden dafür den lebhaften Dank des Fürsten Radziwill, der nicht geistesgegenwärtig genug, um trotz des Widerstandes des Präsidiums Grafen Stolberg seine ganz zur Sache gehörige Rede gegen die Politik der Regierung in Gestalt von Ostmarkenzulagen auch für die Postbeamten zu Ende zu führen. Der Antisemit Bödler beklagte sich unter Berufung auf seine Königstreue, daß auch von Antisemiten einberufene Versammlungen der Postbeamten durch die Behörden beispielhaft würden. Seine Neuerungen klangen in ein wüßtes Geschwätz auf Warenhäuser und Juden aus. Die weitere Debatte verflachte immer mehr in monotone Wiederholungen. Der evangelische Konsistorialrat Dr. Stodmann von der Reichspartei sahien die Konkurrenz der katholischen Feiertage zu befürchten und möchte an diesen Tagen den Postbeamten auch in katholischen Gegenden keine freie Dienstzeit gönnen. Am Freitag geht die Debatte weiter.

### Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag die Beratung des Ministeriums für Handel und Gewerbe fortgesetzt und die Debatte wieder einmal zu einem Vorstoß gegen die Sozialpolitik des Reiches benutzt. Die Freikonservativen, dieselbe Partei, die vor Jahren die preussische Regierung gegen die Väterci-Verordnung scharf gemacht hat, unternahmen diesmal den Versuch, den minjigen Schutz, den die Bundesrats-Verordnung über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften dieser ausgebeuteten und geplogten Arbeiterschicht gewährt, völlig zu beseitigen; sie ersuchten die Regierung, beim Bundesrat eine Abänderung der Verordnung nach der Richtung zu beantragen, daß die Ruhezeiten für die Kleinen und mittleren Betriebe unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Arten der Gast- und Schankwirtschaften anderweitig geregelt oder daß die Orts-Polizeibehörden ermächtigt werden, in geeigneten Fällen Ausnahmen von diesen Bestimmungen zu bewilligen.

Die Begründung des freikonservativen Antrages ließ keinen Zweifel darüber, daß es den Antragstellern darauf ankam, dem Grafen Posadowsky eins auszuweisen, der ihnen, weil er in letzter Zeit ab und zu moderne Umwandlungen gehabt hat und nicht ganz so sozialpolitisch rückständig ist, wie es die Scharfmacher wünschten, verhaßt ist. Verstieg sich schon der erste Redner, Abg. Camp, zu der Behauptung, das Reichsamt des Innern nehme sich nur der Arbeiter an, es wäre zu wünschen, daß es auch mal an die Arbeitgeber denke, so machte sein Fraktionskollege Frhr. v. Jedlich dem Reichsamt des Innern geradezu den Vorwurf, daß es mit der Sozialdemokratie buhle, und den Mantel nach dem Winde hänge, der von Singer und Vadern wehe. Auch Vachem, der Führer des Centrums, gilt nämlich in diesem rückständigen Parlament als großer Sozialpolitiker, und er dürfte in Zukunft noch mehr dafür gelten, nachdem er sich in der Debatte

gegen eine Aenderung der Bundesrats-Verordnung ausgesprochen hat. Gätte Herr Vadern wirklich sozialpolitisches Verständnis, würde er es wirklich ernst mit der Arbeiterschaft meinen, so hätte er die Gelegenheit benutzen müssen, um zu zeigen, wie wenig die Verordnung auch nur den bescheidensten Ansprüchen von Arbeiterschutz gerecht wird. Aber ebenso wie der freisinnige Abgeordnete Dr. Sirsch, der nach ihm zu Worte kam, ließ er die Gelegenheit, für einen Teil der Arbeiterklasse einzutreten, wieder einmal unbenuzt vorbeiziehen. Der Antrag wurde, obwohl der Handelsminister Möller davor warnte, die Verordnung, die kaum zwei Jahre besteht, abzuändern, der verstärkten Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen.

Die nun folgende Debatte über das Gehalt des Ministers atmete mittelalterlichen Geist. Die Redner der verschiedenen Parteien wetteiferten in Vorschlägen zur Rettung des Mittelstandes und zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Onkel Felsch trat wie alljährlich für Einführung des Befähigungs-nachweises ein, Abg. Camp gab den Rat, die großen Geschäfte zu boykottieren und nur noch bei kleinen Handwerkern arbeiten zu lassen und bei Kleinwerbtreibenden zu kaufen, auch wenn man die Waren hier teurer bezahlen müsse; aber man sei verpflichtet, dies Opfer zu bringen, um die Existenzen, deren man im Kampfe gegen den Umsturz bedürfe, zu erhalten. Abg. Malzewitz (k.) drückte sein Unbehagen darüber aus, daß die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sich auch um die Verhältnisse in Betrieben kümmern, die zwar ihrer Natur nach zu den Fabriken zu rechnen sind, die aber nach Ansicht des Unternehmers, der von einer Gewerbe-Aufsicht nichts wissen will, unter den Begriff des Handwerks fallen.

Ab und zu wurde die Debatte über die Mittelstandsfrage durch eine freisinnige Rede gegen den ministeriellen Erlaß über den Flaschenhandel unterbrochen. Erwähnenswert ist noch die Rede des Abg. Dejer (fr. Vp.), der den sogenannten Mittelstondrettern die ihnen unangenehme Thatsache vor Augen hielt, daß sie durch ihre Politik die Lebensmittelpreise verteuern und so den Mittelstand, dem sie angeblich helfen wollen, schwer schädigen.

Am Freitag wird die Debatte fortgesetzt.

### Das Kaiser-Telegramm nach Reg.

Der Kampf gegen das auf allen Gebieten des öffentlichen und geistigen Lebens hervortretende persönliche Regiments wurde am Donnerstag vom Plenum des Reichstages in die Sitzung der Budgetkommission verlegt. Bei einem Titel des Etats der einmaligen Ausgaben, worin Gelder für eine bessere Wasser-versorgung der Vororte von Reg. verlangt werden, brachte der Abg. Gröber das bekannte Kaiser-Telegramm über die Wasserversorgung von Reg. aus dem Sommer vorigen Jahres zur Sprache. Dieses Telegramm, in dem mit den härtesten Ausdrücken der Stadtverwaltung von Reg. die Verantwortung für den Ausbruch einer Typhus-epidemie aufgeladen wurde, hat damals große Aufregung in der Bevölkerung hervorgerufen, beruhte aber, wie Abg. Gröber nachwies, auf durchaus falschen Informationen. In der Depeche hieß es, die Typhusepidemie sei lediglich auf das Verschulden der Stadtverwaltung zurückzuführen, es herrschten in Reg. himmel-schreiende Zustände, aus der Verletzung der Bouillonn-quelle sei eine ernstliche Gefährdung des Militärs entstanden, die im Falle eines Krieges zur Katastrophe führen könne. Der Bürgermeister von Reg. habe aber wenige Tage darauf, so führte Abg. Gröber aus, ein Zementi verordnet, die Quelle sei nicht verunreinigt, es könne von einer Typhusepidemie nicht die Rede sein, daher müsse man sagen, daß die Verordnungen, die in der Depeche ausgedrückt worden seien, mindestens stark übertrieben gewesen seien.

Abg. v. Richthofen meinte, das Telegramm habe gar nichts Auffälliges enthalten, auffällig daran sei lediglich die Veröffentlichung, denn es sei doch sicherlich nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen. General Gallwitz gab dann einen Überblick über die Gestaltung der Gesundheitsverhältnisse in der zivilen und militärischen Bevölkerung von Reg. mit besonderer Berücksichtigung der Erkrankungen an Typhus. Daraus ergab sich, daß der Typhus in Reg. endemisch ist; die Militärverwaltung hat seit vielen Jahren die Verhältnisse beobachtet und das Wasser fortgesetzt auf seine Reinheit untersuchen lassen. Es hat sich schon lange herausgestellt, daß die Wasserleitung von Gorge (Bouillonnquelle) zu Verdanken Anlaß gab, die Stadtverwaltung ist auch mehrfach darauf aufmerksam gemacht worden, hat aber nichts gethan. Eine aus Vertretern verschiedener Behörden und Wissenschaftlern zusammengesetzte Behörde kam schon 1902 zu dem Schlusse, daß eine neue Wasserleitung für Reg. notwendig sei; mindestens müsse eine dauernde Ueberwachung eingerichtet werden, um jede Verunreinigung sofort festzustellen; auch hierbei habe die städtische Verwaltung völlig versagt und das Militär um Vornahme der nötigen Untersuchungen gebeten. Der mit der Untersuchung beauftragte Stabsarzt forderte eine Begehung des Wasserleitungs-Stollens; aber es geschah wieder nichts — bis zum 10. Juli 1903. Bei der damals vorgenommenen Befestigung des Stollens wurden schadhafte Stellen entdeckt, bei denen verdächtigtes Oberflächenwasser in armdicken Strahlen in die Leitung drang. Die Militärverwaltung wurde aber bei dieser Untersuchung ausgeschaltet; erst auf ihr Drängen erhielt sie am 6. September das Resultat. Die Anlage einer Grundwasserleitung lehnte der Gemeinderat ab — kurz, die Gemeindeverwaltung habe es in jeder Beziehung an der rechten Kraft fehlen lassen.

Abg. Müller-Sagan vermißt den Nachweis, daß die Typhusfälle in Reg. lediglich auf die schlechte Beschaffenheit des Leitungswassers zurückzuführen seien. Es sei auf keinen Fall nötig gewesen, so aufgeregt zu telegraphieren. Bei ähnlichen Vorkommnissen an andren Orten habe die Militärverwaltung größere Ruhe bewahrt (Regenitz, Glogau). Eine Abstellung der vorhandenen Mängel sei nötig gewesen, aber es frage sich, wer die Verantwortung für die falschen Informationen trage, die dem Telegramm zu Grunde lägen. Auffällig seien nicht die Veröffentlichung der Depeche, sondern die Flüchtigkeit des Eingreifens und die Superlative im Text. Wenn die Militärverwaltung zu diesen Superlativen beigetragen habe, dann habe sie eine Verantwortung auf sich geladen, die sie nicht tragen könne.

Abg. Ledebour bemerkte, daß in dem Telegramm Urteile abgegeben seien, die offensichtlich auf ganz falschen Informationen beruhten. Diese Explosion des persönlichen Regiments habe allgemeines Versehen erregt. Wenn die Militärverwaltung auch guten Grund gehabt hätte, die Zustände in Reg. zu ändern, so sei doch das Eingreifen einer bestimmten Person ganz unangebracht gewesen. Abg. Gröber bestritt nicht, daß Mängel vorhanden gewesen seien, protestierte aber dagegen, daß der Stadtverwaltung alle Schuld aufgeladen wäre. Seine Zahlen über das Vorkommen von Typhus in Reg. weichen von denen des Generals Gallwitz mehrfach ab; auch das Militär sei nicht ohne Schuld an dem Ausbruch und der Verbreitung der Krankheit; er bitte, die Erklärung des Generals Gallwitz zu Protokoll zu geben und dem Plenum vorzulegen. Fest stehe jedenfalls, daß keine Veranlassung gegeben war, sich in so scharfen Vorwürfen zu ergeben.

General Gallwitz sucht weiter die Depesche damit zu verteidigen, daß er sagt, sie habe lediglich nur das Auffallendste herausgreifen wollen. Die Wehr Sorglosigkeit mußte einmal angeordnet werden; er wolle durchaus nicht behaupten, daß die Quelle allein Schuld an dem Typhus in Mex sei, auch die Beseitigung der Fäkalien gebe zu großen Bedenken Anlaß. Wenn es sich darum handle, bald etwas zu schaffen, dann seien manchmal die Superlativ das allerbeste. Die Denkschrift könne an eigne Verantwortliche nicht zu Protokoll geben, darüber müsse der Kriegsminister entscheiden.

Abg. v. Staudy entrißte sich lebhaft gegen Ledebour. Es gäbe, so meinte er, Menschen, die auf einem Standpunkt ständen, daß sie ihre Gedanken nicht auf weitere Gebiete bringen könnten. Was Ledebour sich erlaubt habe, anzuführen, beweise ihm, daß er nicht begreifen könne, was ein höherer Standpunkt erfordere. Es sei das die Art gewesen, wie das Hohenzollernhaus zu regieren pflege. Er habe nicht geglaubt, daß der Abg. Ledebour sich unterfangen dürfe, hier „die allerhöchste Person“ in der Weise zu kritisieren, bisher sei das parlamentarisch nicht zulässig gewesen. Hier unterdrückte der Vorsitzende einstweilen die Entrüstungs-Tomödie und stellte fest, daß Abg. Ledebour sich durchaus in den Grenzen des parlamentarisch Zulässigen gehalten habe. Abg. v. Staudy meinte, wenn jemand Wendungen gebrauche, durch die die Mehrheit der Kommissionsmitglieder in ihren heiligsten Gefühlen verletzt würden, so sei das eine Dreistigkeit. Der Vorsitzende rügte diesen Ausdruck als unparlamentarisch.

Nach einigen Bemerkungen der Abg. Müller-Sagan und Prinz Ardenberg sagte General Gallwitz, daß die Militärverwaltung an dem Telegramm nicht beteiligt sei, sie sei also auch nicht berufen, näher darauf einzugehen. Dem Abg. v. Staudy antwortete Abg. Ledebour: Das Recht der Kritik an der Depesche wolle Abg. v. Staudy überhaupt bestreiten, dagegen müsse man sich aber wehren. Daß er sich im Rahmen des parlamentarisch Zulässigen gehalten habe, hätte der Vorsitzende bestätigt. Wir hätten überhaupt gar keinen Wunsch, mit gewissen Personen zu polemisieren, aber auf der andern Seite werde nicht die genügende Selbstbeherrschung beobachtet. Wenn der Kaiser mit so scharfen Worten eingreife, dann sei ein Eingehen darauf nicht zu vermeiden. Gerade wir seien es, die höhere Anforderungen an Personen in hoher Stellung stellten; eine hohe Stellung erfordere gebieterisch, daß man nicht auf Grund einseitiger Informationen apodiktische Urteile abgeben. Wenn Abg. v. Staudy meinte, in dieser Kritik offenbare sich kein Verständnis für einen höheren Standpunkt, so sei darauf zu entgegnen: die Reizung, gewisse Menschen gewisse Personen als sakrosankt hinzustellen, sei nichts anderes als eine Emanation jenes Geistes, der früher als beschränkter Unterthanenverstand bezeichnet wurde.

Abg. Dr. Arendt meinte, diese letzten Ausführungen des Abg. Ledebour seien durchaus in den Grenzen des parlamentarisch Zulässigen gewesen, nur vorher habe er die Form verletzt und das habe Abg. v. Staudy monieren wollen. Dagegen wandte sich Abg. Ledebour und betonte nochmals, es übersteige die Fähigkeiten einer Person, in allen Dingen ein richtiges Urteil abzugeben, wie das jetzt fortwährend geschehe.

Die Forderung wurde bewilligt. Bei der Beratung einer Forderung für Festungsarbeiten wurden die Verhandlungen abgebrochen und vertagt.

## Deutsches Reich.

### Die Blamage der deutschen Diplomatie.

Sich durch den Ausbruch des Krieges in Ostasien vollständig abherrschen zu lassen und bis zum Wechsel der ersten Schiffe unausgesetzt und mit wachsendem Optimismus die Wahrscheinlichkeit der friedlichen Schlichtung der ostasiatischen Krise zu verkünden, war eine so ellatante, daß das offizielle Sprachrohr der Regierung, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, sich gegen den reichlich über sie ausgegossenen Spott zur Wehr zu setzen nicht einmal den Versuch gemacht hat.

Dafür hat sich dann freilich die freiwillig offiziöse Presse des Scharfmachertums der täglich duplierten Regierung angenommen. So behauptet z. B. die „Post“, daß selbst die japanischen Votschafter noch sechs Stunden vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen keine Ahnung von der bevorstehenden Katastrophe gehabt hätten.

Gegen diesen nativen Meinungsversuch wendet sich selbst die „Niederrheinische Volks-Zeitung“, die nachweist, daß die amerikanische Presse bereits am 3. Februar den Krieg als aller Voraussicht nach unvermeidlich signalisiert hat. Das ultramontane Blatt kommt schließlich zu dem Urteil:

„Man muß zugeben, daß das Staatsdepartement in Washington die mit ihm in Verbindung stehende Presse besser instruiert hat, als es seitens des auswärtigen Amtes in Berlin geschehen ist. Man hat nur bei uns von offiziöser Seite gesagt, Deutschland habe den Wunsch gehabt, zur Erhaltung des Friedens beizutragen, aber dieses Bestreben werde abgelehnt, wenn man dabei zu erkennen gebe, daß das Ziel dieses Wunsches fraglich sei. Heiligst denn der Zweck das Mittel? Ist es erlaubt, unwahre Behauptungen aufzustellen, um damit dem Frieden zu dienen? Ferner wird dabei doch wohl übersehen, daß das internationale politische Weiter nicht ausschließlich in Berlin gemacht wird. Es hat sich ja schon klar genug gezeigt, daß man dadurch keinen Krieg verhindern kann, wenn man in Berlin alle Tage „Frieden! Frieden!“ ruft. In Washington hatte man mindestens ebenso viel Veranlassung, die Erhaltung des Friedens zu wünschen, wie in Berlin, aber solche Vogel-Strauß-Politik hat man darum doch nicht getrieben, weil man einsah, daß das zwecklos war.“

Wir können die Kontroverse hiermit als erledigt betrachten und wünschen zum Schluß nur, sie möge den Offiziösen inwiefern zur Lehre dienen, daß sie ihre Liebe stark, die Tugend der Bescheidenheit anzueignen. Wie verstehen sie es meistens, in Fragen der auswärtigen Politik ihre Weisheit gegenüber der unabhängigen Presse leuchten zu lassen, und dieser zu verstehen zu geben, sie werde von kleinen Idioten bedient, denen es nicht gegeben sei, mit den Kontingenzstrahlen ihres Wises die Diplomatenhülle durchleuchten! Jetzt hat sich an einem sämtlichen Schulfall gezeigt, wie die Offiziösen selbst daneben hinken. Denn entweder haben sie eine tatsächlich völlig falsche Divergenz gemacht, oder eine ungläubliche Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse bewiesen.“

Offenbar merkt man sich anlässlich dieses „Schulfalles“, mit wie wenig Verstand unsere Diplomatie auswärtige Politik macht!

Wegen Majestätsbeleidigung wurde am Dienstag Genosse Mahwald, Tischlermeister in Sargau, Kreis Waldenburg, zu einem Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verurteilt. Er trat in Versammlungen nicht als Redner auf, die unbekannt beleidigende Aeußerung ist also wahrscheinlich in privater Kreise gefallen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

### Ein journalistischer Laubenschlag.

Man schreibt uns aus Halle vom 17. Februar: In dem Redaktionsbureau der „Saale-Zeitung“ spielen sich seit längerer Zeit recht erbauliche Dinge ab, die teilweise in einer Sitzung des Redakteurs Eugen Brinkmann gegen den Verleger Moritz

Schirmer vor dem Amtsgericht zur Sprache kamen. Herr Schirmer hat die „Saale-Zeitung“ vor einigen Jahren von dem demokratischen Flügler Otto Hensel, der das Organ früher mehr unter demokratischer Flagge segeln ließ, übernommen. Da nun aber von der sogenannten Freisinnigen Volkspartei hier nichts mehr zu veripären ist, und der „unentwegte liberale“ Landtags-Abgeordnete Schmidt jüngst sein Einverständnis zu dem Bündnis mit den Nationalliberalen ausgesprochen hat, ist auch hier mit dem Einlösliberalismus kein Geschäft mehr zu machen. Dieses sah auch der Verleger der „Saale-Zeitung“ und mit ihm ein Teil seiner Redakteure ein, und man erachtete den Zeitpunkt für gekommen, sich der Strömung „nach rechts“ anzupassen. Obwohl es die Redakteure verstanden, den Wünschen ihres Leiters Rechnung zu tragen, konnte man bis zum Herbst vorigen Jahres unter der Leitung des Herrn Schirmer nichts weniger als 22 Redakteure kommen und gehen lassen. Der manchesterliche Grundgedanke des „Geben- und Gebenlassens“ scheint dem jetzigen Verleger der „Saale-Zeitung“ so sehr in Fleisch und Blut übergegangen zu sein, daß er sein Redaktionsbureau förmlich zu einem journalistischen Laubenschlag gemacht hat. Im Engagieren scheint er ein wahrer Held zu sein; denn bei den Gesuchen von Redakteuren spielt die „dauernde und angenehme Stellung“ eine Hauptrolle. „Stabile“ Verhältnisse in der Redaktion ist bei den Engagements eine seiner Hauptbedingungen. Eine ganz besondere Fertigkeit in dem Verbrauch von geistigen Arbeitern erlangte Herr Schirmer im letzten Vierteljahr des vergangenen Jahres. Ende November schickte der 23. Redakteur, Eugen Brinkmann, aus seiner früheren „sicheren Lebensstellung“. Er soll dem Verbot des Herrn Schirmerer zuwidder für auswärtige Zeitungen Artikel geschrieben und dadurch unerlaubte Nebenverdienste gehabt haben. Herr Brinkmann klagt wegen 630 Mark Gehalt. Die Sache wurde vertagt.

Nach Herrn Brinkmann schickte der 24. Herr, Redaktionsvolontär Wager, den Staub der „Saale-Zeitung“ von den Füßen. Am 7. Januar war das Vierteljahr voll und Nr. 25, der Handelsredakteur Hermann Bach, der dem Unternehmen 26 Jahre angehört hat, lehrte der „Saale-Zeitung“ den Rücken. Inzwischen ist Herr Schirmerer auch mit dem jetzigen Chefredakteur, Max Scharre, der sich ebenso redlich wie vergeblich bemüht hat, die Sozialdemokratie zu „erdrosseln“, in Differenzen geraten, und Herr Scharre verläßt am 30. März — Verliert Dich Gott, es war so schön gewesen — seinen Posten. Das war Nr. 26. Mit Nr. 27, Redakteur Jean Schweiler ist der liberale Verleger vor etwa 14 Tagen „fertig“ geworden. Nach Ablauf seiner Vertragszeit verläßt Herr Schweiler die „angenehme dauernde Lebensstellung“ an der „Saale-Zeitung“. Damit aber der Faden nicht abreißt, hat am 15. Februar Herr Schirmerer auch das „dauernde“ Verhältnis mit Nr. 28 — Handelsredakteur Abicht — gelöst. — Vivat sequens. Der Veteran der Redaktion ist jetzt ein Herr Hans Marschall, der, wenn er es erlebt, im Juli sein dreißigjähriges Jubiläum feiern kann. — Man geht hier mit dem Gedanken um, einen Verein ehemaliger Redakteure der „Saale-Zeitung“ zu gründen.

Großherzogtum Sachsen-Weimar. Der dem Landtage unterbreitete Etat schließt mit 12 300 000 M., gegenüber dem letzten Etat ein Mehr von 570 000 M., ab. Für Kirchen- und Universitätszwecke sind allein 210 000 M. mehr eingestellt. Die Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden erfordert 71 000 M. mehr. Circa 280 000 M. Mehrausgabe entfällt auf den erhöhten Aufwand der Heimatskosten, das übrige verschlingt Befoldungen, Wartegelde und Pensionen. Die Domänenrente für den Großherzog weist eine Steigerung von ca. 15 000 M. auf, so daß sie nun die Höhe 1 020 000 M. erreicht. — Trotzdem innerhalb der letzten Jahre das Großherzogtum zu den Matrilinearbeiträgen über eine halbe Million zulegen mußte, sind die Matrilinearbeiträge mit den Herauszahlungen aus der Reichskasse in gleicher Höhe mit 3 800 000 M. eingestellt. — Der vorige Etat konnte nur mit einem Defizit von 254 000 M. aufgestellt werden, jedoch die geleisteten Mehreinnahmen ergaben schließlich noch einen Ueberschuß von ca. 60 000 M., der gegenwärtige Etat ist nun, um den erhöhten Ansprüchen Rechnung zu tragen, mit ca. 824 000 M. Mehreinnahmen gegenüber seinem Vorgänger aufgestellt. Die Fortsetzung sind um 104 000 M. höher, mit 2 100 000 M.; die Einnahmen aus dem Bergregal sind um 62 000 M. höher, mit 1 000 000 M.; die Gerichtskosten, infolge der hohen Gebühren bei Uebereignungen und Hypothekeneintragungen, sind um 140 000 M. höher, mit 960 000 M.; die Erbschaftsteuer um 45 000 M. höher, mit 1 920 000 M. eingestellt. Die Lotterie-Abgabe, die noch vor wenigen Jahren, als das Königreich Sachsen das ausschließliche Recht hatte, die Lose der königlich sächsischen Staatslotterie im Großherzogtum zu betreiben, nur 15 000 M. betrug, ist jetzt mit insgesamt 200 000 M. eingestellt, und zwar beträgt die seit dem letzten Etat eingestellte Mehreinnahme 44 000 M. Die direkte Einkommensteuer soll 288 000 M. mehr einbringen. Wenn die Finanzlage sich günstig gestaltet, soll die Regierung das Recht haben, die Steuerfreiheit anstatt bisher auf 400 dann auf 600 M. hinaufzusetzen. Interessant ist es nun aber, daß für Kunst und Wissenschaft, Unterhaltung der Staatskassen und Landstraßen sowie für die gemeinnützigen Anstalten, die Kliniken usw. weniger Mittel aufgewendet werden wie früher. Trotzdem behaupten auch die Kleinstaaten, sie förderten die Kulturaufgaben, aber man frage nur nicht wie.

Der badische Wahlrechtsreform werden von der Regierung des Landes die größten Schwierigkeiten bereitet. Nach einer offiziellen Mitteilung der Verfassungskommission der Zweiten badischen Kammer hat der Minister der Innern erklärt, eine Verfassungsrevision mit Einführung des direkten Wahlrechts werde von der Regierung nur unter Erweiterung des Budgetrechts der Ersten Kammer durchgeführt werden. Bei Ablehnung dieses „notwendigen Gegengewichts“ werde für die Regierung die Frage der Verfassungsrevision wohl auf Jahre erledigt sein. Das bedeutet: Das Volkswahlrecht für die Zweite Kammer darf nur dann die notwendige Verbesserung erfahren, wenn zugleich der politische Einfluß dieser Kammer zu Gunsten der Kammer der Privilegiertesten herabgedrückt wird. Das Volk in Baden sollte gegen dieses unrationale Verhalten der Regierung härteste Stellung nehmen.

## Husland.

### Türkei.

#### Balkan-Wirren.

Konstantinopel, 17. Februar. (Meldung des Wien. N. N. Teleg.-Korresp.-Bureaus.) Die letzten hier eingelaufenen Nachrichten vom Schauplatze der Albanesenbewegung besagen, daß in Djakova, welches von Albanesen vom Stamme der Dasi angegriffen wurde, nur 3 Bataillone stehen. Schenk Pascha steht mit 5 Bataillonen und Artillerie bei Jenuic, 16 Kilometer nordwestlich von Djakova, wahrscheinlich um die Umgehung der Albanesen durchzuführen. Die übrigen Streitkräfte scheinen an verschiedenen Orten verteilt zu sein. Weiter wird gemeldet, daß bei einer über den Drinasch führenden Brücke, 10 Kilometer von Djakova, Albanesen vom Stamme der Kodrima und andre Stämme versammelt stehen. Der Vormarsch gegen Prizrend ist jedoch unwahrscheinlich. Der Wali Schakir Pascha ist mit verstärkten Truppen in Verisobitsch zurückgeblieben. Dort sollen 10 Bataillone mit Artillerie und Kavallerie zusammengezogen worden. Die Lage in Djakova wird von verschiedenen Seiten als kritisch bezeichnet, gleichzeitig aber die Bewegung als lokalisiert angesehen. Wichtig ist, daß die Bewegung sich nicht auf Nitrovia ausgedehnt hat.

### Afrika.

Kapsstadt, 18. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Premierminister Sprigg hat seine Entlassung genommen; an seine Stelle wurde Jameson vom Gouverneur berufen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Achtung, Zimmerer! Hiermit machen wir unsere Kameraden darauf aufmerksam, daß am 15. Februar die Bautischler und Einseher der Ortschaften Steglitz, Lichterfelde, Friedenau, Schmaragdberg und Lankwitz wegen Nichtanerkennung des Rettorats die Arbeit niedergelegt. Infolge dieses Ausstandes bemähen sich nun die betreffenden Unternehmer, Zimmerleute zur Vertiefung von Tischlerarbeiten heranzuziehen. Wir richten an allen Kameraden in Berlin und den Vororten das dringende Ersuchen, die Anfertigung derartiger Arbeiten zu verweigern und jeden Uebertretungsfall unserem Bureau Engel-Nfer 15, Zimmer 32, Telephon Amt IV, Nr. 2789, zu melden. Die Verbandsleitung.

Zur Achtstunden-Bewegung der Relief-Bunddruck- und Golddruck-Graveure schreibt man uns folgendes: Bezugnehmend auf die Mitteilungen des Graveur- und Eisenurereins selbständiger Prinzipale in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ erlauben wir uns folgende Klarstellung: Als die genannte Branche — und das ist der Kernpunkt bei der ganzen Bewegung, nicht etwa sämtliche Grabier- und Eiseler-Anstalten, sondern nur die Branche der Golddruck-, Relief- und Bunddruck-Graveure kamen in Betracht — im Dezember in eine Bewegung zur Erringung der achtstündigen Arbeitszeit eintrat, hatten innerhalb 8—14 Tagen von etwa 30 — nicht 300, wie der Meister-Verein irrtümlich angiebt — in Frage kommenden Firmen 25 die achtstündige Arbeitszeit anerkannt. Nach dem 1. Januar mußte ein Teil der Kollegen in 10 Werkstätten die Arbeit wieder einstellen, weil die betreffenden Prinzipale die alte, vor dem Streik üblich gewesene Arbeitszeit von 8 Stunden und 10 Minuten bis herauf zu 9 Stunden wieder einführen wollten. Es kamen beim jetzigen Streik im Anfang 30 Kollegen in Frage und sind zur Zeit nur noch 14 Kollegen der genannten Branche im Ausstand. Zwei Werkstätten haben bereits wieder bewilligt. Ob wir nun bei unserer erstmaligen Bewegung im Dezember einen Sieg errungen haben, das zu beurteilen überlassen wir nunmehr dem Leser selbst. Die Herren selbständigen Prinzipale der Graveur- und Eiseler-Anstalten sollten sich aber beizeiten mit mehr gewerkschaftlichen Kenntnissen bereichern, auf daß ihnen nicht derartige Irrtümer unterlaufen, wie sie in ihrer Verächtigung, die absolut mit dem § 11 des Preßgesetzes gar nichts zu thun haben kann, vorzufinden sind.

Von den 300 Prinzipalen, welche sich aus sämtlichen selbständigen Graveuren und Eiseleren, ob mit oder ohne ein eigenes Geschäft und drei Lehrlingen zusammensetzen, und welche die Forderungen der Gehilfen nicht anerkennen wollen, muß die Zeit lehren, wenn die Gehilfen-Organisation ihnen ihre Forderungen unterbreitet.

Jedenfalls können wir heute schon feststellen, daß in den meisten Geschäften die 8 1/2 stündige Arbeitszeit durchgeführt ist, und wird es der Gehilfenbewegung bald gelingen, auch in der großen Mehrzahl der in Frage kommenden Werkstätten die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Voraussichtlich ist es Bunddruck-, Relief- und Golddruck-Graveure gewesen, welche die Bewegung für den Achtstundentag in etwa 30 maßgebenden Werkstätten eingeleitet haben.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Graveure und Eiseleren.

Vom Bautischlerstreik in Steglitz und Umgegend wird gemeldet, daß im Laufe des gestrigen Tages zwei Firmen mit insgesamt 15 Bautischlern und 7 Einsehern, welche letztere wegen des Bautischlerstreiks die Arbeit niedergelegt haben, den Netto-Tarif bewilligten. Es haben bis jetzt fünf Firmen mit zusammen 45 Streikenden den Netto-Tarif anerkannt. Am 17. Februar erhielt der Obmann der Arbeitnehmer-Kommission den Bescheid, daß die Kommission der Arbeitgeber gewillt sei, mit der Kommission der Arbeitnehmer am Dienstag zu verhandeln. Es ist dies das erste Schreiben, welches der Vorsitzende des Arbeitgeber-Vereins an den Obmann der Kommission der Arbeitnehmer geschickt hat. Trotzdem sendet Herr Sebastian dem „Friedenauer Lokal-Anzeiger“ eine Zuschrift, in der behauptet wird, daß die Arbeit niedergelegt wurde, obgleich dem Obmann der Gesellen schriftlich die Bereitwilligkeit zu Unterhandlungen mitgeteilt worden sei. Zwei Maschinenbesitzer haben sich verpflichtet, keine Arbeit von den in Betracht kommenden Werkstätten anzunehmen. Die Streikleitung erachtet die organisierten Zimmerleute, darauf zu achten, daß kein Zimmermann Arbeiten der Einseher oder Bautischler verrichte.

### Deutsches Reich.

Die 15. Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter findet zu Pfingsten 1904 in Stadthagen statt.

Die Maler in Hannover sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern bei neunstündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 50 Pf. für Gehilfen und 40 Pf. für Hilfsarbeiter. Die Meister sind ersucht worden, sich bis zum 1. März über ihre Stellungnahme zu den Forderungen zu äußern. Reizung zur Gewaltung haben sie nicht. Sie behaupten, daß infolge des Krieges in Ostasien der Preis der Rohmaterialien so in die Höhe gegangen wäre, daß der Zeitpunkt für eine Lohnhöhung jetzt schlecht gewählt sei. — Eine gute Ausrede ist zehn Thaler wert! Wollen die Herren glauben machen, daß die Russen und Japaner, um sich gegenseitig anzuschwärzen, während des Krieges so viel „Rohmaterial“ brauchen, daß für die Malermeister in Hannover nichts mehr übrig bleibt?

Achtung, Sattler allerorts! In Hannover ist bei der Firma Herkmann u. Grebenstein ein Streik ausgebrochen. 33 Kollegen stehen im Ausstand. Die Firma ist nun bemüht, an den verschiedensten Orten Taschen- und Koffermacher anzuwerben, um die Arbeiter in ihrem Kampfe müde zu machen. Wir richten deshalb die Aufforderung an die Kollegenschaft Deutschlands, strengstens den Zugang fernzuhalten.

Die Hauptverwaltung des Verbandes der Sattler. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

### Husland.

Die allgemeine Aussperrung in der Diamantindustrie. Auf das letzte Schreiben des Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiter-Verbandes hat die Amsterdamer Zutweiler-Vereinigung dem Verbandsvorstand mitgeteilt, daß die Generalversammlung der Vereinigung beschlossen hat, die Arbeiter der Diamantindustrie auszusperrn, und zwar soll die Aussperrung am Mittwoch, den 17. Februar, mitternachts, beginnen. Auf die Widerlegung des Schreibens vom 13. Februar wolle sich der Vorstand der Vereinigung jetzt nicht einlassen, jedoch später darauf zurückkommen. — In den Fabriken, die der Vereinigung der Fabrikbesitzer angehören, wurde am Mittwochmorgen durch Anschlag bekannt gemacht, daß die Fabriken am Donnerstagabend definitiv geschlossen werden sollten. Der Vorstand des Diamantarbeiterverbandes hat darauf sofort Maßregeln getroffen, um die Wälder, die in Tätigkeit bleiben, so vorteilhaft wie möglich zu besetzen. Es wird in zwei Schichten gearbeitet; mit einer halben Stunde Pause arbeitet die eine Schicht von morgens 5 Uhr bis nachmittags 2 1/2 Uhr, die andre von 2 1/2 Uhr bis nachts 1 Uhr. Ueber die Innehaltung dieser Arbeitszeit wird von einer Kommission Kontrolle ausgeübt. Es sollen durch diese Regelung reichlich 2000 Arbeiter in Arbeit bleiben können. Im Verbandsbureau der Diamantarbeiter trifft man Vorbereitungen für einen langwierigen Kampf. Die Stimmung unter den Aussperrten ist ausgezeichnet.

Für die Opfer des holländischen Generallstreiks im April vorigen Jahres wurde dieser Tage vom Amsterdamer Unterstützungs-Komitee mit Erlaubnis des Bürgermeisters wiederum eine Hauskollekte abgehalten. Am 31. Dezember waren noch immer 333 Gemahnelte, darunter 145 Eisenbahnarbeiter und 53 Gemeindefunktionäre, zu unterstützen. Seitdem hat das Bedürfnis nach Unterstützung nicht wesentlich abgenommen. Die Unterstützungssätze sind sehr niedrig: Verheiratete erhalten 76 Cent täglich und für jedes Kind 5 Cent bis zum Maximum von 40 Cent; Ledige können höchstens 3,06 Gulden pro Woche erhalten.

# Russische Polizei in Deutschland.

Durch die Veröffentlichungen der sozialistischen Presse und durch das Auftreten unserer Abgeordneten im Reichstage sind so ungewöhnliche Enthüllungen über das Treiben russischer Polizei-Agenten in den Grenzen Deutschlands an die Öffentlichkeit gekommen, daß eigentlich jedem „Patrioten“, dem die Stadt und das Ansehen des Vaterlandes wirklich am Herzen liegt, die Schamröte ins Gesicht steigen sollte. Beamte oder wenigstens Befohlene eines fremden Staates schalten und walten in Deutschland in einer Weise, durch die Landesländer schwer mit dem Gesetze in Konflikt kommen würden. Die deutschen Behörden aber scheinen diesen Fremdlingen gegenüber ohnmächtig!

Nicht ohnmächtig aber sind sie offenbar den eignen Staatsbürgern gegenüber, welche dazu beigetragen haben sollen, daß in jenem politisch rückständigen Lande durch Wort und Schrift Propaganda für Ideen gemacht wurde, die in Deutschland selbst zu verbreiten gesetzlich völlig zulässig ist. Ihnen gegenüber hat man eine Energie entwickelt, die den Anforderungen der ausländischen Regierung viel eher entgegengekehrt werden sollte. Das große mächtige Deutsche Reich hat nur nicht vermocht, seine Landeskinder vor den Griffen eines halb barbarischen Staatswesens zu schützen, sondern hat sie auf Anfordern dieses Staates selbst hinter Kerkermauern gesetzt und leitet eine hohnvolle Unterdrückung gegen Leute ein, die das Licht der Kultur nach jenen dieses Lichtes so bedürftigen Zonen tragen wollten.

Und die Gastfreundschaft, welche jeder Kulturstaat dem unbefohlenen Fremden schuldet, sie wurde schände gebrochen, wenn der deutschen Regierung von jenem Barbarenstaat mitgeteilt wurde, eines seiner hier studierenden Landeskinder scheine eine andre politische Auffassung zu haben, als sie am Fuße des Kaukasus und in Sibirien zulässig sei.

In vierzehn großen Versammlungen beschäftigte sich gestern Abend das Proletariat von Groß-Berlin mit diesen Verhältnissen. Einstimmig wurde überall folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erhebt entschiedensten Protest gegen das kulturwidrige Verhalten der Reichsregierung gegenüber den in Deutschland sich aufhaltenden Russen.

Sie protestiert insbesondere gegen die Zulassung russischer Polizei-Agenten, die mit den verwerflichsten Mitteln die Gegner des Jarrismus den russischen Schergen in die Hände liefern. Sie protestiert ferner dagegen, daß die russischen Freiheitskämpfer als rechtlos und vogelfrei betrachtet werden.

Sie giebt ihrer Empörung darüber Ausdruck, daß in Deutschland weilende Russen zwangsweise an die russische Grenze geschafft werden, und daß der Staatssekretär Frhr. v. Nitschhofen in Verteidigung dieses nach unserer Auffassung unwürdigen Verfahrens sich nicht gescheut hat, die private Lebensführung der auf deutsche Gastlichkeit rechnenden russischen Studentinnen zu verächtigen.

Sie protestiert mit allem Nachdruck dagegen, daß deutsche Staatsbürger in Deutschland verfolgt werden, weil sie an der Aufklärung des russischen Volkes gegenüber der russischen Barbarei mitgewirkt haben, und daß sogar zur Verfolgung deutscher Staatsangehöriger von der russischen Regierung Strafanträge eingefordert werden.

Indem wir den heldenmütigen Kämpfern gegen das Amtenregiment unsrer Sympathie und unsre Bewunderung ausdrücken, wissen wir, daß unser Protest gegen die Unterdrückung und Förderung des russischen Despotismus in den Herzen der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands lebendigen Wiederhall findet.

Ueber den Verlauf der Versammlungen erhielten wir folgende Berichte:

Für den ersten Wahlkreis war die Versammlung im großen Saal der Arminhallen, den die Polizei wegen des großen Andranges sperrte. Hier war es der Reichstags-Abgeordnete Genosse **Wurm**, der scharf mit der deutsch-russischen Spigelwirtschaft abrechnete. Er entrollte ein interessantes und zugleich Abscheu erregendes Bild von den Zuständen im heiligen Russland, die er selbst kennen gelernt hat, und von der Behandlung der russischen Freiheitskämpfer. Auch auf die mit der Despotie untrennbar verbundene Beamtenkorruption warf Redner sie hell beleuchtende Streiflichter. Das jetzt in Deutschland zu Tage getretene so schände Lieblingen mit dem Kojakentum und dessen Förderung durch unsre Regierung, erklärte Redner aus deren Interesse an der Unterdrückung jeder großen Volksbewegung; durch die russische Bewegung wollte man unsre treffen. Den flammenden Protestworten, mit denen Redner schloß, folgte anhaltender, stürmischer Beifall. — Die Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen. Man sammelte dann noch für die ostpreussischen und litauischen Opfer der verbrüderten deutsch-russischen Polizei.

Im **Hoffäger-Palast** in der Hasenheide, wo die Versammlung für den zweiten Wahlkreis stattfand, füllten mehr als tausend Personen den großen Saal bis zum letzten Platz. Genosse **Paul Singer**, der hier das Referat übernommen hatte, wurde stürmisch bewillkommt. Indem er die Sünden des Jarrismus bloßlegte, gab er in martialischen Worten der Entrüstung Ausdruck über die barbarische Behandlung aller derer in Russland, die frei und der Knete ledig aufstehen möchten und diesem Kulturideal zustreben. Anknüpfend daran riefte er aufs schärfste unter stürmischer Zustimmung der Versammlung die Helfershelferdienste unsrer Regierung für die russischen Schergen. Die Versammelten waren einig mit ihm darin, daß dieser deutsche Russen-Spiegelkurs nicht nur in der Brust jedes Sozialdemokraten, sondern in der Brust jedes ehrlichen Deutschen ein Gefühl tiefer Beschämung erwecken müsse. Ihrem Empfinden gab die Versammlung mehrfach lebhaftesten Ausdruck, unter einem Beifallsturm endete der Redner. Natürlich wurde die Resolution angenommen.

Der dritte Wahlkreis hielt seine Protestversammlung im **Dresdener Kasino** in der Dresdenerstraße ab. Der geräumige Saal war von einer dichtgedrängten Zuhörerschaft gefüllt, derart, daß nicht alle Einlass fanden, welche gekommen waren um ihre Stimme zum Protest gegen das russische Spigelunwesen zu erheben. Das Referat hielt Genosse **Dr. Gradnauer**. Nachdem er die tieferen Ursachen des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen der preussischen und russischen Regierung erörtert hatte, ging er zu einer Kennzeichnung der Thatfachen über, welche im Reichstage und in der sozialdemokratischen Presse als Dokumente der Scham und der schimpflichen Liebedienerei vor dem russischen Schergentum der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind. Durch zustimmende Kundgebungen während des Vortrages, durch lebhaften Beifall nach dem Schlusse desselben, sowie durch einstimmige Annahme der Resolution legte die impotente Versammlung Protest ein gegen die Ankultur, welche sich kundgiebt durch die unwürdige Begünstigung russischer Polizeiwirtschaft in Deutschland.

Für den Südosten des vierten Wahlkreises fand eine Versammlung im **Uraniasaal** in der Brangelstraße statt. Der Besuch war so stark, daß nur die Hälfte der erschienenen Genossen und Genossinnen im Versammlungsorte Platz fanden. Schon vor 8 Uhr wurde der bis in den äußersten Winkel gefüllte Saal polizeilich abgesperrt. Auf der Straße warteten hunderte, die keinen Einlass mehr fanden, und nach und nach wieder den Heimweg antraten, im Geiste dem Proteste beistimmend, dem die überfüllte Versammlung Ausdruck gab. Das Referat hatte Genosse **Scheidemann** übernommen, der klar und wirkungsvoll, unter zustimmendem Beifall der Versammlung, die russische Spigelei in Deutschland kennzeichnete und verurteilte. Durch einstimmige Annahme der Protestresolution gab die Versammlung ihr Urteil gegen das durch preussische Behörden begünstigte russische Spigelunwesen ab.

Der große Saal der **Brauerei Lipp** am **Friedrichshain** war voll besetzt. In umfassender, treffender Weise schilderte hier der Reichstags-Abgeordnete **Haale** das rachslose

Treiben der russischen Polizei-Agenten in Deutschland, das er ja auch ganz besondere Gelegenheit hatte, aus nächster Nähe kennen zu lernen. Der Redner wies unter andern auf die Geheimen Dokumente der russischen Orientpolitik hin, ein Buch, aus dem zu ersehen ist, in wela verbrecherischer Weise Russland im Auslande Politik treibt, und das dem Staatssekretär v. Nitschhofen zum Studium empfohlen werden kann. — Die Versammelten folgten mit großer Spannung dem Vortrage und gaben wiederholt durch lebhaften Beifall zu erkennen, daß sie sich eins fühlten mit dem Referenten in der Entrüstung über die schändliche Polizeiwirtschaft der Russen und die Unterstützung, die ihr von den deutschen Behörden zu teil wird.

Im **Alten Schützenhause** hatte sich eine so zahlreiche Menge eingefunden, daß der Saal bis auf den letzten Stehplatz gefüllt war. Hier sprach Reichstags-Abgeordneter **Vedebour**. In dem Vortrage kam die tiefste Empörung über die schamvolle Liebedienerei, die deutsche Behörden dem russischen Spigelunwesen erweisen, kräftig zum Ausdruck und fand lebhaften Wiederhall in der Versammlung. Der Redner gedachte auch der fremden Völkerschaften, derer sich die russische Despotie mehr und mehr zu bemächtigen sucht, er gedachte all derer, die unter der russischen Tyrannei zu leiden haben, und erklärte zum Schluß, daß auch der Protest der Arbeiterkraft gegen die russische Polizeiwirtschaft ein Schritt vorwärts bedeute zur Volksbefreiung und zum unaussprechlichen Siege des Sozialismus. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Polizeilich abgesperrt war schon um 8 Uhr der **Berliner Prater**, in dessen Saal über 1500 Personen sich versammelt hatten. Die Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten **Jubel** fanden fast für sich ein tausendstimmiges Echo. Wir sahen viele Arbeiter, die bei der Schilderung der zarischen Barbarei und der unglücklichen Leiden der Revolutionäre in Russland ihre Thränen kaum verbergen konnten. Hätte der Staatssekretär v. Nitschhofen der Versammlung beigewohnt und vernommen, was hundertstimmig gerufen wurde, als der Referent seine Reichstagsrede und besonders die Verächtlichmachung der tapferen russischen Studentinnen erwähnte — er hätte wahrlich genug gehabt. Die Erwähnung der japanischen Siege über das **Jarat** rief demonstrativen, lang anhaltenden Beifall hervor. Als Genosse **Jubel** die Verurteilung schilderte, in welche die Bevölkerung durch die zarische Gewalttherrschaft hineingetrieben wird, erhob sich der überwiegende Beifall und forderte den Vorsitzenden der Versammlung auf, den Redner zu eruchen, sich zu nähigen. Das that der Vorsitzende selbstverständlich nicht und Genosse **Jubel** beehrte den Beifall unter stürmischen, sich immer wiederholendem Beifall der Versammlung um die Rechte, die ihm zustehen. Die Resolution wurde ohne Diskussion einstimmig unter stürmischen Hochrufen auf die internationale Socialdemokratie angenommen.

Im **Weimanns Volksgarten** lauschten etwa 2000 Personen. **Woy** am Kopf zusammengebrängt, den klaren und eindringlichen Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten **Fischer** aus Hamburg. Mit gespanntester Aufmerksamkeit wurden die Darlegungen des Referenten, der die Entstehung der russischen Arbeiterbewegung, die barbarischen Zustände im Zarenreich und die preussischen Liebedienerei für den Jarrismus trefflich schilderte, verfolgt. Die stürmische Empörung der Versammlung machte sich in lebhaften Zwischenrufen Luft, welche die Stimmung der Arbeiterkraft unzweideutig charakterisierten.

Im **Eiseller** sauten sich die Genossen vom **Wedding** in tausendstimmiger Menge. Auch hier war jedes Wäpchen besetzt. Aufmerksamkeit lauschten die Massen den zündenden Worten des Reichstags-Abgeordneten **Richard Fischer**, der an der Hand eines reichhaltigen Thatbestandmaterials die Polizeimaßnahmen der letzten Zeit gegen die in Deutschland lebenden Russen besprach. Flammende Entrüstung leuchtete aus jedem Auge, als der Referent die Leiden und Qualen schilderte, denen die russischen Revolutionäre seitens der Schergen des zarischen Absolutismus ausgesetzt sind. Die allgemeine Resolution fand auch hier einstimmige Annahme.

Die Versammlung für **Moabit** wurde im großen Saal der **Brauerei Papenhof** abgehalten. Der Andrang des Publikums war so enorm, daß sämtliche Tische aus dem geräumigen Saale entfernt werden mußten, um Platz für die Erschienenen zu schaffen; trotzdem mußten Hunderte wieder umkehren, die keinen Einlass mehr bekommen konnten. Das Referat hielt **Dr. Karl Liebknecht**. Unter stürmischem Beifall der Anwesenden geißelte er den jetzigen Aussenkurs der preussischen Regierung und das schamvolle Spigelunwesen, unter dem die hier anwesenden russischen Staatsangehörigen zu leiden haben. Die Resolution der Vertrauensleute wurde einstimmig angenommen. Eine im Nebenraum der **Brauerei** errichtete fliegende Polizeiwache fand keinen Anlaß zur Berrichtung staatsretterischer Arbeit.

**Schöneberg**. Die Versammlung im **Obstischen Saale** war von mehr als 700 Personen besetzt. Das Referat hatte Genosse **Kaliski** übernommen. Das schamlose Treiben russischer Spigel in Deutschland kennzeichnete er als ein Zeichen der Wiedererstarkung, der seit der Zeit der heiligen Alliance bestehenden Verchwörung der deutsch-russischen Reaktion gegen jede freiheitliche Entwicklung. Die Schilderung zarischer Barbarei und die Umtriebe ihrer würdigen Spigelvertreter in Deutschland wurde mit Empörung aufgenommen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

**Wilmersdorf**. In einer sehr stark besuchten Versammlung referierte **Gen. Ed. Verstein**. Seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und ferner der Beschluß gefaßt, den Ertrag den russischen Verfolgten zu übermitteln.

In **Klopp** war der große Saal von **Eisermann** lange vor Beginn der Versammlung abgesperrt. Genosse **Pfannkuch** sprach vor mehr als 2000 Personen.

In nächster Nähe des Versammlungsortes war ein Polizeiaufgebot von circa 20 Mann etabliert. Pfannkuch entrollte ein Bild der letzten hundert Jahre preussischer Geschichte und unterwarf das Bestreben, Preußen-Deutschland totalisch zu machen, einer eingehenden und scharfen Kritik. Das internationale Spigelunwesen der russischen Regierung verlangte im Interesse Deutschlands die schärfste Abwehr. Die Behandlung von Ausländern in Deutschland sei jedes Kulturstaates unwürdig. Das Proletariat allein sei berufen, Deutschlands Ehre und Freiheit zu schützen. Nach dem mit stürmischem Beifall aufgenommenem Vortrage wurde die Resolution einstimmig angenommen.

**Kummelsburg**. Der Besuch der Versammlung war ein außerordentlich guter. Genosse **Barthels** schilderte, vom regen Beifall der Versammlung oftmals unterbrochen, die russischen Polizeizustände, welche sich in letzter Zeit auch in Deutschland breit machen. Er geißelte mit scharfen Worten das Verhalten der preussischen Behörden.

Gerecht es doch den preussischen Behörden keineswegs zum Ruhm, daß das Unrecht in Preußen von russischen Spigeln überwacht wird. Redner forderte die Anwesenden auf, gegen derartige Zustände mit aller Energie zu protestieren und dem Beispiel der russischen Freiheitskämpfer nachzueifern.

Die Resolution wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. Nachdem der Vertrauensmann noch mitgeteilt, daß am 23. d. Mts. eine Gemeindevählerversammlung im Lokal von **Weiße** stattfindet und daß die Zellerfassung den russischen Opfern zur Verfügung gestellt wird, wurde die Versammlung geschlossen.

## Gerichts-Zeitung.

Die **Rechtskonsulenten** sind nach den ministeriellen Vorschriften vom November 1901, welche auf Grund des § 88 der Gewerbeordnung erlassen sind, unter andern verpflichtet, in ihren Handakten durch kurze Notizen den Fortgang des Verfahrens kenntlich zu machen. Nach einem dieser Tage ergangenen Kammergerichtsurteil genügen dazu stenographische Notizen, wenn sie deutlich genug sind. Ein Rechtskonsulent hatte solche Notizen in seinen Handakten

in stenographischen Schriftzeichen nach dem System **Cabelsberger** gemacht und das Landgericht hatte ihn von der Anlage der Uebersetzung der ministeriellen Vorschriften mit der Feststellung freigesprochen, daß jene Notizen den Fortgang des Verfahrens kenntlich machten im Sinne dieser Vorschriften und daß für die entsprechenden Notizen in den Handakten nach den Vorschriften des Ministers nicht die Anwendung der deutschen oder lateinischen Schriftzeichen erforderlich sei, wie bei der Führung der Geschäftsbücher. Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft, weil die Vorentscheidung einen Rechtsirrtum nicht erkennen lasse.

Der **Freiherr Georg v. Bennigsen**. Der herabgekommene Sproß eines alten sächsischen Adelsgeschlechtes stand gestern in der Person des Schiffers **Georg Freiherr v. Bennigsen** vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II. Er ist schon 61 Mal wegen **Wettens**, **Landstreichens**, **Obdachlosigkeit** und **Arbeitslosen** verurteilt und wiederholt dem Arbeitshause überwiesen worden. Im Herbst v. J. entließ er aus dem Arbeitshause, wurde aber bald ausgegriffen und in das Stadtgefängnis eingeliefert. Hier nannte er sich **Fritz Wendland** und wurde unter diesem Namen auch am 10. Oktober zu 4 Wochen Haft verurteilt. Er wurde als **Fritz Wendland** in das Gefängnisregister eingetragen. Als er nach verbüßter Strafe an das Arbeitshaus überwiesen wurde, erkannte man in ihm den altbekannten v. Bennigsen wieder. Er wurde nun wegen intellektueller Urkundenfälschung zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt.

Der **reiche Maurer**. Als Schläffer, die im Monde liegen, erwiesen sich die Angaben, welche der Maurergeselle **Rudolph Wittelst** über sich und seine Familienverhältnisse geäußert hatte. Er verbreitete und die wunderbarerweise auch bei einigen Leuten vollen Glauben fanden. **Wittelstedt** arbeitete auf dem Bau der sächsischen Gasanstalt in der **Greifswalderstraße**. Hier wußte er sich den **Rindbus** eines kleinen **Rabobs** zu geben. Er erzählte den staunenden Mitarbeiter, daß er der Sohn eines reichen Maurermeisters in **Neu-Ruppin** sei. Er arbeite gegenwärtig nur, um sich praktisch auszubilden, da er später das Geschäft seines Vaters übernehmen müsse. In **Berlin** habe er einen Onkel, der bei der Regierung arbeite. Er selbst habe 34 000 M. eignes Vermögen, welches auf der Bank liege. Seiner Minderjährigkeit wegen beziehe er aber hiervon nur die Zinsen. Er sei sehr gut gestellt und halte sich hier ein **Reithferd**. **Wittelstedt** er sei unter seinen Arbeitsgenossen nur „der reiche **Wittelstedt**“. Er verdiene auf dem Bau wöchentlich 30 M., aber er blieb manche Tage aus, da er, wie er angab, ausreiten müßte. Daß er trotz seines Verdienstes und trotz der angenehmen Rücksicht öfter in Geldverlegenheit war, fiel weiter nicht auf, da so etwas bei Söhnen reicher Eltern vorzukommen pflegt. In solchen schwachen Augenblicken half ihm der Maurergeselle **Schöler**, den er mit besonderer Gerablassung behandelte, mit kleineren Darlehen gern aus. Bei der **Ritter** des **Schöler**, welche eine kleine Restauration betrieb, ab und trank **Wittelstedt** Wochen hindurch auf Kredit und vergrößerte die **Kraut** auf das „**Welschschiff**“, welches demnächst eintreffen würde. Seinem **Polier** auf dem Bau wußte er nach und nach 200 M. abzuschnöpfen. Schließlich stellten sich alle seine Erzählungen als **Schwindel** heraus. Während er bei seiner in bedrängten Verhältnissen lebenden **Ritter** wohnte, verbrachte er seinen Arbeitslohn und die bezorgten Gelder in Weinstuben und Wädeln. **Wittelstedt** stand gestern unter der Anklage des Betrugs vor der 135. Abteilung des **Schöffengerichts**. Mit Rücksicht auf die an den Tag gelegte **Freiheit** beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von einem **Monat**. Der **Schöffengericht** erkannte auf eine solche von zwei Wochen. Während seine **Ritter** im Zuhörerraum bittere Thränen vergoß, verließ der Sohn die Anklagebank mit der Erklärung: „**Ich lege Verurteilung ein!**“

## Der russisch-japanische Krieg.

**Petersburg**, 18. Februar. Hier sind Nachrichten eingelaufen, daß die japanische Flotte in zwei Teile geteilt ist, der eine Teil bewacht die Landung bei **Tschumulpa** und **Fusan**, der andre beschützt die **Ufer** **Japans** gegen das **Wladivostoker** Geschwader. Die Bevölkerung in der **Wandlauer** verläuft überall gern den Truppen Pferde und Lebensmittel.

Die **Weldung** des **Meisterschen** **Bureaus**, daß durch **Chinesische** **Vollschauen** in der Umgegend von **Jinkau** die **Telegraphen-** und **Telephonleitungen** gerissen worden seien und der Verkehr über **Land** mit **Dalny** unterbrochen sei, ist unzutreffend.

**London**, 18. Februar. Das **Meisterschen** **Bureau** meldet aus **Soul** von heute: Die **Russen** in Stärke von 2000 Mann kamen in **Widschun** und 3000 in **Tschulentschun** an. Es wird ein Zusammenstoß in der **Provinz** **Pingang** erwartet.

Aus **Shanghai** wird gemeldet: Der englische Dampfer **„Spiny“** kam heute hier von **Tsingtau** an. Als er auf der **Luhnerreede** von **Port Arthur** **Schuy** vor **Schlechtem** **Wetter** suchte, wurde er von russischen Schiffen und von den **Fortis** beschossen, dann nach **Dalny** gebracht und dort ohne ersichtlichen Grund vier Tage festgehalten, obgleich der Kapitän energisch dagegen protestierte. — Das russische Schiff **„Wandshur“** bleibt hier trotz der von **China** an den Kapitän gerichteten Aufforderung, **Shanghai** zu verlassen.

**Port Arthur**, 18. Februar. (Meldung der **Russischen** **Telegraphen-Agentur**.) Es heißt, daß die der **Dahost**-**Kamshaita**-**Gesellschaft** gehörenden Dampfer **„Kotil“** und **„Obrii“** von den **Japanern** gelapert sind.

**Port Arthur**, 18. Februar. Der **Berichterstatler** des **„Rowi Krail“** in **Ragafaki** meldet: Am 7. d. M. wurden in **Ragafaki** von den **Japanern** die russischen Dampfer **„Wandshur“**, **„Schilla“** und **„Walden“**, welche von den **Stimmen** **Günzburg**, **Dresch** und **Schleiger** befrachtet waren, beschlagnahmt. Später wurde der Dampfer **„Walden“** freigegeben und nach **Tschifu** gebracht.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus **Südwestafrika**.

**Berlin**, 18. Februar. (B. L. O.) **Gouverneur** **Leutwein** telegraphiert unter dem heutigen Tage im Anschluß an seine gestrige Meldung, daß am 11. Februar im **Gefecht** bei **Seels** die **Seesoldaten** **Wahle** aus **Tepe** an der **Elbe**, **Schneider** aus **Weiden**, **Oberpfalz**, und **Lutter** von **Möller** aus **Bradvvede** in **Westfalen** gefallen sind. **Schwer** verwundet ist **Denze** aus **Oesdorf**, **Kreis** **Hormont**, leicht verwundet **Gefreiter** **Kandt** aus **Ebing**, **Westpreußen**.

Nach einem weiteren Telegramm des **Gouverneurs** **Leutwein** sollen **Privatnachrichten** aus **Grootfontein** zufolge die **Reiter** **Wolberg** und **Wittmer** ermordet sein und die **Ansiedler** v. **Hartmann**, dessen **Vater** als **Konsul** in **Hamburg** leben soll, **Gotfried** **Gätz**, **Walter** **Gippl** aus **Kostob** und **Piepho** vermisst werden. **Erwa** am 18. Januar habe bei **Grootfontein** ein **Gefecht** unter **Oberleutnant** **Volkman** stattgefunden, bei welchem der **Unteroffizier** **Stadler** gefallen und die **Kriegsgeheimen** **Maurer** **Haberstadt**, **Tschiller** **Kühse**, **Hartmann** **Miedel** aus **Wittweida** und ein **Vorr** verwundet worden seien. Vom **Feinde** seien die **führer** und **23** Mann gefallen. Die **stark** besetzte **Station** **Grootfontein** sei außer **Gefahr**.

Der deutsche Dampfer **„Emma“** freigegeben.

**Röln**, 18. Februar. (B. L. O.) Ueber die **Beschlagnahme** des nach **Russisch-Sibirien** bestimmten deutschen Dampfers **„Emma“** der **Firma** **Jedien** durch ein japanisches Kanonenboot wird der **Rölnischen** **Zeitung** aus **Berlin** gemeldet: Der Dampfer ist wieder freigegeben worden. Die Angelegenheit wurde durch die **Japaner** in durchaus zufriedenstellender und entgegenkommender Weise geregelt, indem sie dem deutschen **Konsul** ihre **Entschuldigung** aussprachen und den **Kommandanten** des **Kanonenboots** seines **Kommandos** entließen. Die **„Emma“** geht nach **Tsingtau**.

Reichstag.

30. Sitzung. Donnerstag, 18. Februar 1904, 1 Uhr.

Vom Bundesratsliche: Kräfte.

Die zweite Beratung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung wird bei den fortwährenden Ausgaben (Titel Staatssekretär) fortgesetzt.

Dazu liegen vor zwei Resolutionen Gröber (C.) (Statistik über die Dienstzeit der mittleren und niederen Beamten; Ausdehnung der Sonntagruhe auf katholische Feiertage in katholischen Gegenden) und eine Resolution Dr. Müller-Sagan (freif. Wp.) auf Vorlegung einer jährlichen Uebersicht über die Krankheits- und Todesursachen der Postbeamten.

Abg. Dr. Dröschler (L.): Die meisten Wünsche der unteren und mittleren Postbeamten sind erfüllt worden, ja, es ist vielfach noch mehr geschehen, als die Beamten erwarteten. Das wird in weiten Kreisen der Beamten dankbar anerkannt. Es ist auch anzuerkennen, daß in dem Etat für 1904 wieder 2000 neue Postassistenten vorgesehen sind. Wenn im nächsten Jahre wieder dieselbe Zahl neuer Stellen geschaffen wird, so ist zu erwarten, daß damit der ganze Jahrgang 1899 fest angestellt sein wird.

Weiterhin richten sich die Wünsche der Beamten auf eine gleichmäßige Bemessung des Erholungsurlaubes, sowie auf eine frühzeitige Bekanntgabe der Verleihung von Postassistenten, endlich auf die strenge Durchführung der Dienstplandisziplin. Die Forderung einer Entschädigung für den Nachdienst scheint auch mir berechtigt. Wir dürfen zu der Einsicht und Andeutung der Centralverwaltung das Vertrauen haben, daß sie die schädlichen Nebenwirkungen einer solchen Einrichtung zu vermeiden weiß. Fernerhin ist wünschenswert eine Einschränkung des Schreibwerks, eine offene Führung der Personalakten, sowie eine mögliche Einschränkung des Sonntagsdienstes. Wir würden auch eine Erhöhung der Gehälter für Sonntag- und Briefbestellung für richtig halten, etwa in der Höhe der Filialgebühren. Ganz und gar fortlassen könnte am Sonntag die Austragung von Drucksachen, mit alleiniger Ausnahme der Zeitungen.

Hoffentlich finden in nächster Zeit auch die Wünsche der höheren Beamten mehr als bisher Berücksichtigung. Erziehung und dienstliche Stellung hindern gerade diese Beamten, ihre Interessen in der Öffentlichkeit laut zu vertreten. Bisher hat man lediglich die Titel der höheren Beamten geändert. Die Postinspektoren verlangen Gleichstellung in Bezug auf Rangklasse und höheren Wohnungsgeldzuschuß, die Oberpostassistenten eine Stellenzulage von 800 M. Die Wartzeit der Beamten für das Einrücken in die höhere Karriere ist durch eine zu große Einstellung von Anwärtern wesentlich erhöht. Daran haben sich heftigste soziale Mißstände ergeben, die nur beseitigt werden können durch Schaffung vermehrter höherer Stellen. — Redner wünscht, daß die Aufträge der Postverwaltung den ordnungsmäßigen Handwerker, vor allem solchen, die sich als Meister ausgewiesen haben, übergeben würden. Mißstände im Submissionswesen sollten beseitigt werden. Vor allem möge die Post die Handwerkerergoffenshaften bevorzugen. (Bravo! rechts.)

Abg. Gidhoff (fr. Wp.):

Meine Prophezeiung im vorigen Jahre, daß die mageren Jahre für die Postverwaltung vorüber seien, hat sich erfüllt. Der Ueberschuß, den ich auf 86 Millionen schätzte, hat 42 Millionen erreicht. Mein Optimismus hat gefehlt gegenüber Herrn Singer, der den Staatssekretär warnte, auf erhöhte Ueberschüsse zu rechnen. Seit Begründung des Reiches ist noch kein so günstiger Etat aufgestellt. Der wirtschaftliche Aufschwung macht sich wie bei der Eisenbahn so auch bei der Post bemerkbar, hoffentlich macht uns der plötzlich ausgebrochene Krieg in Ostasien keinen Strich durch die Rechnung. Angesichts dieser günstigen Gestaltung des Etats darf die Verkehrs- und Personalreform nicht ruhen; möge der Herr Staatssekretär sich durch die Inkenntnis aus dem Hause nicht abhalten lassen, auf beiden Gebieten Fortschritte zu machen. Was zunächst die Verkehrspolitik anlangt, so möchte ich den Herrn Staatssekretär fragen, wie es mit der deutsch-niederländischen und der deutsch-schweizerischen Postunion steht?

Dem vorliegenden Antrag auf Postfreiheit für die den eigenen Bedarf betreffenden Postsendungen von Soldaten in die Heimat werden wir zustimmen. Aus kaufmännischen Kreisen ist uns folgende Beschwerde zugegangen: In § 96 der Postordnung heißt es: „Gehören mehr als ein Palet zu einer Postpaketadresse, so kommt für das erste Palet die ordnungsmäßige Bestellgebühr, für jedes weitere nur eine Bestellgebühr von 5 M. in Anrechnung.“ In den Posttagen, besonders zu Weihnachten und Ostern soll nun diese Bestimmung einfach dadurch außer Kraft gesetzt worden sein, daß angeordnet wird, daß für jedes Palet eine besondere Adresse ausgefertigt werden muß. Ich bitte den Herrn Staatssekretär um Auskunft, wie es möglich ist, daß auf diese Weise Bestimmungen der Postordnung einfach beseitigt werden. Ferner möchte ich den Herrn Staatssekretär fragen, wie er sich gestellt hat zu der Ausschließung der Postpaket-Beförderung durch Schnellzüge. Die Handelskammer in Wilmshausen macht darauf aufmerksam, daß die Beförderung der Pakete auf den Schnellzügen noch äußerst langsam vor sich geht. Jedes Palet müsse einzeln von den Karren in den Waggons geworfen werden. Es müßte ein Apparat geschaffen werden, womit die Pakete auf einmal in den Wagen gelangen können. Dieselbe Handelskammer regt eine anderweitige Abfindung der Fernsprechgebühren in der Weise an, daß von 100—250 nicht 1 M., sondern nur 75 Pf. Gebühren erhoben werden, und daß die Gesprächsgebühr von 8—8 Minuten nicht gleich das Doppelte, sondern um die Hälfte der einfachen Gebühr erhöht wird. — Ich wende mich dann zur Personalfrage. Die Herren Bagig und Dröschler haben schon von der Denkschrift über die Notlage der höheren Postbeamten gesprochen. Die Gehaltsaufbesserung des Jahres 1898 hat infolge der falschen Annahmen der Herr Stephan sich für die drei unteren Stufen der höheren Postbeamten tatsächlich als ein Danaergeschenk erwiesen. Es ist eine Stellung eingetreten, die diesen Beamten jedes weitere Vancement so gut wie unmöglich macht. Die Beamten des Jahrganges 1900 sind durchschnittlich um 1100 M. jährlich schlechter gestellt als die Beamten des Jahres 1882.

Ich erkenne an, daß der vorliegende Etat die schlimmsten Härten zu beseitigen sucht. Vielleicht könnte man die Ober-Postinspektoren und die Postdirektoren zu einer gemeinsamen Gehaltsklasse mit dem Höchstgehalt der Postdirektoren verwandeln. Wichtiger aber ist noch die Umwandlung zahlreicher Postämter II. Klasse in solche I. Klasse, sowie die Aufhebung der sogenannten „Militärpostämter“. Ich halte auch die Bewilligung von Funktionszulagen an solche Postdirektoren, die in besonders verantwortlicher Stellung sind, für recht und billig.

Die Erfüllung sämtlicher Wünsche der Denkschrift würde eine Mehrbelastung des Etats von nur 940 000 M. zur Folge haben. Das ist gegenüber der Gesamtsumme von 290 Millionen Personalausgaben eine verschwindende Summe.

Für die bierteljährliche Gehaltszahlung an die Beamten bin ich schon im Vorjahre eingetreten. Auch die halbamtliche Deutsche Verkehrszeitung ist meiner Auffassung in dieser Frage beigetreten. Der Dienst im Heere oder in der Flotte wird den Postbeamten vielfach nicht auf ihre Dienstalter angerechnet. Das ist ein großes Unrecht. Mit der Schaffung der 2000 neuen Assistentenstellen sind alle berechtigten Wünsche erfüllt. Auch die Neuregelung der Rang- und Titelverhältnisse dieser Beamten hat alleseitig befriedigt.

Meine politischen Freunde bedauern außerordentlich, daß den Postbeamten des Ostens die Zulagen vor- enthalten bleiben, die anderen Beamten gewährt sind. Wir sind aber aus politischen Gründen außer Stande, solchen wider- ruflichen Zulagen zuzustimmen, die im Grunde nur Korruption

zuchten und an das Wismarsche Wort vom Zudeckbrot und der Peitsche erinnern.

Ich komme dazu, unsere Resolution auf Vorlegung einer alljährlichen Statistik über Krankheits- und Todesursachen der Beamten und Unterbeamten zu bekräftigen. Bis jetzt fehlt hier amtliches Material so gut wie ganz. Nur die „Deutsche Postzeitung“, das Organ der Assistenten, hat sich dieser Verhältnisse bisher angenommen. Eine Zuschrift an die „Münchener Neuesten Nachrichten“ stellt einen erschreckend hohen Prozentsatz von Lungentuberkulose und Tuberkulose fest. Der Grund liegt in erster Reihe in der ungenügenden Reinigung der Diensträume. Auch andere Infektionskrankheiten aller Art kommen in den Kreisen der Postbeamten vor. Dr. v. Sighefi weist in der „Deutschen Medizinischen Zeitung“ auf den Verkehr der Briefträger als eine Ursache der Verbreitung von Scharlach und der Diphtherie hin. Es muß alles geschehen, damit nicht die Post zu einer Vermittlerin der Ansteckung von Krankheiten wird. (Zustimmung.) Unser Antrag bildet ein Mittel, um hier langsam zu besseren Verhältnissen zu kommen.

Die Erklärung des Staatssekretärs über die Koalitionsfreiheit der Postbeamten hat auch mich nicht befriedigt. Die Koalitionsfreiheit ist ein Recht der Postbeamten wie jedes Staatsbürgers. Mit dem Abg. Singer halte auch ich es für ungerecht, daß die Beamten die ihnen verliehenen Schmähe und Lügen selbst bezahlen müssen. — Der Wohnungsgeldzuschuß muß reformiert und mehr den tatsächlichen Verhältnissen in Bezug auf die Mieten angepaßt werden. Zumal im rheinisch-westfälischen Industriebezirk und in Berlin steigt der Wohnungsgeldzuschuß in seinem Verhältnis zu den Mieten selbst. Die Baugenossenschaften, z. B. der Berliner Beamten-Wohnungsverein, verlangen nicht wesentlich niedrigere Mieten als Private. — Die Unterbeamten sind tatsächlich überlastet. Die Postbriefträger haben in Berlin 70 Stunden Dienst wöchentlich. Nicht richtig ist es auch, daß diese Beamten zu Votengängen und Reinigungsarbeiten benützt werden. Auf diese Ausführungen will ich mich bei der Generaldebatte beschränken. Die Postverwaltung sich nicht durch Sozialismus und Bürokratismus von Reformen auf dem Verkehrs- und Personalgebiete abhalten lassen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Kräfte:

Ich gebe zu, daß die Vancementverhältnisse der höheren Postbeamten nicht mehr so günstig sind wie früher. Ich muß aber betonen, daß eine wirkliche Notlage besteht und daß die Verwaltung daran die Schuld trägt.

Es wird in der Denkschrift behauptet, daß die Etagen lediglich für die höheren Stellen bestimmt sind. Die höhere Karriere scheidet sich aber in zwei Karrieren. Für die wirklich höheren Stellen sind nur die Etagen bestimmt, welche das höhere Postverwaltungs-Examen gemacht haben. Die meisten Etagen haben sich der Nähe dieses zweiten Examens früher nicht unterzogen, sondern es vorgezogen, Oberpostassistenten usw. zu bleiben. Später wurde dann das Examen, das bisher ziemlich schwierig war, erleichtert und es wurde bestimmt, daß das Examen bis zu einer gewissen Zeit abgelegt werden mußte, wenn die Etagen nicht des Rechts auf die höhere Karriere verlustig gehen wollten. Dadurch wurde ein großer Andrang zu diesem zweiten Examen verursacht, und die Zahl der Anwärter zu den höheren Stellen vermehrte sich ganz unüberhältnismäßig. Die Zahl derjenigen, die sich zum höheren Examen meldeten, schwankte aber außerordentlich, so daß die Postverwaltung nie genau wissen konnte, wie viel Anwärter ihr zur Verfügung stehen würden. Ein Verstoß der Verwaltung an den jetzigen Zuständen kann ich also nicht anerkennen, wenn auch zuzugeben ist, daß zum Teil aus zu großer Milde eine zu große Zahl von Etagen von uns angenommen worden sind. — Die Dienstalterszulagen haben sehr verschiedene Beurteilung gefunden. Man kann darüber streiten, ob die Zahl der Jahre, die für die Zulage als Grundlage gewählt ist, richtig ist, aber im allgemeinen ist die Grundlage eine gesunde. Von einer Notlage kann jedenfalls nicht die Rede sein. Die Verwaltung wird dahin streben, daß die Stellung der Beamten sich nicht verschlechtert gegen den jetzigen Zustand. (Bravo!)

Abg. Fürst Radziwill (Pole.): Ich spreche dem letzten Vortrager aus dem Hause den warmen Dank meiner Freunde aus für die warme Art, wie er sich in durchaus zutreffender Weise gegen die Ostmarkenzulagen der Postbeamten gewandt hat. Bewußt wird das Haus eine Stärkung des Deutsch- tums im Osten wünschen, aber diese Stärkung darf sich nicht aufbauen auf einer Unterdrückung der Sprache und Sitten eines andren Volksstammes. Wir stehen dieser Politik mit Bedauern, aber auch mit Ruhe gegenüber, trotz der eiligen Hast, mit der die Regierung unsem Vollen seine natürlichen Rechte zu entreißen sucht. Wir schöpfen diese Ruhe aus dem Bewußtsein der immanenten Kraft unfres Volkes, das auch die ihm jetzt bedrohenden Stürme überwinden wird. Wir haben ja noch in den letzten Tagen im preussischen Abgeordnetenhaus Gelegenheitsworte erwähnt hören, die in ganz unglaublicher Weise den ökonomischen Bestand des polnischen Volkes zu untergraben drohen.

Vizepräsident Graf Stolberg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, die Gesehenswürdigkeit, die dem preussischen Landtag zugegangen sind, haben mit dem Postetat nichts zu thun. (Abg. Singer ruft: Ostmarkenzulagen im Postetat!)

Abg. Fürst Radziwill (fortfahrend): Wir wollen gern die Lage der unteren Postbeamten bessern, aber die Ostmarkenzulagen verfolgen lediglich eine antipolnische Tendenz. Die Verweigerung der Bestellung polnischer Briefadressen ist schon häufig von unsrer Seite gerügt worden. Wir wären Verräter an unsem Volksbewußtsein, wenn wir auf den Gebrauch unsrer Muttersprache verzichten wollten. Der Post würde es doch geringe Mühe machen, den Beamten das Verständnis der wenigen polnischen Ausdrücke, die auf den Adressen vorkommen, zu ermöglichen. Unser Volk wird auf seine Rechte nicht verzichten. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Schrader (fr. Wp.): Meine Freunde haben schon bei der Generaldebatte über den Gesamt-Etat erklärt, daß sie nicht gewillt sind, die Ostmarkenzulagen zu bewilligen. Die Angelegenheit der polnischen Briefadressen ist wohl von beiden Seiten ohne Not zu einem Kampfbjekt aufgebaut worden.

Im allgemeinen können wir mit unsrer Post wohl zufrieden sein. Die Zeit, wo infolge einer gewissen Ermattung des hochverdienten Staatssekretärs v. Stephan manches rückständig zu werden begann, ist vorüber. — Die Klagen der Beamten über zu geringes Einkommen werden nicht ohne Grund erhoben. Von Jahr zu Jahr werden ja die Ansprüche an die Lebenshaltung größer. Innerhalb der gebotenen Grenzen muß für die Postbeamten alles geschehen, was möglich ist. Manche Beschwerden werden sich beseitigen lassen durch engere Fühlung zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Solche Fühlung ist gerade bei der Postverwaltung leicht möglich: der Herr Staatssekretär hat selbst am Schalter gestanden, wie jeder Postassistent (Staatssekretär Kräfte nicht), und so ist es mit fast allen höheren Beamten der Fall gewesen. Sie haben also Verständnis für die Lage ihrer Untergebenen.

Von einem Koalitionsrecht der Beamten kann man nicht sprechen, dies Recht steht nur den Arbeitern nach der Gewerbeordnung zu. Aber die Beamten haben ein Vereins- und Versammlungsrecht. Die Versammlungsverbote halte ich für sehr bedenklich. Gerade dadurch wird die Meinung bekräftigt, daß in den Gehaltsverhältnissen der Beamten doch manches tabuliert ist. Der Kollege v. Gerlach ist zu seiner Hamburger Versammlung von den unteren Beamten selbst aufgefordert worden. Gerade solche gemeinsame Aussprache dieser bringt bessere Stärkung, als Gespräche mit einzelnen Beamten. Ich sehe auch nicht ein, warum

ein über ganz Deutschland sich erstreckender Unterbeamtenverein schädlich sein soll. Durch solche Verbote erreicht man nur, daß die Unzufriedenheit, anstatt sich in öffentlicher Kritik frei zu entladen, im Geheimen weiterkriecht. (Beifall links.)

Abg. Dr. Böcker (Ant.): In den Kreisen der Postunterbeamten ist in der That die Sympathie für die Socialdemokratie gestiegen. Deshalb sollte man es begrüßen, wenn königstreue Leute sich der Interessen der Postunterbeamten annehmen. Aber auch in unsern Versammlungen werden Kuppelgeschick und Maßregelungen folgen. Das muß Erbitterung hervorgerufen. Redner tritt für materielle Besserstellung der Beamten ein und verlangt, daß mit dem warenhäuserischen System der Anstellung weiblicher Kräfte gebrochen werden, worunter die Sittlichkeit leidet, weil weniger Ehen geschlossen werden, wenn weniger männliche Beamte angestellt werden. Leider bevorzugt die Postbehörde bei der Bestellung von Uniformen die gemeingefährlichen Institute der Warenhäuser. (Lachen links.) Redner tritt für die Bewilligung von wider- ruflichen Ostmarkenzulagen ein. Noch mehr Schwierigkeiten als die Polen machen die Juden der Post. (Große Heiterkeit.) Gerade im Osten haben wir zahlreiche unbeschriebene und überempfindliche Gebräde (Lachen links.), geradezu halbasiatische Elemente. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Stöckmann (Np.) hält es für nötig, daß die Gehälter, namentlich der Postunterbeamten aufgebessert werden und daß ihnen mehr Sonntagruhe gewährt wird. Redner äußert Bedenken gegen die Centrumsresolution.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Jaunez (Np.), Hug (C.) und v. Treuenfels (L.) wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß 5/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Kaufmannsgerichte.

In der Sitzung am 18. Februar erörterte die Kommission das aktive Wahlrecht. Die Regierungsvorlage knüpft es an das 25. Lebensjahr. Drei Anträge von den Socialdemokraten, Müller-Weinigen und Trimbom (C.) wollen das Wahlalter auf das 21. Lebensjahr herabgesetzt und den Frauen das aktive Wahlrecht erteilt haben. Im Laufe der Debatte werden alle Anträge zu Gunsten des Antrages Trimbom zurückgezogen, der lautet:

Zur Teilnahme an den Wahlen ist ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt, wer das 21. Lebensjahr vollendet hat und in dem Bezirke des Kaufmannsgerichts seine Handelsniederlassung hat oder beschäftigt ist.

Zur Teilnahme an den Wahlen sind nicht berechtigt:

- 1. Ausländer;
2. Personen, welche die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter infolge strafrechtlicher Verurteilung verloren haben;
3. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann;
4. Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Ein Antrag Reimann, von Stöcker aufgenommen, der die Herabsetzung des wahlfähigen Alters, aber nicht das Frauenwahlrecht wollte, wurde ebenfalls zurückgezogen.

Lipinski (Soc.) wies darauf hin, daß die Rechtsfähigkeit mit dem 21. Lebensjahre eintrete, der junge Mann auch die Vertragsfolgen erkennen müsse und er darum auch mit der Rechtsfähigkeit das Wahlrecht erhalten müsse. Das österreichische Gewerbegerichtsgesetz schreibe das 20. Lebensjahr, das italienische Gesetz das 21. Lebensjahr vor. Beide Gesetze geben auch den Frauen das Wahlrecht. Graf Polakowsky habe nur Bedenken getragen, den Frauen richterliche und politische Funktionen zu übertragen, die würden durch das aktive Wahlrecht nicht ausgeübt und lägen also auch von Regierungsseite Einwände nicht mehr vor. Hennig (L.) möchte für seine Person zustimmen, ist aber der Zustimmung seiner Fraktion nicht gewiß. Pfetten (C.) ist gegen das Frauenwahlrecht. Staatssekretär v. Posadowsky will keine Hoffnungen erwecken, die nicht erfüllt werden würden, die Konsequenz werde sein, das Frauenwahlrecht auch für die Gewerbegerichte und die politischen Wahlen zu geben. Singer (Soc.): Die Erklärung des Staatssekretärs könne nicht dazu führen, daß die Kommission ihren Standpunkt aufbehe. Die Rücksicht auf die Frauenbewegung könne allein nicht in Betracht kommen, durch solche kleine Konzessionen werde diese sich nicht befriedigen lassen. Es sei vielmehr ein Gebot der Gerechtigkeit, den Interessen der Möglichkeit zu geben, an den Wahlen teilzunehmen. Stöcker, Pieber (natl.) und Schlüter (Np.) erklärten sich für den Antrag Trimbom.

Hennig und v. Salbern enthielten sich der Abstimmung. Es wurde darauf der Antrag Trimbom gegen die Stimme Pfettes (C.) angenommen.

Bei § 13 wurde, hervorgerufen durch eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts, die Frage aufgeworfen, ob Bürgermeister usw. der Städte mit Eigenbetrieben den Vorst in Kaufmannsgericht übernehmen können. Nach mehreren Kompromiß-Vorschlägen blieben zwei Anträge von Müller-Weinigen und Kirsch (C.) übrig. Der Antrag Kirsch wurde schließlich gegen eine Stimme angenommen und lautet: Vorsteher oder Mitglieder einer verwaltenden oder beschließenden Körperschaft einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes können zum Vorsitzenden eines Kaufmannsgerichts auch dann gewählt werden, wenn die Gemeinde oder der weitere Kommunalverband ein Handelsgewerbe betreibt. Sie sind als Vorsitzende und Beisitzer in denjenigen Rechtsstreitigkeiten ausgeschlossen, in denen die Gemeinde oder der Kommunalverband Partei ist.

Zu § 14 regte Trimbom an, die Auffstellung von Wählerlisten vorzuschreiben. Es wurde darauf hingewiesen, daß im § 15 des Gewerbegerichtsgesetzes, auf den die Vorlage Bezug nimmt, dem Statut die Regelung der Wählerliste überlassen ist. Herbert (Soc.) hat hervor, daß denn auch die Art der Auffstellung von Wählerlisten bestimmt werden müßte. Ein Antrag wurde nicht gestellt und der § 14 in der Fassung der Vorlage angenommen.

§ 15 will die Rechtsanwalte zulassen und setzt die Berufungssumme auf 300 M. fest. Ein Antrag der Socialdemokraten will den Ausschluß der Rechtsanwalte und Erhöhung der Berufungssumme auf 500 Mark. Ferner wird eine Deklaration des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes für den Begriff geschäftsmäßiges Verhandeln zu erlangen versucht. Lipinski (Soc.) begründet den Antrag und weist darauf hin, daß das Gewerbegericht Breslau zwei Angestellten der Arbeiterorganisation von vornherein das Verhandeln vor Gericht als Vertreter ihrer Kollegen verboten habe.

Staatssekretär v. Posadowsky erklärte, wenn jemand durch Krankheit usw. verhindert sei, den Termin wahrzunehmen und er beauftragt einen Kollegen damit, dann sei das Verhandeln dieses Vertreters nicht geschäftsmäßig. Wohl aber falle es unter den Begriff des geschäftsmäßigen Verhandeln, wenn jemand es als Teil seiner Berufspflicht ansehe, jeden, der es wünscht, vor Gericht zu vertreten. Geschäftsmäßig sei nicht identisch mit dem weiteren Begriff gewerbsmäßig.

Der vorgeschlagenen Zeit wegen wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Entschädigung unschuldig Verhafteter. Auch in der gestrigen Sitzung der Kommission wurde die Debatte über § 1 nicht zu Ende geführt. Da der nationalliberale Abg. Gogemann für Erreichung der Worte „Ihre Inhaftung ergeben über“ sowie für die Entschädigung der bereits im Vorderfahren aus der Haft Entlassenen eintrat, und

da das Centrum gleich den Socialdemokraten auch für die Durchführung und für die vorläufige Festnahme die Entschädigungspflicht festgelegt wissen will, erwidert die Annahme aller drei Änderungsanträge gewiß. Die Regierungsvertreter, namentlich Staatssekretär Rieberding, bekämpfen alle drei Änderungsanträge. Der Staatssekretär erklärte sogar, wenn der Reichstag die Änderungen beschließt, würde die Vorlage für die Regierung unannehmbar sein. Die Vorlage bedeute einen großen Schritt nach vorwärts, der Reichstag solle das freundlich anerkennen und die weitere Entwicklung der Zukunft überlassen. Nach seiner Vorlage sei vom Reichstag mit so vielem unbedingten Mißtrauen begegnet worden. Aus strafprozessualen Gründen sei die Entschädigung der bereits im Vorverfahren aus der Haft Entlassenen unthunlich. Von hundert in Untersuchungshaft Genommenen würden etwa 75 beurteilt, 22 im Hauptverfahren freigesprochen und nur drei schon im Vorverfahren entlassen. Um dieser drei willen solle man nicht die Entschädigung der 22 gefährden.

Abg. Romm sen (fr. Bg.) hat Bedenken gegen die Entschädigung bei Sistierungen. Abg. Stadthagen (Soz.) hält die Einwendungen der Regierungsvertreter nicht für stichhaltig, namentlich seien die Änderungsanträge auf den Militärstrafprozess bequem anwendbar. Abg. Prälisch (L.) ist bereit zu nehmen, was die Regierung gewährt. Wenn seine persönlichen Wünsche auch weiter gingen, so wolle er doch nicht das Schicksal der Vorlage gefährden durch Annahme von Anträgen, welche die Regierung für unannehmbar erklärt hat. Abg. Zehle (Soz.) kann diese Stellung nicht billigen. Die 7/8-Gerechtigkeit der Regierung genüge ihm nicht. Nur aus juristischem Schematismus widerstrebe die Regierung den Anträgen. Der Reichstag müsse fordern, was gerecht und erfüllbar ist. Konzessionen an den Schematismus habe er nicht zu machen. Werden die Änderungsanträge angenommen, so sei der damit gegebene Inhalt des § 1 Absatz 1 am klarsten und deutungsreichsten durch die socialdemokratische Fassung präzisiert:

Personen, gegen welche Untersuchungshaft verhängt war, oder die sistiert worden sind, können Entschädigung beanspruchen, wenn sie rechtskräftig freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt sind. Nachdem Staatssekretär Rieberding nochmals für unveränderte Annahme des § 1 nach der Regierungsvorlage eingetreten war, wurde die Sitzung auf Freitag vertagt.

**Wahlprüfungs-Kommission.** Im 5. Arnberger Wahlkreise, Bohum-Welsenkirchen, der 132 177 Wahlberechtigte zählt, erhielten in der Hauptwahl Stimmen: Hue (Soz.) 39 135, Franken (natl.) 33 423, Berje (Centrum) 31 408 und ein polnischer Kandidat 6208. Durch die Auffstellung eines polnischen Kandidaten fiel der Centrumskandidat bei der Stichwahl aus. In der Stichwahl erhielten dann Hue 50 063 Stimmen, Franken 49 300. Ueber 6000 ungültige Stimmzettel waren bei der Stichwahl abgegeben worden, die von der Kommission nachgeprüft werden mußten. Die Nachprüfung ergab, daß für Hue 14, für Franken 12 Stimmen für gültig erklärt wurden. Außerdem hatte der Wahlkommissar einige Monitias über vorgekommene Unregelmäßigkeiten gezogen und zuguterletzt war ein Protest gegen die Wahl Hues von Rationalisten eingereicht worden, obgleich gerade die Rationalisten die schlimmsten Wahlbeeinflussungen im Kreise betrieben haben.

Der amtliche Nachweis im Wahlprotokoll ergab, daß in Sankau vom Wahlvorstand nur 2 Weisiger ernannt waren, entgegen den Bestimmungen des § 10 des Wahlreglements, nach dem 3-6 Weisiger ernannt werden müssen. Die Kommission hat bisher den Wahlakt nur laßiert, wenn nachgewiesenermaßen weniger als 3 Mitglieder des Wahlvorstandes bei der Wahlhandlung zugegen waren (§ 12 des Wahlreglements). Da dies nicht behauptet wurde, so beschloß die Kommission nach längeren Verhandlungen hierüber gegen eine Stimme, daß der Wahlakt in Sankau als gültig zu erachten sei, es also bei der bisherigen Praxis zu belassen.

Eine sehr lebhaft diskutierte Entscheidung entfiel über die Klagen des Protestes, daß in Weimar, Bitten, Gerne, Sankau und anderen Orten die Wählerlisten nicht acht Tage lang zur Einsicht jedermanns ausgelegt hätten, wie es § 2 des Wahlreglements vorschreibt. Vom 18.-25. Mai hätten die Listen ausgelegt, doch wurden aber habe ein Sonntag und der Dinnmehlsfahrttag gelegen, an diesen Tagen seien in den betreffenden Orten die Bureaus, in denen die Wählerlisten ausliegen, nicht geöffnet gewesen. Von mehreren Seiten wurde die Anzulänglichlichkeit der Frist des Ausliegens der Wählerlisten betont und vom Referenten der Antrag gestellt, Beweiserhebung über diese Protestbehauptung anstellen zu lassen. Dem trat die Mehrheit der Kommission entgegen. Klar war man sich allgemein darüber, daß die bisherige Praxis der Kommission und des Reichstags keinen Anstoß daran genommen hat, wenn in die Auslegungsfrist Sonn- und Festtage fielen. Nur, wenn der letzte Tag dieser Frist auf einen Sonn- oder Festtag fielen, sei die Frist um einen Tag zu verlängern. Gegen fünf Stimmen lehnte dann die Mehrheit den Antrag auf Beweiserhebung ab und erklärte den Wahlakt in den betreffenden Orten für gültig.

Nach der Entscheidung über diese prinzipiellen Punkte wurden eventuelle Beweiserhebungen beschlossen darüber: 1. ob in einem Wahllokal in Welsenkirchen (C. W. Diekmann) vorübergehend der Wahlvorsteher und Protokollführer zugleich gefehlt haben, so daß Wähler, die zugegen waren, ihre Stimme nicht abgeben konnten; 2. ob in Seben mehrere Wähler zugleich sich im Wählerraum befanden; 3. ob in Gerne und anderen Orten verschiedene Leute auf fremden Namen wählen wollten resp. gewählt haben.

Als dann aber nach Berechnung der bei all diesen Verstößen — die zur Kassierung des Wahlakts in den betreffenden Orten führen müßten — in Betracht kommenden Wählerzahl sich herausstellte, daß trotzdem noch eine Mehrheit von ca. 500 Stimmen für Hue verblieb, beschloß die Kommission einstimmig, dem Pleum die Gültigkeit der Wahl zu empfehlen. Im schriftlichen Bericht sollen jedoch die Verhandlungen über die prinzipiellen Gesichtspunkte, die bei den Verhandlungen zum Ausdruck gelangt waren, eingehend dargestellt werden.

Dann schritt die Kommission zur Prüfung der Wahl Mattsen (natl.), dritter schleswigischer Wahlkreis Schleswig-Eckernförde, wo bei der Hauptwahl Stimmen abgegeben wurden für Hoffmann (Soz.) 5754, für Mattsen (natl.) 5594 und für den freisinnigen Kandidaten 5447. In der Stichwahl erhielten dann Hoffmann 7933, Mattsen 9550 Stimmen. Gegen die Wahl ist Protest erhoben worden, jedoch die für genügend substantiiert erachteten Monitias würden weder das Endergebnis der Stichwahl noch das Resultat bei der Hauptwahl zu Ungunsten Mattsens so ändern, daß die Majorität für Mattsen fielen. Die Kommission beschloß daher, in einem schriftlichen Bericht an das Pleum die Gültigkeit der Wahl Mattsens zu empfehlen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 23. Februar.

## Der russische Absolutismus in der Klemme.

Den gestern gemeldeten Prahlereien der russischen Regierung, daß sie gar nicht daran denke, sowohl auf dem Balkan wie in Tibet auch nur einen Zoll von ihrer bisherigen Politik abzuweichen, ist heute ein kläglicher Stoßseufzer gefolgt. Ein Regierungscommuniqué folgenden Inhalts ist nämlich veröffentlicht worden:

Nacht Tage sind verflossen, seit ganz Rußland von tiefer Entrüstung gegen einen Feind erfüllt worden ist, der die Verhandlungen plötzlich abgebrochen hat und darauf ausging, durch einen verräterischen Angriff einen leichten Erfolg in dem lange gewünschten Kriege zu erringen. Die russische Bevölkerung wünscht mit begreiflicher Ungeduld schleunige Revanche und erwartet mit feberhafter Spannung Nachrichten vom fernem Osten. Die Eingeliebt und die Macht des russischen Volkes befeitigen den Zweifel, daß Japan die verdiente Rächung für seine Verräterei erhalten werde und dafür, daß es zum Kriege herausgefordert hat, während unser angebeteter Herrscher

den Frieden unter allen Nationen zu bewahren wünscht. Die Umstände der Feindseligkeiten zwingen uns, mit Geduld die Nachrichten über die Erfolge unserer Truppen abzuwarten, die nicht vor entscheidenden Handlungen seitens des russischen Heeres eintreten können. Die ernste Lage des angegriffenen Gebietes und der Wunsch des Kaisers, den Frieden zu erhalten, schufen die Unmöglichkeit, Kriegsvorbereitungen von langer Hand im Voraus zu treffen. Es wird jetzt vieler Zeit bedürfen, um Japan die Schläge zu versetzen, die der Macht Rußlands würdig sind. Zudem Rußland sparsam mit dem Blute seiner Kinder umgeht bei dem Bestreben, der Nation, die den Kampf in annehmender Weise herausgefordert hat, die verdiente Rächung zu erteilen, muß es die Ereignisse mit Geduld abwarten, in der Gewißheit, daß unsere Armee die Herausforderung hundertfach rächen wird. Die Operationen zu Lande liegen noch in ferner Zukunft. Wir können nicht bald Nachrichten vom Kriegsschauplatz haben. Unnützes Muttergesehies ist der Größe und Macht Rußlands nicht würdig. Unser Vaterland bekundet so große Eintracht und Opferwilligkeit zum Besten der nationalen Sache, daß jede vom Kriegsschauplatz eintreffende wahre Nachricht sofort der ganzen Nation gehören soll.

Es muß nicht allzu günstig um die russischen Kriegsschancen stehen, da die Regierung sich zu einer so kläglichen Weichte dem Volke gegenüber veranlaßt gesehen hat. Sonst war es wenigstens nicht Sitte der Regierung, das Volk von den politischen Vorgängen in Kenntnis zu setzen. Bei seiner räuberischen Weltpolitik, seinem Vorgehen gegen Afghanistan, British-Indien, Tibet, China und Korea hat sie ebensowenig das Bedürfnis empfunden, der Nation Rechenschaft abzulegen, wie bei ihren früheren Kriegen gegen die Türkei. Und jetzt bemüht man sich mit einem Male durch fast tägliche Communiqués um die Gewinnung der Volkseele!

Von der kindischen Aufschwärzung des „verräterischen“ Vorgehens Japans ganz abgesehen, sucht man vor allen Dingen die Öffentlichkeit auf weitere Unglücksbotschaften vom Kriegsschauplatz vorzubereiten.

Man stellt russische Wassererfolge in erst spätere Aussicht. Sollte es sich bei den russischen Kämpfen in Ostasien, bei der Truppenkonzentration auch nur um Potemkinsche Dörfer gehandelt haben? Sollte man durch die geflüsterte Verbreitung übertriebener Nachrichten über die russische Macht in Ostasien fälschlicherweise gerade das Gegenteil von dem erreicht haben, was man zu erreichen beabsichtigte, nämlich statt der Abschreckung Japans dessen bestleunigte Aktion? Das wäre in der That ein Erfolg der vielbewunderten „Schlauheit“ russischer Diplomatie, der ihr von Herzen zu gönnen wäre!

Aber die Auftrufe Väterdens an sein Volk scheinen auch eine Furcht vor dem „inneren Feind“, vor der Unzufriedenheit des mißhandelten und ausgeplünderten Volkes zu verraten! Und in dieser Beziehung ist es interessant, zur Beurteilung der inneren Lage Rußlands

aus einem bedeutsamen Artikel der „Zsitra“, des Central-Organs der russischen Socialdemokratie, einige der wesentlichsten Stellen wiedergeben.

Der Tag der Kriegserklärung ist ein denkwürdiger Tag. Mit ihm beginnt der Krieg, welcher sich in einen Zusammenstoß aller kulturellen Mächte ver wandelt, der die ganze Welt mit Blut und Flammen umfassen kann. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nicht nur die politische Landkarte aller Staaten sich vollkommen ändern kann — sondern daß auch die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch den kommenden Sturm erschüttert werden können. Es kann sein, daß aus den Trümmern der alten ausgebeuteten und zerstörten Gesellschaft eine bessere, glücklichere Ordnung aufsteigen wird, die endlich den arbeitenden Klassen die Befreiung aus den Ketten der Armut, der Gewalt, der Unterdrückung bringen wird. Und deshalb kann das Proletariat — und nur das Proletariat — ohne Furcht in die ihn jetzt umgebenden Völker schauen.

Aber ohne Rücksicht darauf, welchen Rückschlag das Drama am Stillen Ocean auf den Gang der Weltgeschichte haben werde, für Rußland sei seine Bedeutung eine eminente. Die Nachgiebigkeit und die Furcht — die der russische Absolutismus in den letzten Tagen zur Schau getragen habe, als ihm das Entsetzen die Augen vor dem selbstverschuldeten Abgrund aufgingen — hätten nur seine Schwäche offenbart, könnten ihn aber vor dem schrecklichen Krieg nicht retten. Es sei zu spät geworden: alle vorangegangenen Verbrechen des Absolutismus hätten ihn mit fatalistischer Notwendigkeit auf den Weg getrieben, auf dem der Untergang lauer.

Der Untergang sei fast unvermeidlich, da der Absolutismus in den Krieg treibe, gehaßt von allen Völkern; verstoßen in seinem eignen Lande; mit erschöpften Finanzen; zerstört durch die Verächtlichkeit und die Diebereien der Beamenschaft und durch alle Arten von Gemeinheit, die absolutistisch unter der Obhut des zarischen Mantels regiert.

Nicht ohne Grund gingen Gerüchte um, daß für die Kriegszeit ganz Rußland in den Belagerungsstand versetzt werden solle. Der Zarismus wisse, daß er selbst — und nicht Japan — der eigentliche Feind des Volkes sei.

Nicht ohne Grund habe schon in zahlreichen Städten ein förmlicher Sturm auf die Regierungs-Sparalassen stattgefunden; die Sparrer wissen, daß man der Regierung nicht trauen kann, welche sich nur mit Anleihen und mit Raub an dem Volke herauswinden könne, und welche Millionen von Familien — die ihr die kleinen Ersparnisse abtrotzen haben — aufs Pfahler werfen werde. Und nicht ohne Grund spreche man von den grandiosen Schwindereien, die schon jetzt bei allen Operationen zu den Kriegsvorbereitungen geschähen. Das Volk und vor allem die arbeitenden Klassen müßten nun auf ihre Schultern die neuen Lasten nehmen, welche die geldfordernde Regierung ihnen auferlegen werde. Möchten aber diese Opfer nicht nutzlos sein! Mächtige dieser Krieg dem Volke den Sieg über den Absolutismus bringen!

„Der Absolutismus steht vor dem Abgrund; stoßen wir ihn hinunter in den Abgrund! Der Friede, der unter dem unmittelbaren Einfluß der durch die Socialdemokratie geführten Volksmassen geschlossen wird, wird das beste Mittel sein, dem absolutistischen Regiment ein Ende zu setzen. Wir müssen mit aller Kraft dahin wirken, daß die Arbeiterklasse — und mit ihr die anderen Schichten des Volkes — bewußt und offen den Friedensschluß fordert und den Zarismus zwingt, sich dem Willen des Volkes zu beugen. „Es lebe der Friede!“ und „Nieder mit der Selbstherrschaft!“ Das sind zwei Losungen, die von jetzt ab unzerbrechbar mit unsrer Agitation verbunden sein müssen.“

So weit die Kundgebung der russischen Socialdemokratie, die gewiß nicht nur in den weitesten Volksschichten in Rußland, sondern auch in allen Kulturländern mit Freude begrüßt wird.

Ueber den

letzten Torpedo-Angriff auf Port Arthur

veröffentlicht die japanische Admiralität eine ihr auf privatem Wege zugegangene Nachricht, daß der russische Kreuzer „Bojarin“ bei dem letzten Angriff innerhalb des Hafens von Port Arthur durch einen Torpedoschuss getroffen worden ist. Die stürmische See verhindert die Wiederholung eines kombinierten Angriffs; jedoch wird die Beunruhigung des Feindes durch einzelne Torpedoboote andauernd fortgesetzt.

Die russischen Verluste bei Tschumuljo.

Eine Depesche der „Kölnischen Volkszeitung“ aus Tschumuljo vom 17. Februar desagt: Bei dem Gesetzt vor Tschumuljo sind von der Besatzung des russischen Kreuzers „Warjag“ und des Kanonenboots „Koreje“ gefallen oder ertrunken 456 Mann, darunter 17 Offiziere. Von den Ueberlebenden, die heute an Bord des französischen Kreuzers „Fiscal“ nach Shanghai abgingen, sind 265, darunter 15 Offiziere, von dem „Fiscal“, dem englischen Kreuzer „Talbot“ und dem italienischen Kreuzer „Eba“ gerettet worden.

## Japanische Operationspläne.

London, den 18. Februar. Der Korrespondent des „Morning Leader“ in Tientsin berichtet seinem Blatte unterm 16. d. M., er habe die amtliche Nachricht erhalten, daß die große japanische Bewegung bei Port Arthur von der Landseite her am 18. begonnen werde. Die Japaner werden 100 000 Mann in der Nähe von Dalny landen, ein gleich starkes Corps wird von der Westseite der Halbinsel operieren. Die Japaner hoffen Port Arthur blockieren zu können, wenn beide Armeen vereinigt sind; auch soll dann der Angriff auf die Festungswerke erfolgen. Der Angriff der Torpedojäger von Port Arthur am 14. d. M. hatte nur den Zweck, die japanischen Vorbereitungen zu verdecken. Der Korrespondent fügt hinzu, in Tientsin zirkuliere das unbestätigte Gerücht, die russische Flotte habe Port Arthur verlassen, um an der Küste von Korea zu operieren.

## Die Neutralität Chinas.

Dem „Reuterschen Bureau“ wird über New York aus Tokio gemeldet: An amerikanischer Stelle heißt es, Japan habe in seiner durch den amerikanischen Gesandten in Tokio auf die Note des Staatssekretärs Han gegebenen Antwort sich mit der Neutralität Chinas, mit Ausschluß der Mandchurie, die von den Russen besetzt sei, einverstanden erklärt. Japan behalte sich das Recht vor, jedes Vorgehen Rußlands, durch welches die Neutralität Chinas verletzt werden sollte, durch ein entsprechendes Vorgehen seinerseits auszugleichen. Der Kaiser, seine Räte und die Mehrheit des Kabinetts werden sich wahrscheinlich etwa am 20. d. Mts. nach Kioto begeben, wo vorübergehend das kaiserliche Hauptquartier aufgeschlagen werden soll, und dann nach Hiroshima gehen, um bei der Einschiffung der Truppen zugegen zu sein.

Ueber Deutschlands Haltung wird der „Ostpreuß. Zig.“ aus Berlin berichtet: Von beiderseitiger Seite verlautet, daß es sich in der Konferenz zwischen beiden Staatsmännern in Washington nicht um Anbahnung einer Verständigung unter den Mächten betreffs Neutralisierung Chinas handelte, sondern daß auch von amerikanischer Seite der Vorschlag gemacht wurde, die Stellung Japans, falls es besiegt würde, schon jetzt einer Erörterung zwischen den Kabinetten zu unterziehen und anschließend hieran gewisse Punkte festzusetzen, durch welche allzu weitgehende Forderungen Rußlands an Japan ausgeschlossen werden müßten. Der Vorschlag fand nicht die Zustimmung Deutschlands, welches sich in diesem Fall zu nichts verpflichtet wird und bindende Erklärungen hierüber nicht abzugeben gewillt ist. Betreffs der Neutralisierung chinesischen Gebietes zwischen den Kriegführenden hat die deutsche Regierung ihr Einverständnis erklärt. Daß die Verhandlungen zwischen den Regierungen der beteiligten Mächte sich über diese Frage so lange hüzeln, ist wesentlich dem Umstande zuzuführen, daß Unklarheiten über die Begrenzung des Kriegsschauplatzes entstanden sind. Die Mandchurie kann nach Auffassung der die Frage antretenden Mächte nicht in die neutrale Zone miteinbegriffen werden.

## Partei-Nachrichten.

Von der Parteipresse. In die Redaktion der Mannheimer „Volkstimme“ wird der Genosse Richard Hauschild, bisher am „Offenbacher Abendblatt“, eintreten.

## Aus Industrie und Handel.

**Jahresbericht der Berliner Handelskammer.**  
Die Berliner Handelskammer hat heute ihren Jahresbericht für das Jahr 1903 veröffentlicht, der erste volle Jahresbericht, den sie erstattet. Nach einer Darlegung der Organisation und der Aufgaben der Kammer und ihres Verhältnisses zur Korporation der Kaufmannschaft, bietet der Bericht eine meist recht instruktive Uebersicht über die allgemeine Wirtschaftslage des letzten Jahres sowie über die einzelnen kommerziellen und industriellen Geschäftszweige des Berliner Bezirks. Auf diese Ausführungen in ihrer Gesamtheit oder auch nur in ihren wichtigeren Teilen heute einzugehen, ist unmöglich. Wir müssen uns auf den Abriss einiger weniger Partien beschränken, indem wir uns eine ausführliche Besprechung für die nächsten Tage vorbehalten.

Ueber die wirtschaftliche Lage im vergangenen Jahre und die Aussichten für das begonnene Jahr heißt es im Bericht:

„Nicht mit hochgepaunten Erwartungen war man aus dem Jahre 1902 in das neue Jahr hinübergegangen. Im allgemeinen herrschte die Meinung vor, daß zwar für eine allmähliche Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Vorbereitungen nicht fehlten, indes für die Hoffnung weniger auf sichere Anzeichen eines bevorstehenden Umschwunges als vielmehr auf die Erzeugung, daß dem Zustande der Erschöpfung regelmäßig ein Zustand der Erholung folge.“

Es giebt nur wenige Gebiete des Wirtschaftslebens, auf denen sich nicht im Jahre 1903 eine Wendung zum Besseren angebahnt hätte. Während im Jahre 1902 die Erfolge, die einige Gewerbszweige zu verzeichnen hatten, nicht genügend waren, um dem Gesamtbilde der wirtschaftlichen Thätigkeiten ein freundliches Gepräge zu verleihen, muß der Eindruck, den das Jahr 1903 hinterließ, dahin zusammengefaßt werden, daß sich eine allgemeine Hebung des wirtschaftlichen Niveaus vollzog, obwohl der Aufschwung sich nicht gleichmäßig gestaltete, in einigen Branchen zu kräftiger Entfaltung gelangte, in anderen nur zu mäßiger Stärke gedieh.“

Nur langsam und zögernd vollzog sich die Gesundung. Mehrere Branchen verpirten im ersten Semester 1903 noch wenig oder nichts von einem belebenden Hauche und kamen erst um die Mitte des Jahres aus der bisherigen Stagnation heraus; andere mußten gar bis zum Herbst auf die Besserung warten. Bei voller Einschätzung der Fortschritte, die das Jahr 1903 gegenüber seinem Vorgänger zeigt, darf man doch nicht verschweigen, daß von den mannigfachen Unzulänglichkeiten, mit denen das Wirtschaftsleben in der Zeit von Mitte des Jahres 1900 bis Ende 1902 zu kämpfen hatte, sich ein Teil in das Jahr 1903 hinüberverpflanzte. Die Depression der Vorjahre war zu stark gewesen, als daß ihre Folgen mit einem Schläge hätten beseitigt werden können. Es wäre deshalb unvorsichtig, die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in dem Sinne aufzufassen, als seien sie der Eventualität eines Rückschlages für die nächste Zeit fester zu zogen. Wir hoffen, daß die stetige Festigung der ökonomischen Lage, die im Jahre 1903 ihren Anfang genommen hat, von Dauer sein wird, aber wir wollen schon hier betonen, daß auf einen solchen Erfolg nur gerechnet werden kann, wenn der Markt vor Erschütterungen bewahrt bleibt.

Der Hauptcharakterzug des Wirtschaftsjahres 1903 läßt sich in die Worte kleiden: Große Umsätze bei mäßigem Ruhen.

Eine Steigerung der Umsätze war in fast allen Gewerbszweigen zu beobachten. Sie beschränkte sich auch nicht auf einzelne Verkehrscentren und Industriegebiete des Reiches, sondern erstreckte sich auf ziemlich alle Distrikte unsrer Vaterlandes. In hervorhebender Weise wird dieser Verlebensaufschwung durch die Zunahme des deutschen Exports gekennzeichnet. Die Steigerung der Ausfuhr machte sich bei allen wichtigeren Industriezweigen geltend.“

Ferner heißt es über den Berliner Arbeitsmarkt im Berichtsjahre:

„Die Lage des Arbeitsmarktes war im Berichtsjahre günstiger, als im Vorjahre, da die gesteigerte Erwerbsthätigkeit den Arbeitern erhöhte Beschäftigung gab. In den meisten Betriebszweigen nahm die Zahl der Arbeiter nicht unbedeutlich zu; wir schätzen an der Hand der Anstaltenstatistik den Zuwachs, der sich von Beginn bis Ende des Berichtsjahres entwickelte, auf 15 Prozent. Das Niveau des Verdienstes der Arbeiter erhöhte in manchen Gewerbszweigen eine Erhöhung. Bedauerlicherweise war die Erkenntnis von der Solidarität und der Interessen der Arbeitgeber und Arbeit-

nehmer im Berichtsjahre nicht so stark, daß der Arbeitsmarkt vor heftigen Erschütterungen bewahrt geblieben wäre. In einer Reihe von Branchen und Einzelbetrieben unseres Platzes fanden Arbeitseinstellungen von längerer oder kürzerer Dauer statt. Von partiellen Streiks wurden besonders die Holzindustrie und einzelne Zweige des Nahrungsgewerbes betroffen, der größte Generalstreik war die Arbeitseinstellung der Metallarbeiter und Gürtler, die zwei Saisonmonate währte und eine Zahl von ca. 10 000 Arbeitern aus dem Verdienste sekte. Die Folgen der Arbeitseinstellungen, namentlich des großen Streiks der Metallarbeiter, waren für die Geschäftstätigkeit unseres Platzes schwer fühlbar; manche Aufträge auf Metallwaren usw. konnten von den Fabrikanten nicht oder nicht rechtzeitig ausgeführt werden und mußten der sächsischen, süddeutschen usw. Konkurrenz überlassen werden, was besonders für den Export mißsprich, da hier einmal verlorene Kundenschaft nicht leicht wieder zurückgewonnen werden kann.

Der wirtschaftliche Aufschwung, der sich im Berichtsjahre nur zögernd entwickelte, hätte voraussichtlich ein schnelleres Tempo eingeschlagen, wenn nicht die Unsicherheit, die den Arbeitsmarkt beherzschte, sich dämpfend auf die Unternehmungslust gelegt hätte. Der Lohnausfall, der die Arbeiterschaft traf und ihre Konsumkraft verringerte — ein Umstand, der naturgemäß weitere Preise in Mitleidenenschaft zog — war sehr beträchtlich; um einige Beispiele anzuführen, bezifferte er sich bei dem Metallarbeiterstreik auf zweieinviertel Millionen Mark, bei den partiellen Arbeitseinstellungen der Fischer auf 85 000 Mark, bei dem Streik der Fräiser auf 110 000 Mark.

Der günstige Verdienst ermöglichte den breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, eine Verbesserung der Lebensweise. Auf den Kopf der Bevölkerung Groß-Berlins betrug der Verbrauch:

	1902	1903	mehr gegen das Vorjahr
in Mehl usw. . . . .	48,7	68,3	19,6
in Butter, Käse usw. . . . .	78,2	90,5	12,3
in Obst, Gemüse usw. . . . .	52,0	56,6	4,6
in Zucker usw. . . . .	20,5	23,5	3,0
in Manufakturwaren . . . . .	12,9	14,4	1,5

In dem der Konsum der Bevölkerung an Gegenständen des täglichen Bedarfs sich quantitativ erweiterte, erfährt er zugleich eine qualitative Veränderung. Aus einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Branchen, namentlich aus Zweigen des Detailhandels, wird gemeldet, daß die viel belagte Gewohnheit des Publikums, beim Einkauf der Ware mehr auf Billigkeit, als auf Güte zu sehen, im Schwinden begriffen sei. Freilich kann von einer entschiedenen Wandlung noch nicht die Rede sein, es handelt sich nur um die Anfänge der Besserung.

Bemerkenswert ist zu den obigen Verbrauchszahlen, um falschen Schlussfolgerungen vorzubeugen, daß sie nicht den tatsächlichen Anteil angeben, der von dem Gesamtverbrauch auf den Einzelnen entfällt, sondern den industriellen Konsum, d. h. die Weiterverarbeitung bzw. Verwendung der betreffenden Produkte zu andern Erzeugnissen, mit einschließen.

**Bilanz der Berliner Handelsgesellschaft.** Der in der heutigen Sitzung des Verwaltungsrats der Berliner Handelsgesellschaft vorgelegte Jahresabschluss ergibt einschließlich des aus dem Vorjahre übernommenen Vortrages von 301 995,40 M. einen Bruttogewinn von 10 954 891,80 M., wobei in diesem Jahre die für angezeigt erachteten Abschreibungen durch entsprechende Bewertung der Aktiven vorweg abgesetzt sind. Von den erzielten Gewinnen entfallen auf:

	1903	1902
Zinsen-Conto . . . . .	4 829 644,45	4 902 868,10
Wechsel-Conto . . . . .	1 158 569,40	1 091 210,75
Provisions-Conto . . . . .	2 606 036,50	2 661 331,50
Konfortial- und Effekten-Conto . . . . .	2 016 422,75	3 175 873,85
Eingang aus zurückvergüteten Steuern . . . . .	42 223,—	256 030,55

Die Verwaltungskosten haben 1 528 083,40 M. (1902 1 385 581,05 M.), die Steuern 632 403,95 M. (1902 632 899,90 M.) betragen. Nach Absetzung dieser Posten sowie des dem gesetzlichen Reservefonds zugewiesenen Betrages von 42 223 M. an zurückvergüteten Steuern bleibt ein Reingewinn von 8 754 181,45 M. gegen 8 122 313,75 M. im Vorjahre verfügbar. Davon sollen vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung, 8 Proz. Dividende (im vorigen Jahre 7 1/2 Proz.) verteilt werden. Der Pensionskasse der Angestellten soll eine Dotation von 50 000 M. überwiesen werden, durch welche deren Vermögensstand auf 1 007 707,90 M. (1902 1 792 072,40 M.) gebracht wird. Der nach Abzug der statuten- und vertragmäßigen Tantiemen verbleibende Restbetrag von 315 762,40 M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die Bilanz der Berliner Handelsgesellschaft per 31. Dezember 1903 weist folgende Positionen auf:

Aktiven.		
Ausstehende Vollzahlungen . . . . .	7 403 250,—	M.
Kasse . . . . .	15 875 155,90	
Wechsel . . . . .	60 744 755,—	
Reports und Lombardvorschüsse . . . . .	42 495 065,60	
Eigene Effekten . . . . .	12 786 603,20	
Grundstücks-Conto . . . . .	1 462 120,00	
Hypotheken-Conto . . . . .	319 814,95	
Bausgebäude . . . . .	3 545 779,15	
Konfortial-Conto . . . . .	33 569 926,30	
Debitoren . . . . .	181 015 394,90	
(wovon 8,9 Millionen Guthaben bei Bankfirmen und 102 Millionen gebuchte Debitoren)		
Pensionskasse der Angestellten der Berliner Handelsgesellschaft: Effektenbestände . . . . .	1 800 722,50	
Stiftungen für die Angestellten der Berliner Handelsgesellschaft: Effektenbestände . . . . .	185 000,—	
	310 663 588,10	M.
Passiven.		
Kommandit-Kapital . . . . .	100 000 000,—	M.
Gesetzlicher Reservefonds . . . . .	25 848 292,55	
Interims-Reservefonds . . . . .	500 000,—	
Dividenden-Reserve . . . . .	2 500 000,—	
Special- (Contocorrent-)Reserve . . . . .	1 073 448,65	
Accepte . . . . .	61 761 056,55	
(wovon ca. 52 Millionen gegen Guthaben und Unterklagen)		
Kreditoren . . . . .	108 657 876,40	
(wovon ca. 60 Millionen auf feste Termine)		
Rückständige Dividenden . . . . .	8 229,15	
Pensionskasse der Angestellten der Berliner Handelsgesellschaft: Vermögensstand . . . . .	1 857 707,90	
Stiftungen für die Angestellten der Berliner Handelsgesellschaft: Vermögensstand . . . . .	202 825,45	
Gewinn- und Verlust-Conto . . . . .	8 754 181,45	
	310 663 588,10	

Die Reserven beziffern sich Ende 1903 auf 28 021 711,20 M. gleich circa 28,9 Proz. des auf 100 Millionen Mark erhöhten Kommandit-Kapitals. Aus dem Aufgelde der Kapitalerhöhung sind außerdem 500 000 M. in eine Interims-Reserve gestellt; der nach Abzug der Kosten der Kapitalerhöhung verbleibende Rest dieser Reserve wird im laufenden Jahre dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt werden.

Der Gewinn bleibt hinter den Erwartungen zurück, die in letzter Zeit geäußert wurden. Der Gewinn auf dem Zinsen- und dem Provisionskonto ist gegen das Vorjahr zurückgegangen; selbst das Wechselkonto liefert trotz des höheren Discontos im letzten Jahre nur einen geringen Mehrertrag, während andererseits der Gewinn auf dem Effektenkonto um 1,16 Millionen Mark abgenommen hat.

**Norddeutsche Bank, Hamburg.** Der Aufsichtsrat beschloß für das Jahr 1903 die Verteilung einer Dividende von 8 1/2 Proz.

## Soziales.

### Der Kampf gegen die Warenhäuser.

Nachdem der Stadt Zeitz der erste Versuch, eine kommunale Umsatzsteuer für Warenhäuser einzuführen, fehlgeschlagen war, indem das Ober-Verwaltungsgericht die Steuerordnung für ungültig erklärte, führte die Stadt unter dem Namen einer besondern „Gemeinde-Gewerbesteuer“ im Sinne des § 29 des Kommunal-Abgabengesetzes von 1902 die Umsatzsteuer von neuem ein. In der neuen Steuerordnung wird gesagt, daß alle pflichtigen Gewerbebetriebe einer Gewerbesteuer nach den Vorschriften dieser Ordnung unterliegen und daß bei ihnen, abgesehen von den in den §§ 2-5 der Ordnung gemeintem Betrieben, die Gewerbesteuer in Prozenten von den staatlich bestimmten Sätzen erhoben wird. Der § 6 meint dann, die Höhe des Prozentsatzes werde bei diesen Gewerbebetrieben, ausgenommen wieder die der §§ 2 und 5, alljährlich durch Beschluß der städtischen Körperschaften festgesetzt. Die §§ 2-5 nun stellen den Begriff von Warenhäusern und Detail-Verkaufsgeschäften fest und unterwerfen detartige Handelsbetriebe, sofern sie Großbetriebe sind (zum Beispiel mindestens 10 Angestellte beschäftigen), einer Umsatzsteuer, die sich richtet nach dem ganzen Umsatz, den der Abschluß des letzten Jahres ergab. Erhöhen wird bei einem Jahresumsatz von 100 000 bis 200 000 M. 1 1/2 Proz. des Umsatzes, bei 200 000 bis 300 000 M. 2 Proz., bei 300 000 bis 400 000 M. 2 1/2 Proz. und bei mehr als 400 000 M. 3 Proz.

Auf Grund dieser Bestimmungen waren für 1902 der Warenhäuser-Cohn mit gegen 5000 Mark und der Warenhäuser-Messow mit 8750 Mark Umsatzsteuer belegt worden. Sie klagten gegen den Magistrat auf Freistellung von der Steuer und bestritten die Gültigkeit aus der neuen Steuerordnung. Der Bezirksauschuss erklärte jedoch die Steuerordnung für gültig und wies die Kläger ab. Diese legten Revision ein. Rechtsanwalt Juchas als Vertreter des Herrn Cohn machte vor dem Ober-Verwaltungsgericht geltend, daß die Steuerordnung namentlich aus zwei Gründen ungültig sei. In Wirklichkeit handle es sich gar nicht um eine besondere Gewerbesteuer im Sinne des § 29 des Kommunalabgabengesetzes, sondern um eine gegen die Warenhäuser gerichtete Sondersteuer, wie sie die Gemeinden nicht einführen dürften. Die Steuerordnung verstoße gegen den § 20 des Kommunalabgabengesetzes, welcher eine Verteilung der Steuer nach festen und gleichmäßigen Grundätzen auf alle Pflichtenigen verlangt. Daraus könne hier nicht die Rede sein. Neu eingeführt werde nur die Umsatzsteuer für Warenhäuser, während es bezüglich der Steuer für alle andern Gewerbebetriebe beim alten verblieben sei, nur daß die Bestimmungen, sie werde in Prozenten von der staatlich veranlagten Gewerbesteuer erhoben, deren Höhe alljährlich festgesetzt werde, jetzt in derselben Steuerordnung getroffen sei. Nach wie vor würden von allen pflichtigen Gewerbebetriebern, ausgenommen die mit der Umsatzsteuer bedachten Warenhäuser, 100 Proz. der staatlich veranlagten Sätze der Gewerbebesteuer erhoben. Eine Verteilung nach festen gleichmäßigen Grundätzen auf alle Pflichtenigen erfolge nicht, und schon deshalb sei die Steuerordnung ungültig. Zweitens wirke diese Gemeinde-Umsatzsteuer in Zeitz unterdrückend. Nach dem Ober-Verwaltungsgericht dürfe aber eine Umsatzsteuer nicht zur Unterdrückung von Handelsbetrieben führen, da dies mit der Gewerbefreiheit nicht vereinbar wäre. Herr Cohn habe nun im Vorjahre an Umsatzsteuer nicht weniger als 85 Prozent des steuerpflichtigen Jahresertrages seines Geschäfts bezahlt. Er müsse dieses einfach aufgeben, wenn die Steuer bestehen bleibe, die viel höher sei, als die vom Staat eingeführte Warenhaus-Umsatzsteuer. Der Staat erhebe erst bei 400 000 Mark Umsatz etwa die Hälfte von dem, was von Zeitz schon bei 200 000 Mark Umsatz erhoben werde. Außerdem fehle in dem Zeitzer Ortsrecht die Beschränkung des Steuerertrages auf höchstens 20 Prozent des steuerpflichtigen Jahres-Geschäftsertrages, wie sie der Staat für seine Umsatzsteuer eingeführt habe. Auch wegen Gefährdung der Gewerbefreiheit müsse also die Steuerordnung für ungültig erklärt werden. — Der Kläger Messow stellte fest, daß er im Steuerjahr sogar 7000 M. Verlust gehabt habe.

Der zweite Senat des Ober-Verwaltungsgerichts erklärte jedoch in seiner letzten Sitzung die Gewerbe-Steuerordnung der Stadt Zeitz für rechtmäßig, weil sie in der jetzigen Fassung nicht mehr dem § 20 des Kommunal-Abgabengesetzes widerspreche und die gegen die Gültigkeit geltend gemachten Bedenken auch sonst nicht für durchgreifend erachtet werden könnten.

Wegen Verrechnungsmängeln soll sich jedoch der Bezirksauschuss nochmal mit der Sache beschäftigen.

### Der Arbeiterschutz in den Glashütten.

In der Reichstags-Sitzung vom 9. Februar beschwerte sich Genosse Horn, daß für die Glashütten keine Bestimmungen erlassen seien, um die Uebertragung von Infektionskrankheiten, wie Syphilis und Tuberkulose durch gemeinsame Benutzung der Mundstücke an den Gläserpfeifen, zu verhindern. Im belgischen Parlament sei dieselbe Frage erhoben worden, und dort habe die Staatsregierung Maßregeln zur Beseitigung dieser Ansteckungsgefahr zugesagt. So gut wie in Belgien sei das auch eine Pflicht der deutschen Regierung. Staatssekretär Graf Posadowsky mußte in seiner Antwort auch zugeben, daß die Klagen des Genossen Horn über die Ansteckungsgefahr an Tuberkulose und andre Krankheiten durch gemeinsame Benutzung der Mundstücke durchaus zutreffend seien. Es sei festgestellt, daß Arbeiter, die an einer Stelle arbeiteten, wo vorher ein schwindkranker Arbeiter seine handwerklichen Verrichtungen gemacht habe, demnächst auch von der Schwindsucht ergriffen wurden, daß also bei gemeinsamer Benutzung der Arbeitsgeräte die Schwindsucht und andre Krankheiten übertragen werden können. Es frage sich nur, ob man Einrichtungen treffen könne, um die gemeinsame Benutzung der Mundstücke zu verhindern, ob man jedem Arbeiter ein Mundstück geben könne, das er dann feinerleits aufzulösen habe. Die Frage sei erforschenswert und er wolle sich darüber an Ort und Stelle über die Möglichkeit eines solchen Verfahrens orientieren.

Da muß man doch sagen, daß das schon früher hätte geschehen sollen. Schon vor 13 Jahren teilte der Gewerbe-Inspektor Beckmann in Trier in seinem amtlichen Bericht mit, daß durch zwei mit Syphilis behaftete Arbeiter diese Krankheit auf acht andre Arbeiter desselben Arbeitsplatzes durch die gemeinschaftlich gebrauchten Gläserpfeifen übertragen worden ist. Der Fall sei im Auftrage des Regierungspräsidenten nach allen Seiten hin untersucht und Vorbeugungsmaßnahmen veranlaßt worden. Die Verhandlungen seien noch nicht zum Abschluß gekommen, aber alle Glashütten seines Aufsichtsbezirks habe er auf das Vorkommis aufmerksam gemacht. Etwas weniger langsam hat Gewerbetat Grünwald in Hildesheim ein ähnliches Vorkommis in der Schildhorster Glashütte erledigt. Derselbe teilt in seinem Berichte über das Jahr 1897 darüber mit: „Unter den Infektionskrankheiten ist eine Syphilisepidemie hervorzuheben, welche von einem schlesischen Glasmacher eingeschleppt und infolge Benutzung derselben Pfeifen durch verschiedene Arbeiter verbreitet worden ist. Jetzt hat jeder Gläser sein eigenes Werkzeug.“ Man sollte doch meinen, wenn in der Schildhorster Glashütte schon im Jahre 1897 die Einrichtung getroffen werden konnte, daß jeder Gläser sein eigenes Werkzeug hatte, so hätte doch auch in den inzwischen verfloßenen sieben Jahren veranlaßt werden können, daß diese Einrichtung inzwischen auch auf allen andern Glashütten getroffen werde. Auf einigen Glashütten, wie in der Rieburger Glashütte und mehreren Glashütten der Regierungsbezirke Minden und Kassel, ist dies allerdings nicht mehr nötig, da man dort die inzwischen von dem Engländer Whaley und den Gebrüder Appert in Clichy konstruierten zweckmäßigen Blase-Apparate mit Erfolg benutzt, die, mit Regulator und Manometer versehen, mittels komprimierter Luft das Glasblasen beforgen und sehr bequem zu handhaben sind, die also nicht nur die genannten Ansteden, sondern auch jede Ueberanstrengung der Lungen ausschließen, an denen die Gläser sonst viel leiden müssen und durch die auch die Verbreitung der chronischen Augenkrankheiten unter ihnen sehr gefördert wird. Denn die Infektion durch die gemeinschaftliche Benutzung der Gläserpfeife ist nicht das einzige Uebel, an dem die Gläser zu leiden haben. Gerade in den Glashütten sind Verstopfungen gegen die gefährlichen Bestimmungen ziemlich ebenso häufig, wie in Ziegeleien. Die Glashütten liegen vielfach abseits der Verkehrsstraßen in waldigen Gegenden, in die die Aufsichtsberechtigten wenig kommen, und es bilden sich dort vielfach Mißbräuche der schlimmsten Art aus. Zwar ist die Beschäftigung von Arbeiterinnen in den Räumen der Glashütten, in denen vor dem Ofen gearbeitet wird, nicht nur durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 11. März 1892, sondern schon durch die Bekanntmachung vom 23. April 1879 verboten, zwar sollen männliche jugendliche Arbeiter nur nach Vorlegung eines von einem dazu ermächtigten Arzte ausgestellten Zeugnisses zur Arbeit zugelassen werden, das ihre dazu genügende körperliche Ausbildung bescheinigt, zwar ist die Innehaltung bestimmter Pausen und Verbot der Sonntagsarbeit vorgeschrieben, und doch werden noch immer in den Glashütten Frauen und Mädchen und schulpflichtige Kinder mit Arbeiten beschäftigt, zu denen ihr Organismus nicht geeignet ist und die deshalb verboten sind, zu Arbeiten vor den Ofen, zum Abputzen von Glaswaren vom Glashaube, zu Nacht- und Sonntagsarbeit, und viele junge Arbeiter unter Nichtinnehaltung der vorgeschriebenen Arbeitszeit und Arbeitspausen. Selbst mit giftigen Stoffen werden junge Mädchen in Glashütten beschäftigt. Im Bezirk Aueburg erkrankte ein junges Mädchen an Bleivergiftung, das mit dem Auftragen bleihaltiger Glasur auf Lampenschilde beschäftigt war und mehrere andere beim Polieren des Glases mit bleihaltiger Zinnasche.

Die Arbeit in den Glashütten ist schon für erwachsene Arbeiter und bei Beachtung der vorgeschriebenen hygienischen Schutzmaßnahmen eine sehr anstrengende, sowohl wegen der damit verbundenen großen Anstrengung und wegen des bei den Vorbereitungsarbeiten entstehenden Staubes, als wegen der intensiven, strahlenden Hitze, der die Arbeiter beim Blasen vor dem Ofen und beim Abtragen in die Kistlöfen ausgesetzt sind; um wie viel mehr muß sie bei körperlich ungeeigneten und bei Nichtinnehaltung der notwendigen Vorsichtsmaßnahmen und Pausen die Gesundheit der Betroffenen schädigen. Es ist deshalb nicht nur der baldigste Erlaß eines Verbotes der gewerkschaftlichen Benutzung der Gläserpfeifen-Mundstücke geboten, sondern auch eine strengere Innehaltung und Ergänzung der bereits in der Bekanntmachung vom 11. März 1892 erlassenen Schutzbestimmungen.

**Keine Anzeigepflicht bei Kindbettfieber.** Für rechtsungültig erklärte das Kammergericht eine Regierungs-Polizeiverordnung vom 15. Dezember 1882, welche die Hebammen verpflichtet, in jedem Falle, wo eine Wöchnerin kindbettfieberverdächtig ist, sofort dem Kreisarzt Anzeige zu machen und welche alle Hebammen mit Strafe bedroht, die den Grundätzen und Bestimmungen des Hebammen-Lehrbuchs zuwiderhandeln. Letzteres sei, meinte der Senat, keine gültige Strafbestimmung, denn eine solche müsse genau sagen, um was es sich handle. Die meisten Bestimmungen im Hebammen-Lehrbuch seien aber viel zu allgemein gehalten, auch hätte der Inhalt des Lehrbuchs, was nicht geschehen, mit publiziert werden müssen, wenn er einen Teil der Regierungs-Polizeiverordnung bilden sollte. Ferner könne eine Polizeiverordnung überhaupt nicht eine Anzeigepflicht bei Kindbettfieber begründen, da die Anzeigepflicht für ansteckende menschliche Krankheiten in der Kabinettsorder von 1835 (Sanitätsreglement) und im Menschen-Seuchengesetz ersichtlich geregelt sei, ohne daß dort das Kindbettfieber erwähnt werde. Nicht durch Polizeiverordnung, sondern nur durch Gesetz könne hierin Wandel geschaffen werden.

Bei der Gewerbe-Wahl in Schweidnitz (Schlesien) siegte die Liste des Gewerkschaftsartikels mit 375 Stimmen gegen die vereinigten christlichen und Hirsch-Dunderschen, auf welche sich 224 Stimmen vereinigten.

## Versammlungen.

**Erwidern.** Der Genosse Wenzel in Groß-Richterfelde (Kreis Teltow-Beeskow-Storow-Charlottenburg) hat sich angemeldet, in einer Versammlung des dortigen Wahlvereins „nachdrücklichste Verwahrung“ gegen meine Berichterstattung im zweiten Berliner Kreise einzulegen. Abgesehen davon, daß Genosse Wenzel als Interessent in der strittigen Frage aus naheliegenden Gründen wohl besser geschwiegen hätte, glaube ich im Namen aller Genossen des zweiten Berliner Kreises dagegen protestieren zu dürfen, daß auswärtige Genossen über meine Tätigkeit als Mitglied der Preßkommission zu Bericht sagen wollen. Ueber diese Tätigkeit schulde ich ausschließlich den Genossen meines Kreises Rechenschaft; und in der Frage der Gehaltsverhöhung der Expeditionsangestellten am „Vorwärts“ folgte ich lediglich den Intentionen, die mir die Vertretung des zweiten Berliner Kreises ausgedrückt hatte.

Obiger Erklärung schließt sich an G. Berner, 1. Vorsitzender für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

42362\*  
**Sofastoffe**  
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle-**Reste!** Mocquetts.  
Plüsch-**Reste!** Satteltaschen.  
Muster bei näherer Angabe franco.  
**Emil Lefèvre, Berlin, 158**  
Oranienstr.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein Berlin.**  
Sonnabend, den 20. Februar d. J., in den Gesamträumen des „Böhmischen Brauhauses“, Landsberger Allee 11/13:  
**Grosser Wiener Maskenball.**  
Ausführung einer humoristischen Radfahrer-Pantomime.  
Reigenfahrten, humoristische Vorträge, humoristisches Radrennen auf unterirdischen Rädern etc. 11/19\*  
Billets sind im Vereinslokal, Andreasstr. 26 zu haben.  
Anfang 9 Uhr. Eintritt 50 Pf.  
Es ladet freundlichst ein **Das vergnügte Komitee.**  
NR. Sonntagmittag 2 Uhr: Salaische Bräde nach Hofgarten bei Radikat. Bei schlechtem Wetter per Bahn.

**Wer in Bezug auf sein Frühstück-**  
Getränk naturgemäß leben will, ohne auf die ihm lieb gewordenen Gewohnheiten zu verzichten, der muß sich an Rathkeimers Malzkaffee halten. Dieses gesunde, von allen Schädlichkeiten freie, wohlgeschmeckende Getränk vereinigt mit seinem fassendlichen Geschmack die vortheilhaftesten Eigenschaften des Malzes und ist darum der Gesundheit überaus zuträglich. — Gilt nur in Paketen mit dem Bild des Prälaten Kneipp als Schutzmarke.  
**Vereine.** Zimmer für 80 und 20 Personen, auch für Besangvereine. Neues Pianino. Dirksenstr. 39. I. Etage. **Karl Grosser.** (Zwischen Bahnhof Börse und Alexanderplatz.) Telefon: Amt III, 1813. Vereinstlokal des Verbandes deutscher Galanteriegeschäfte. 42002\*

**Dr. Schönemann**  
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/3, 1/2, 6-1/8. Sonnt. 9-11  
**Günstige Gelegenheit!**  
**Kragen, Manchetten, Serviteurs.**  
Ein-Polster-Herrentragen, best. Fabrik, rein Lein, 4 fach, p. Dvd. nur 2 M.  
**Manchetten,** prima, garant. 4 fach, 1/2, Dtd. 1.80 M. 39942\*  
**Serviteurs,** ganz prima, einzelne Sachen, Stk. 30, 40 u. 50 Pf.  
● Oberhemden, Nachhemden, ● auhergewöhnlich preiswert.  
**Ernst Marcuse, Mühlstr. 22.**



Der Kongreß von Saint-Etienne.

Zweiter Verhandlungstag. (Schluß.)

Abg. Gabriel Deville berichtet zunächst die Behauptung des Vordrängers bezüglich der Interpellationsweigerung: Wir sprachen mehrmals beim Ministerpräsidenten vor und dieser hat unter Beschwerde recht gegeben. Als fleißiger Besucher der Fraktions-sitzungen bestreitet Deville das Vorhandensein von Reibungen inner-halb der Fraktion. Er hat fündig die Fraktion durch ein Uebermaß von Kameraderie, wodurch die Einheitslichkeit der Abstimmung unmöglich wird. So hat die Fraktion in einer — ausnahmsweise gut besuchten — Sitzung ausnahmsweise einen Mehrheitsbeschluss gefasst, die Geheimfonds zu votieren. Die Minderheit hat sich aber diesem Beschluss nicht gefügt.

Gegen Barde bemerkt Redner: In Sedan habe ich den Völler-frieden beobachtet und dabei ausgeführt, das Patriotismus und Inter-nationalismus sich vereinigen lassen. Ich habe ein etwas lebhaftes patriotisches wie internationales Gefühl. In diesem Sinne habe ich auch für die dreifarbige Fahne gesprochen, ohne aber diese rote Fahne entgegenzusetzen. Diefelben Gedanken habe ich in einem Vor-trag bereits Anfangs der 90er Jahre ausgeführt. Der Vortrag ist in meinem Buche „Socialistische Prinzipien“, 1896, neu abgedruckt worden, und dieses Buch wird bis heute im guesdiftischen Bücher-lager verkauft.

Zur Statutenfrage sagt Redner: Die Wahl eines Deputierten ist ein Vertrag zwischen diesem und den Wählern. Der Kongreß hat kein Recht, den Vertrag zu verlegen. Er darf daher den bereits gewählten Deputierten die Parteikontrolle nicht aufzwingen. Er hätte das Recht dazu erst gegenüber den in den Wahlen von 1900 aufzustellenden Kandidaten. Allerdings wäre das auch in diesen Bedingungen ein Mißgriff.

Gegenüber dem Vorwurf wegen des Votums für die Ver-wendung von Truppen in Streikgebieten sagt Deville: In meinen Abstimmungen dient mir stets zur Richtschnur die Rücksicht auf das reelle Ergebnis der Abstimmung. Ich stimme so, wie wenn von meiner Abstimmung dieses Ergebnis abhängen würde. Ich bin ultra-ministeriell und werde niemals so stimmen, daß dadurch das Ministerium gefährdet werden könnte.

Vorstehender verliest eine Begrüßungsdepesche der schweizerischen Socialdemokratie.

Jaurès: Ich möchte mit Euch allen nach einer zweckmäßigen Lösung suchen, ohne eine Ausgleichsresolution zu beschließen. Der bestehende Zustand soll geändert werden, ohne aber der Fraktion die Aktionsmöglichkeit zu nehmen. Die gegenseitige Kritik zwischen Fraktion und Komitee, die bisher so bestig gepflegt wurde, wendet den Gedanken, ob die P. S. F. noch wirklich existiert. Ein Weg zur Versöhnung ist eine beratende Kritik nicht.

Man wirft der Fraktion vor, die Agitation vernachlässigt zu haben. Die gesetzgeberische Aktion der sozialistischen Abgeordneten wird immer wachsen. Früher waren wir eine verfolgte Minorität, die aus allen Kommissionen ausgeschlossen wurde. 1893—1898 hatten wir nur gegen die Gewalttätigkeit der Regierungen zu protestieren und die Arbeiter in Streikzeiten zu unterstützen. Heute ist es anders. Die Socialisten arbeiten in allen großen Kammerkommissionen. Ihre parlamentarische Rolle ist gestiegen. Die stetige Anwesenheit der Deputierten in den Kommissionen ist notwendig. Es ist bereits vorgekommen, daß in zwei wichtigen Fällen (Alterspensionen und Trennung zwischen Kirche und Staat) das Votum der Kommission von einer oder zwei Stimmen abhing. Barde will die Rolle der Fraktion beschränken auf principielle Kund-gebungen. Das wäre ein Rückschritt zum Anfangsstadium des Socialismus, zum Zustand einer Seite. Das Wachstum der Partei verpflichtet sie, auch für die Verwirklichung von praktischen Reformen einzutreten. Cognateurs' Vorwürfe gehen gerade von dem Stand-punkt aus, daß die Fraktion in Fühlung mit der Arbeiterschaft zu bleiben habe. Dazu aber ist die positive gesetzgeberische Arbeit notwendig. Wenn die Fraktion noch manches nachzubolen hat, um die Fühlung mit der Arbeiterschaft zu behalten, so hat diese letztere ebenfalls ihre Erziehung zu vervollständigen. Die Arbeiter sollten sich immer mehr für die lebendigen Einzelheiten des öffentlichen Lebens interessieren und zugleich die Gesamtlage im Auge behalten. Gewiß begehrt die Regierung manche Fehler selbst innerhalb der engen Grenzen einer bürgerlich-demokratischen Aktion. Gewiß wird die jetzige Regierung von ihren Werkzeugen, den von den früheren Ministern übernommenen Beamten, im Schach gehalten. Aber wir haben doch viel erreicht. Die Regierung hat die Gefährlichkeit der kommunalen Arbeitergewerkschaften an-erkannt. Barthou, derselbe Mann, der als Minister (unter Méline) die gefährliche Aktion der Gewerkschaften in Carmaux gewaltthätig bekämpft hat, ist jetzt Berichterstatter einer Novelle zum Gewerkschafts-gesetz, das die Rechte der Gewerkschaften erweitern soll. Desgleichen ist es nicht gleichgültig, wenn die Regierung sich für die kommunale Gadrégie ausgesprochen hat — im Gegensatz zu allen früheren Re-gierungen.

Der Statutenentwurf verlangt die politische Leitung der Partei für das Interföderale Komitee allein. Die Fraktion wäre in Komitee vertreten durch einen Delegierten pro 25 Mitglieder, in einem Komitee, das einige dreißig Delegierte zählt. Die Fraktion sieht im Kontakt mit der Wählermasse ebenso wie mit der Partei. Und sie hat das Bestreben, den Socialismus zur Majorität zu machen. Man wirft uns einen Majoritätsfanatismus vor. Die andern leiden dagegen an einem Minderheitsfanatismus — so die Gewerkschaftler, die das Proletariat in Erbitterung erhalten möchten, um ihren Minderheitsanspruch zu bewahren. Man hat von parla-mentarischer Korruption gesprochen. Die so sprechen, mögen sich vor der Korruption des persönlichen Stolzes in achtnehmen. Das Komitee, außer-halb der verantwortlichen Aktion stehend, könnte wohl sein einseitiges Kontrollrecht mißbrauchen, um sich so auf Kosten der Fraktion einen guten Ruf zu machen. Das Komitee hätte übrigens keinen Stütz-punkt für seine Kontrolle, weder die revolutionäre Macht im Karrifodensinn, noch die gewerkschaftliche Organisation, noch endlich die politische Aktion.

Das französische Proletariat hat die Hoffnung auf die politische Aktion schon in der Wiege der großen Revolution gefunden. Das ist eine Kraft und auch eine Schwäche. Die eigenartige französische Entwicklung bedingt es, daß unsere Arbeiter für die methodische gewerkschaftliche Aktion wenig empfänglich sind. Sie haben das allgemeine Wahlrecht erobert, während dieses in Deutschland von Bismarck gemährt wurde. Sie setzen daher große Hoffnungen auf das allgemeine Wahlrecht. Und diese politische Grundstimmung des Proletariats wird von der Fraktion vertreten. Es ist also paradox, die Leitung der Partei einem Organ anzuvertrauen, das seinen einzigen Machtfaktor für sich hat, unter Ausschluß der Fraktion, die einen in Frankreich besonders mächtigen Machtfaktor repräsentiert.

Ein leitender Parteivorstand wird allmählich vorbereitet, damit der Aktion der autonomen Föderationen. Der Statutenentwurf will aber gerade die lebendige Kraft der Föderationen in Paris konzentrieren. Diese Uebertragung der Kraft aus der Provinz nach Paris wird zum Ergebnis haben den Verlust der Kraft. Die Leitung der Partei wird hier auf dem Kongreß wirklich besorgt. Auf den Kongressen sind die Föderationen wirklich vertreten. Die Kontrolle seitens des Komitees würde die wirkliche Kontrolle seitens der Föde-rationen vernichten und endlose Konflikte zeitigen.

Redner will jedoch nicht die Aufrichterhaltung des bisherigen Juraandes: Die richtige Lösung besteht in der Annäherung zwischen den Deputierten und den Föderationen selbst. Zunächst müßte am Vorabend jeder Parliaments-session eine gemeinsame Beratung der Deputierten und

der Föderationsvertreter stattfinden. Die Fraktion müßte aber eventuell, im Falle der Uneinigkeit zwischen den beiden Seiten, seine Aktionsfreiheit bewahren unter der Voraussetzung, dem nächsten Parteitag Rechenschaft zu geben. Zweitens schlägt Redner vor, daß die Fraktion alle drei Monate einen Bericht über ihre Tätigkeit verfassen soll, um diesen in allen Föderationen vorzutragen und mit der Föde-rationenvertretung zu diskutieren. Diese zwei Vor-schläge wären wahrhaft geeignet, die Einigkeit der Partei zu sichern. (Lebhafte Beifall.)

Renaudel: Die Fraktion hatte sich für den status quo aus-gesprochen. Jetzt aber muß sie dessen Unhaltbarkeit anerkennen. Wir sind eine Massenpartei, das steht in unserem Programm. Dieser Grundgedanke wird aber ebenso mißachtet, wie die Statuten. In der Fraktion sitzen ja Abgeordnete, die der Partei nicht angehören. Wenn man die Zersplitterung in den Abstimmungen der Fraktion genau betrachtet, so zeigt sich, daß dabei immer die Mehrheit lärmlicher sozialistischer Deputierten, unter Einschluß der revo-lutionär-socialistischen Fraktion, einheitlich gestimmt hat gegen eine (rechtsstehende) Minderheit. Das allein beweist die Notwendigkeit der Statutenänderung, wie auch die Notwendigkeit der Einigung sämtlicher sozialistischer Kräfte. (Lebhafte Beifall links.) Jetzt giebt es kein Gegenrecht gegen die Tendenzen der Rechten.

Zur Kennzeichnung dieser Tendenzen in Bezug auf die Organisationsfrage, verliest Redner einige Schriftstücke: Abg. Deville hat sich geweigert, einen Vortrag abzuhalten, weil er nur seinen besonderen Standpunkt dar-zulegen bereit wäre. Abg. Bache-Alleg hat schriftlich mit-geteilt, er werde binnen 24 Stunden aus der Partei austreten, falls der Kongreß den Statutenentwurf des Interföderalen Komitees votieren sollte.

Jaurès läßt sich, wenn er auf die großen Erfolge der Partei hinweist als Ergebnis der in der Partei herrschenden Methode. Die P. S. F. hat keine solchen Erfolge zu verzeichnen.

In der Statutenfrage handelt es sich um den Kampf von zwei Tendenzen, deren eine im Parlamentarismus, im Legalismus gänzlich aufgeht. In Wirklichkeit gehörte bisher die Leitung der Partei verstreuten Faktoren, der unabhängigen Fraktion und der ebenso von der Partei unabhängigen Presse. Die Fraktion hat uns immer vor vollendete Tatsachen gestellt, unter dem ewigen Vorwand, die Geschäfte der Reaktion nicht besorgen zu wollen.

Redner kritisiert die Abstimmung für die Geheimfonds und für die Specialkommissare (politische Partei), Jaurès' Beteiligung an den Galafesten zu Ehren des italienischen Königs. Und zwar hat Jaurès so gehandelt auf eigene Faust, ohne sich an den Beschluß des Interföderalen Komitees zu halten, obwohl dieses im gegebenen Falle gemäß den Ueberlieferungen der Partei die Teilnahme an den Galafesten verboten hatte. Und so findet sich der Kongreß immer wieder vor vollendeten Tatsachen, die selbst von einzelnen Parteimitgliedern eigenmächtig geschaffen werden.

Jaurès' Organisationsvorschlüsse wären geeignet, die Partei zu zersplittern, die Partei durch zusammenhanglose regionale Gruppen zu verdrängen. An der schlechten Zusammenlegung des bisherigen Komitees sind die Föderationen schuld. Sie dürfen also nicht gegen die „Tyrannei der Pariser“ klagen. Sie haben es ja in der Hand, eigne und tüchtige Delegierte zu wählen.

Redner schließt mit dem Antrage, der Kongreß möge noch vor der Wahl der Statutenkommission die allgemeine Frage ent-scheiden, ob die Statuten zu ändern sind oder nicht. (Beifall.)

Ronald-Jura spricht gegen den status quo, ohne sich aber sofort für diese oder jene Statutenänderung auszusprechen. Die Politik des Kabinetts Combes hat bei allen Vorzügen ihre Nachteile für den Socialismus. (Jaurès: Das ist nicht zweifelhaft!) Bei uns beobachtet man die Stärkung der Habitués auf Kosten der Socialisten. Das Zusammenwirken des Komitees und der Fraktion könnte den parlamentarischen Einseitigkeiten abhelfen.

Damit schließt die Generaldebatte. Hierauf entspannt sich eine längere und erregte Debatte über den Antrag Renaudel. Die Rechte mit Jaurès und andern ist gegen die Abstimmung über den Antrag; die Linke, Renaudel und andre, sprechen dafür. Schließlich schreitet man zur Abstimmung für und wider die Beibehaltung des status quo. Der Kongreß be-schließt mit 124 gegen 51 Mandate die Änderung der Statuten, worauf eine 12gliedrige Statutenkommission ge-wählt wird. Schluß 8 1/2 Uhr abends.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Februar 1904, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 1/2 Uhr. Vor der Tagesordnung nimmt das Wort zu einer kurzen Erklärung

Stadt Dr. Weyl (Soe.): Meine Herren! In der Sitzung vom 28. Januar d. J. hat der Stadterordnete Rommeln gelegentlich der Beratung der Vorlage über Errichtung einer städtischen Pflgerimmenthule die Behauptung aufgestellt, daß hier in Berlin die Krankenkassen-Vorstände die Ärzte auf-gesordert hätten, sich zu verpflichten durch Webers für 6 Jahre die Kasernenpraxis auszuüben, die Kasernen dagegen hätten sich das Recht einjähriger Kündigung ganz ununter vor-behalten. Ich erwiderte darauf sofort als einer der Ärzte, die den Webers unterschrieben haben, daß diese Behauptung objektiv unwahr sei, nach meiner Kenntnis seien die Verträge für beide Parteien, für Ärzte wie für Kasernen, von gleicher fünfjähriger Geltung. Herr Rommeln antwortete darauf, in der Zeitungsnachricht, auf die er sich bezog, sei auch von den Webers die Rede und es heiße da, diese Zusage an die Ärzte sei um so merkwürdiger und die aufgestellte Bedingung um so verwerflicher, als die Kasernen ihrerseits sich die einjährige Kündigung vorbehalten. Sollte die Nachricht sich als falsch erweisen, er werde sich danach erkundigen, so sei er zur Klärung bereit. Inzwischen sind drei Wochen ins Land gegangen und wir haben in aller Ruhe abgewartet, ob Herr Rommeln bereit sein würde, entweder seine Behauptung zu betonen oder sie öffentlich zurückzunehmen. Keines von beiden ist bisher geschehen. Wir haben nun nicht Lust, unsre Namen in Ver-bindung mit solchen Behauptungen durch die Akten der Versammlung weiter laufen zu lassen, umso mehr, als diese Behauptung mit der Wahrheit in allerhöchstem Widerspruch steht. Ich habe mich bei allen in Betracht kommenden Krankenkassen-Vorständen erkundigt, und da ist mir gesagt, daß diese Behauptung objektiv unwahr ist; die Verträge sind für beide Parteien von fünfjähriger Geltungsdauer. Ich lege ein Exemplar hier zur allgemeinen Einsicht nieder und Sie können sich überzeugen, daß entsprechend unserer Behauptung von diesem Vorbehalt seitens der Kasernen bezüglich einjähriger Kündigung nicht mit einem Wort die Rede ist. Ich enthalte mich jedes Wortes der Kritik über diese Kampfesweise des Herrn Kollegen Rommeln und überlasse das Urteil der Versammlung und der öffentlichen Meinung, was hiernach noch von der Objektivität des Herrn Rommeln zu halten ist.

Stadt Dr. Rommeln: Ich bin gern bereit, darauf zu antworten. Ich kann die Antwort jetzt sachgemäß geben. Frühestens hätte ich vor acht Tagen Stellung nehmen können, ich habe es darum nicht getan, weil ich mich inzwischen überzeugt habe, daß meine Behauptung objektiv wahr war. (Unruhe.) Herr Dr. Weyl hat

ganz recht, in den Webers steht von dem Vorbehalt der Kasernen nichts drin, und dennoch ist es thatsächlich so, denn sämtliche Verträge, welche die Kasernen mit Ärzten schließen, müssen alle Jahre den Kasernen zur Genehmigung vorgelegt werden. Wenn sie sie dann nicht genehmigen, so ist der Vertrag nicht mehr gültig; meine heutige Darstellung stimmt also in der Sache mit meinen früheren Behauptungen überein. (Rufe: Unglaublich! Kärm. Stadtr. Hoffmann ruft: Eine doppelte Unwahrheit wird keine Wahrheit.)

Vorsitzer Dr. Langerhans: Hierüber kann keine Diskussion stattfinden, die Herren können ja Anträge stellen. Zur ersten Beratung steht der Entwurf des

Stadthaushalts-Etat für 1904.

Der Etat schließt nach dem Entwurf in Einnahme und Ausgabe mit 134 547 068 M. ab; die Etats der städtischen Werke balancieren mit 103 510 939 M. An Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer sollen wie bisher 150 Proz., an Einkommensteuer 100 Proz. erhoben werden.

Gleichzeitig sind der Versammlung zwei Vorlagen zugegangen: 1. betreffend einige Änderungen des Dienstvertrags von Beamten, 2. die Vermehrung der Stellenzahl einiger Beamtenkategorien. Dieselben haben natürlich für die Etatsaufstellung Konsequenzen.

Stadt Dr. Wallach (A. L.) beantragt Verbindung der Beratung dieser Vorlagen mit der Etatsberatung.

Dem widerspricht Singer.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag Wallach angenommen.

Die Generaldiskussion wird eingeleitet durch den Kammerer Waack: Der neue Etat schließt trotz erheblicher Mehr-ordnungen so ab, daß nicht mehr als 100 Proz. Einkommen-steuer erhoben zu werden braucht. Dieses Ergebnis ist den Anregungen der gemischten Deputation zu danken. Die Ver-doppelung der Umsatzsteuer, die Heranziehung der noch zur Verfügung stehenden Summe von 1 105 087 M., welche weiter verfügbar bleiben, weil die Verlängerung der Mantuffelstraße und der Neubau der Sprebrücke im Zuge der Fruchtstraße in absehbarer Zeit nicht ausgeführt werden wird, haben das Defizit ganz erheblich herabgemindert, und beim Gas-Etat wird durch veränderte Behandlung der Abschreibungen, wie wir sie für diesmal im Einverständnis mit der Deputation vorgenommen haben, der Rest gedeckt. Der Etat selbst bietet weiter keine Ueberraschungen. Ueberall wo bisher Etatsüberschreitungen häufiger auftraten, haben wir ex officio nobilissimo große Summen mehr eingestellt, so z. B. im Etat der Armenverwaltung; auch den kulturellen Aufgaben ist, soweit es die Mittel irgend zulassen, genügt worden. Die 28 Millionen-Anleihe ist jetzt definitiv genehmigt; das Erforderliche wegen der Beschaffung des Papiers und des Druckes bei der Reichsdruckerei ist veranlaßt. In diesem Etatjahr haben wir à conto der Anleihe schon 31 Millionen ausgegeben; daraus erklärt sich, daß wir oft große Ebbe in der Kasse hatten und oft in Verlegenung waren, eine Unterstützung beim Kollegen Münster-berg nachzusuchen. (Heiterkeit.) Jetzt wird auch endlich unsere Haupt-lasse einen genügenden Betriebsfonds erhalten. Unsere Werke haben durchweg gut prosperiert. Von der neuen Anleihe entfallen auf die Kammerer 119, auf die Werke 109 Millionen. Nach einer längeren Betrachtung über Verwendung und Tilgung der städtischen Anleihen fährt der Kammerer fort: Auch wenn bessere Zeiten kommen, die ja schon leise anfangen, muß die städtische Verwaltung doch auf Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Einnahmen bedacht sein, wenn sie nicht in ernste Ungelegenheiten kommen will. Hoffentlich wird die gemischte Deputation auf diesem Gebiete recht erfindereich sein. Der Jahresabschluss von 1903 wird etwas besser ausfallen als der vorangehende; ein Defizit wird wohl herauskommen, aber nur von 4—500 000 M. Man wolle auch die außerordentlichen Forderungen für Kirchenbauten nicht übersehen, wo wir auf Grund der Konfessions-ordnung von 1873 zu Zahlungen gezwungen waren, es sind circa 1 1/2 Millionen, die wir durch die beiden gewonnenen Prozesse wieder-erhalten werden. Im übrigen empfehle ich den Etat Ihrer wohl-wollenden Prüfung. (Beifall.)

Stadt Dr. Gassel (A. L.): Wir anerkennen die prompte, gründliche und gerechte Aufstellung des Etats und freuen uns aufrichtig darüber, daß die schwierige Aufgabe, den Etat auch diesmal mit 100 Proz. zu balancieren, gelungen ist. Einen großen Teil dieses Erfolges dürfen wir für uns in Anspruch nehmen. Die Berliner Finanzen können sich ihrer Solvenz mit Recht rühmen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Das Werk ist nicht etwa geschaffen worden durch Verschneidung notwendiger Ausgaben; es ist vielmehr mit vollen Händen gespendet worden. Für Zwecke der Armen-, Kranken- und Unterrichtsverwaltung sind in diesem Etat 2 1/2 Millionen mehr eingestellt; was sind also doch noch nicht so auf den Hund gekommen, und das spöttische Mitleid, das uns aus vielen Teilen Deutschlands bezeugt wird, zu verdienen. Erfreulich ist die Erhöhung des Ansatzes aus der Gewerbesteuer um 450 000 Mark. Beim Bau-Etat hätten eventuell auch bei Erreichung aller gewollten Zwecke Millionen gespart werden können. Die Etats der Werke sind zum Teil dadurch ertragreicher geworden, daß die Erneuerungsfonds entsprechend unseren vorjährigen Beschlüssen nicht mehr in dem früheren über-flüssigen Maße aufgestellt worden sind. Die Umsatzsteuer-Ver-doppelung wäre vielleicht gar nicht nötig gewesen (Wider-spruch); man hätte sie vielleicht sogar abgelehnt, wenn vor der Abstimmung schon der Etat bekannt gewesen wäre. Von den Berliner Elektrizitätswerken bekommt die Stadt diesmal 800 000 M. mehr als die Aktionäre (Stadt Dr. Borgmann: Die armen Aktionäre!). Wir halten es für einen großen Gewinn, daß die Mehrheit seiner Zeit sich für diesen Vertragsabschluss entschied, an-statt die Werke zu übernehmen; was wir damals thaten, hat im Interesse Berlins gelegen. Wir wollen damit nicht sagen, daß die Uebernahme von Unternehmungen in städtischen Betrieb für immer aus-geschlossen sein soll; namentlich bedauern wir, daß es noch immer nicht gelingen will, der Straßenbahn aus durch die That zu zeigen, daß wir sie nicht übermächtig werden lassen wollen. Wenn am Ende aller Enden die Mittel doch nicht reichen, muß auf andere wirksame Einnahmequellen gesonnen werden. Hundesteuer, Luftbarkeitssteuer, sind nur Palliativmitteln; gründliche Abhilfe würde nur eine selbständige Konstruktion der städtischen Einkommensteuer und daneben eine wirksame Bauplagsteuer bringen. Die Eingemeindungsfrage kann hier nicht mißpfeifen, denn auf lange Zeit hinaus sind derartige Projekte aussichtslos; wir müssen uns auf unsre eigene Kraft verlassen. Vor der Auswanderung der Bewohner mit höherem Einkommen fürchte ich mich nicht. Wir werden auch in Zukunft den Stern Berlins am Firmament nicht erblicken sehen! (Lebhafte Beifall, vereinzeltes Händeklatschen.)

Stadt Dr. Singer: Der Kollege Gassel hat seiner Fraktion in seiner Rede eine gute Censur ausgesprochen; jedenfalls nimmt er auch für sich einen großen Teil der Verdienste seiner Partei in Anspruch; ich würde mich wenigstens nicht wundern, wenn der Antrag läme, ihm für seine Verdienste um die Stadt eine der neuen Plaketten zu widmen. (Unruhe bei der Mehrheit.) Nach unsrer Meinung ist die Etats-beratung dazu da, auch die Mängel der Verwaltung zu besprechen und die Sonde an die Schäden zu legen, aber nicht dazu, den Eindrud hervor-zurufen, als lebten wir in der besten aller Welten. Ihm ist für seine Glorifizierung der Kommunalpolitik der Mehrheit ein kräftiges Bravo derselben zu teil geworden. Er schien etwas Bedauern über den Verlauf zu empfinden, und es lag darin ein schroffes Mißtrauensvotum gegen den Kammerer und gegen den ganzen Magistrat, als ob unverantwortlich mit den Mitteln der Stadt gewirtschaftet worden wäre. Man verglich ja neulich den Bau der Hospitalitenanstalt in Buch mit dem Bau einer Kaserne. Wenn das die Sparmaßnahme ist, die er meint, so hätte er sich seine hochfliegenden Worte über das, was der Stadt würdig sei, sparen können. (Unruhe.) Sicher sind die städtischen Ausgaben vor zehn Jahren nicht so hoch gewesen wie heute;

8 hätten sich ja noch brillantere Zahlen vorführen lassen, wenn man 20 Jahre zurückgegangen wäre. Worauf es aber ankommt, das ist die Ausgabe pro Kopf der Bevölkerung. Das Steuer-Soll der Genossen von 900 bis 3000 Mark zeigt einen Aufschwung; aber diese Erscheinung läßt sich zum guten Teil darauf zurückführen, daß infolge des Erlasses der untersten Stufen die Leute höher eingeschätzt sind. (Lebhafter Widerspruch.) Die Steuerfahne ist viel schärfer angespannt worden. Daß keine notwendige Ausgabe zurückgestellt sei, ist auch nicht richtig; die Ausgabe für die Einrichtung der obligatorischen Fortbildungsschule findet sich in dem vorgelegten Etat nicht. Der Rämmerer hat sich fast feierlich davor bewahrt, daß die kommunale Finanzpolitik der beiden letzten Jahre von ihm inauguriert worden sei; ich hatte wenigstens den Eindruck, als ob das Kompliment, welches er der Deputation machte, eine kleine Bosheit war. Auch die Einnahmen aus dem Erneuerungsfonds hat der Magistrat nach der Erklärung des Rämmerers nur für dieses eine Jahr gutgeheißen. Das dürfte der Magistrat gethan haben, weil er sich sagte, mehr wie 100 Proz. kriegen wir doch nicht, wir wollen also noch einmal in den lauren Apfel beißen. Ueber die Anleihen und deren Verzinsung würde eine besondere Denkschrift der ganzen Versammlung sicher sehr willkommen sein. Notwendig erscheint uns eine Aufbesserung der Beamtengehälter, namentlich auch mit Rücksicht auf die Vororte, hinter denen Berlin vielfach zurücksteht; noch notwendiger ist eine Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter, die immer noch ungenügend sind und zum Teil noch unter 8 M. betragen. (Zuruf: Nicht wahr!) Es ist doch wahr; so fangen die Leute in der Pardeputation mit 2,75 M. an. Nach einer Verfügung des Magistrats soll der Mindestlohn 3,50 M., die tägliche Arbeitszeit neun Stunden betragen. Es giebt aber Verhältnisse, wo den Leuten nach Herabsetzung der Arbeitszeit der Lohn von 35 Pf. pro Stunde beibehalten worden ist, so daß sie jetzt nur 3,15 M. bekommen. Es ist doch nicht die Absicht gewesen, die Verletzung der Arbeitszeit durch Verkürzung des Lohnes wieder wett zu machen. Wir behalten uns in dieser Beziehung Anträge vor. Wir fordern ferner besseres Funktionieren der Arbeiterausschüsse. Bei der Parkverwaltung ist noch immer kein solcher Ausschuss vorhanden. Die Instruktion für die Ausschüsse wird durch eine generelle Bestimmung zu erfolgen haben, nicht länger darf sie ins Belieben der Direktoren gestellt werden. Bei den Wasserwerken tritt der Ausschuss nur zusammen, wenn es der Dirigent erlaubt. (Hört! hört!) Wir werden ferner das Statut für das Ruhegeld der städtischen Arbeiter revidieren müssen; die Klagen darüber mehren sich außerordentlich, daß dieses Statut unrichtig ausgelegt wird, und auch die Höhe des Ruhegeldes stellt sich als ungenügend heraus. Wir müssen dann eine sozialpolitische Kommission haben, welche dieses Gebiet ständig bearbeitet. Ich hörte einmal davon murren, daß im Magistrat eine solche Kommission bestehen soll; aber das muß schon ein mehr als im Verborgenen blühendes Weiland sein, denn von ihrer Thätigkeit vernimmt man nichts. Auch bezüglich der Sonntagsarbeit in städtischen Betrieben müssen Änderungen eintreten. In der Stadt besteht Aufregung über die Sonntagsablächtungen auf dem Viechhof, fogar am ersten Weihnachtstage sollen 3000 Personen auf dem Viech- und Schlachthof beschäftigt gewesen sein! Solcher Zustand ist doch unerhörte. (Rufe: Wo ist Hübner?) Die Reorganisation der städtischen Krankenpflege betreffend hat ein gut freisinniger Herr, Dr. Wugdan im Reichstage ausgeführt, daß ein gutes Pflegepersonal ebenso notwendig ist wie ein gutes Arztpersonal. Nicht zum wenigsten aus materiellen Gründen hat sich ein bedauerlicher Meinungsunterschied zwischen dem Magistrat und der Versammlung in dieser Beziehung herausgestellt. Will man ein gutes Pflegepersonal haben, so bedarf es besserer Löhne, kürzerer Arbeitszeit, zum Teil auch besserer Verpflegung, als heute gewährt wird. Wir werden neben der Pflegerinnen- auch eine Pflegerische einzurichten haben. Der Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser muß der Magistrat endlich abhelfen. Der Krankenkassenbetreiber-Verein hat mir Aktienmaterial zugänglich gemacht, wovon im November 1903 im „Urban“, „Friedrichshagen“ und im Osdorf wiederholt Kranke wegen Platzmangel abgewiesen werden mußten; selbst ein an Pestiferität-Entzündung Erkrankter konnte keine Aufnahme finden, sondern mußte mehrere Tage lang sich umherschleppen. Auch die Heimstätten leiden an Ueberfüllung; in Gütergog müssen die Betroffenen 80-90 Tage auf Aufnahme warten. Die sehr bedauerliche Verlangsamung des Ganges der neuen Heilstätte fällt weniger der Hochbauverwaltung zur Last, als der wiederholten Änderung des Projekts. Gewiß kosten alle diese Einrichtungen Geld; aber wenn man die Nichtüberfüllung der 100 Proz. als Grundfals aufstellt, dann kann man mit diesem Argument jede Forderung zu Boden schlagen. Wir brauchen nicht so auf die Steuerhölzer zu gehen; wir können uns auch andre Einnahmequellen verschaffen. Herr Cassel zog bereits die Verkehrsanlagen heran. Wir beziehen uns auf die elektrischen Anlagen noch immer um soviel zu wenig, als die Aktionäre bekommen. (Heiterkeit.) Nur derjenige, der den Uebergang solcher Werke auf die Stadt nicht will, behauptet, daß die Stadt solche Werke nicht leiten kann. Trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten ringt sich aber doch dieser Gedanke immer mehr durch; der jetzige Zustand ist schon geradezu ein paradiesischer gegenüber der Zeit, wo wir in die Versammlung einzutreten. Jetzt diskutiert man wenigstens den Gedanken und hat schon „im Princip“ eigne Bahnen bauen wollen. Als freilich die Probe gemacht wurde, stellten sich prompt die Hindernisse ein und man konnte sich darauf zurückziehen, daß an solchen Anlagen doch verdient werden müsse, aber nicht zugeschossen werden könne. Der Rämmerer sprach davon, daß er zu Zeiten bei Stadtrat Münsterberg eine Unterstützung hätte nachsuchen mögen; ich möchte ihn bloß daran erinnern, daß er dann sein Wahlrecht verloren hätte. (Große Heiterkeit.) Die Große Berliner Straßenbahn giebt jetzt wieder neue Aktien aus, die den Aktionären al pari gegeben werden, um die Dividende herabzusetzen und den Anteil der Stadt daran zu vermindern. Gätten die städtischen Behörden auf diesem Gebiete den ernstlichen Willen vorwärts zu kommen, so würden wir nicht bloß dem Verkehrs- sondern auch dem finanziellen Interesse Berlins ganz erheblich dienen. (Rufe: Na! na!) Wen auch die Schuld für das Piaso in der Eingemeindungsfrage trifft, wir leiden thatsächlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Die fähige Zurückweisung, welche die Herren Amtskollegen unseres Oberbürgermeisters jetzt eintreten lassen, macht keinen erhebenden Eindruck, und daß das in den letzten Tagen von einem Herrn geschah, dem wir die Stätte bereitet haben, dem wir Gelegenheit gegeben haben, sich mit der doppelten Amtskette zu schmücken, ist nicht besonders hübsch gewesen. (Allseitige Zustimmung.) Würde Berlin sich ebenso verhalten, so könnte das auch den Vororten sehr viel zu schaffen machen. Was Berlin schädigt, schädigt die Vororte und umgekehrt; wir müssen zu einer Verständigung kommen, um die großen gemeinsamen Interessen von Groß-Berlin wirksam wahrzunehmen. In der Warnung vor der Steuerhölzer Stimme ich mit dem Kollegen Cassel überein. Die kleinsten Mittel können doch den Kohl nicht fett machen. Die Hundsteuerverdoppelung ist dem verdienten Spott der Wigblätter anheimgefallen, mehr hat sie auch nicht verdient. Diese Frage ist erledigt (Stadtv. Wallach: Noch nicht!) — wenn Herr Wallach die Idee weiter verfolgen will, ich habe nichts dagegen, ich will nicht sagen, jeder blamiert sich so gut wie er kann (Heiterkeit und Unruhe), aber Lorbern sind dabei nicht zu ernten. Auf die Theaterbillet-Steuer, die von mahgebender Seite protegirt wird, soll man sich nicht einlassen, dabei kommt nichts heraus. (Widerspruch.) Führen Sie uns doch nicht Paris und London vor in dem, was da nicht gut ist; wenn wir Ihnen vorführen, was dort gutes existirt, werden Sie zugeben, daß Berlin noch sehr weit zurück ist. (Widerspruch.) In allen Londoner Kommunalbetrieben herrscht längst die achtsündige Arbeitszeit, wir ringen noch mit dem Magistrat um die zehnstündige. — Das ganze Steuerbouquet — es droht auch noch die Biersteuer — deht die zukünftigen Ausgaben nicht. Ueber kurz oder lang wird doch in den lauren Apfel gebissen und über die 100 Proz. hinaus-

gegangen werden müssen. Ob der Versuch einer andren Regelung der Einkommensteuer gelingt, ist zweifelhaft. Der einschichtige Teil der Bevölkerung — und die städtischen Behörden sollten doch der einschichtige Teil sein — wird darauf bestehen, daß der Etat so ausgestaltet wird, wie es sich gehört, auf die Gefahr hin, daß die Karriere der 100 Proz. fällt. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.) Oberbürgermeister Kirchner: Ich habe den Eindruck, als ob Herr Singer in diesem Jahre etwas sonst als sonst geiprochen hätte. (Heiterkeit.) Eine allgemeine Reform der Gehaltsverhältnisse wird für die nächste Zeit nicht in Aussicht zu nehmen sein. (Zustimmung.) Daß große Klaffen von Beamten bei uns schlechter stehen als in den Vororten, kann ich nicht zugeben. Gärten auszugleichen werden wir auch ferner bemüht sein. Ein Mindestlohn von 3,50 Mark für einen normalen Arbeiter ist festgesetzt worden; sollte davon abgewichen sein, so bitte ich mir die Fälle mitzuteilen. Eine generelle Verfügung wegen der neunstündigen Arbeitszeit ist nicht ergangen. Die erwählten Parkarbeiter werden wohl keine Bollarbeiter sein. Die Verwaltungen beschäftigen vielfach Leute, deren Arbeitskraft schon sehr vermindert ist, weiter, um sie nicht an die Armenverwaltung zu verweisen. Mit einem Arbeiterauschuss ist nur noch die Parkverwaltung im Rückstande, aber auch dort ist die Sache im Gange. Eine generelle Verfügung über die Funktionen der Ausschüsse halte ich nicht für zweckmäßig, dazu sind die einzelnen Verwaltungen unter sich zu sehr verschieden. Eine Nachprüfung des Statuts über die Ruhegelder wird in dem Statut selbst vorgesehen, einstweilen sind Beschwerden beim Magistrat nicht bekannt geworden. Gegen die Befestigung der Sonntagsarbeit auf dem Schlachthof haben die Meister das Bedenken geltend gemacht, daß die Vororte der Befestigung nicht zu folgen brauchten und dann der Stadt Berlin eine übermächtige Konkurrenz machen würden. Es ist beim Oberpräsidenten der Erlaß einer allgemeinen Verfügung angeregt worden. Die sozialen Fragen verfolgen wir also mit Aufmerksamkeit, aber die Einsetzung eines ständigen Wohlfahrts-Ausschusses, dessen Präparate dann in die Zeitungen lämen und unerfüllbare Hoffnungen erregen müßten, möchte ich nicht für segensreich halten. Was soll die immerwährende Erörterung unres Kranken- und Heilmittelfragen, wozu diese Hinweise darauf, daß ein Kranter abgewiesen werden mußte. Daraus kann nichts Nächstliegendes für die Verwaltung gefolgert werden. Wir werden sehen, wie weit neben den Kranken- schwestern noch männliches Krankenpflegerpersonal notwendig ist, wenn nötig, auch für dieses Unterweisung eintreten lassen. Unre Heilmitteln-Einrichtungen gehen über unsre geistlichen Verpfichtungen hinaus, Sie thäten besser, das Geleistete anzuerkennen. Die obligatorische Fortbildungsschule wird durchgeführt werden, wenn der Organisationsplan fertiggestellt ist, womit auch die Versammlung nicht so schnell zu Ende kommen dürfte. Dieser Etat hat alle wirklichen Bedürfnisse voll befriedigt, keines aus Sparmaßleit zurückgestellt; in dieser Beziehung wäre auch mir der Satz von 100 Proz. keine absolute heilige Grenze. (Beifall.) Stadtv. Rommsen (Fr. Fr.) wiederholt in seinen umfangreichen Ausführungen einen großen Teil der Casselschen Darlegungen und beschäftigt sich eingehender mit dem Bau-Etat und dem Gas-Etat. Gegen Singer sucht er nachzuweisen, daß sich die Arbeitslöhne erhöht haben. An die Einnahmesteigerung aus der Einkommensteuer knüpft er seine großen Hoffnungen, heißt es aber durchaus gut, wenn vielleicht die Aufhebung der Biermarksteuer zu einer schärferen Einschätzung und so zur Vermehrung der Genossen von über 900 M. geführt hat. Er betont dann, daß die Stadt aus den Renten von Unternehmungen 6 Millionen bezieht, und das, ohne einen Finger zu rühren oder einen Beamten anzustellen; mit der eignen Regie würde die Stadt ein schlechtes Geschäft machen. (Zurufe.) Die Siemensschen Aktien hätte ich Ihnen vielleicht billiger verschafft. (Hört! hört!) Auch hinsichtlich der Berliner Elektrizitätswerke singt Herr Rommsen das Loblied des kapitalistischen Privatbetriebes, forcht dann nach den Ursachen der Dunkelheit im Etat der Armenverwaltung und spricht sich für Mädchenschulmaschinen und Abschaffung der Vorhänge aus. Endlich sucht er darzutun, daß auch Berlin vor den Vororten Vorzüge hat. Die Schaffung eines Groß-Berlin hält er für unauflöslich. Stadtv. Dr. Preuß (Soz.-fortsch.) kommt gegen 1/10 Uhr zum Wort. Er fährt aus, daß man unruhig graulich gemacht habe, daß der Etat jetzt balanciere mit 100 Prozent, obwohl er auch noch das 2 Millionen-Defizit von 1902 habe decken müssen. Wenn „Schöneberg geliebter Herr“ sich auf den Standpunkt stellte, die Vororte sollten Berlin vor dem Vorort retten, so läge das auch an jener früher getriebenen Schwarzfärberei, wo von 140 Prozent Einkommensteuer die Rede war. Groß-Berlin sei kein entschlossener Riese; „Schöneberg for ever“ könne für Berlin nicht mahgebend sein. Der Gang der Entwicklung dränge unauflöslich auch zu einer organischen Finanzform. Berlin hänge leider auf diesem Gebiete einem zu großen Liniensystem an. Am 10 Uhr erhäht Stadtv. Rosenow (R. L.) das Wort. Er polemisiert gegen den Kollegen Rommsen, der auch die Gaswerke am liebsten in kapitalistische Hände brächte und spricht sich unter anderem für die Verdrängung der Großen Berliner Straßenbahn aus, um die Stadt aus der schmähdlichen Situation gegenüber dieser Gesellschaft zu befreien. Damit schließt die Debatte. Der Etat und die Etats der Werke sowie die beiden erwähnten Vorlagen gehen an einen besonderen Etatsauschuss, der sofort gewählt wird und dem auch die Stadtv. Oswald, Leid, Heimann (Soz.) angehören. Alles übrige wird vertagt. Schluß 1/11 Uhr.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zu der gestern veröffentlichten Liste der Parteifunktionäre ist folgendes richtig zu stellen: Das Mitglied der Lokalkommission im fünften Wahlkreise heißt nicht Schulz, sondern Friedrich Raucha, Wuststr. 12. Das Mitglied der Agitationskommission im sechsten Wahlkreise heißt nicht Dobrilow, sondern Dobrolaw. Das Prekominions-Mitglied für Teltow heißt nicht Otto Hoppe, sondern Friedrich Hoppe. Sechster Wahlkreis (Schönhäuser Vorstadt). Sonntagabend 6 Uhr findet im Jägerhaus, Schönhäuser Allee 103, eine Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stadtv. Dr. Preuß über: „Die Kulturgeschichte der Sozialdemokratie und die bevorstehenden Gemeindevahlen“. Referent Genosse Grauer-Richtenberg. Johannissthal. Die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins findet am Sonntagabend 8 1/2 Uhr bei Reime in Rudow statt. Straßau. Sonntagnachmittag 1 1/2 Uhr findet im Lokale des „Alten Taberne“, Alt-Straßau Nr. 26, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Dr. Albert spricht über: „Die Kulturgeschichte Preußens und der Sozialismus in Preußen.“ Ferner erfolgt Bericht von der Gemeindevertretung und Auffstellung eines Kandidaten. Herzfelde. Sonntagnachmittag 3 Uhr im Lokale des Herrn Penke, Dampfstr. 37: Kommunalwähler-Versammlung. Referent Albrecht Jälle. Auffstellung von Kandidaten. Friedrichshagen. Die außerordentliche Generalversammlung des Arbeiterbildungsvereins findet am Sonntagabend, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Wilder, Friedrichstr. 74, statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht der Gemeindevertreter und Auffstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl. Außerdem stehen andre wichtige Punkte auf der Tagesordnung.

Grünau. Der Wahlverein hält Sonntagabend 9 Uhr im Lokal zur grünen Ede, Köpnickstr. 88, seine Mitgliederversammlung ab. Der Vorstand.

## Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten war völlig der ersten Lesung des Stadthaushalts-Etats für 1904 gewidmet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab es jedoch erst ein kleines Strafgericht über den Stadtverordneten Rommsen, der vor drei Wochen bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Pflegerinnenschule in gewohnter Annäherung die Behauptung aufgestellt hatte, daß die Krankenkassen den Ärzten einen ähnlichen Vertrag zumuten, wie die Stadt Berlin ihn den Pflegerinnen aufzwingt. Unser Genosse Dr. Wehl hatte diese Unwahrheit sofort zurückgewiesen, und Herr Rommsen hatte darauf versprochen, sich zu informieren und einen eventuellen Irrtum zu berichtigen. Da das bisher nicht geschehen war, so stellte Genosse Wehl gestern noch einmal fest, daß Rommsen wahrheitswidrig die Krankenkassen angegriffen hat. Herr Rommsen machte ein verlegenes Gesicht, gewann aber rasch seine Fassung wieder und erklärte dreist, er halte alles, was er gesagt habe, aufrecht — wenn nicht im Wortlaut, so doch dem Sinne nach. Eine weitere Debatte war nicht zulässig, es dürfte sich aber ein andermal Gelegenheit finden, Herrn Rommsen zu dem Eingeständnis zu zwingen, daß er die Unwahrheit gesagt hat. Der neue Stadthaushalts-Etat wurde eingeführt durch den Stadtkämmerer Maas, der diesmal nüchtern und trockener sprach, als man es sonst von ihm gewohnt ist. Herr Maas begann mit einer Darlegung des Verfahrens, das eingeschlagen worden ist, um die Balancierung des Etats ohne eine Ueberschreitung der Sähe von 100 Proz. Gemeinde-Einkommensteuer und 150 Proz. Gewerbe- und Grundsteuer zu ermöglichen. Ueber die endliche Genehmigung der 228 Millionen-Anleihe äußerte er sich sehr befriedigt. Er gefand scherzend, daß bei ihm in der letzten Zeit das Geld manchmal sehr knapp gewesen sei — so knapp, daß er zuweilen in Versuchung gekommen sei, bei seinem Kollegen Münsterberg, dem Leiter des Armenwesens, um eine „Extra-Unterstützung“ zu bitten. Im Anschluß hieran entwarf der Kämmerer freilich von der späteren Zeit, in der die jetzt gemachten Schulden einmal abgezahlt werden müssen, ein viel weniger rosiges Bild. Auf die Einzelheiten ging er nicht näher ein; er versicherte nur, sie seien reichlich bemessen. Das Motiv, mit dem der Kämmerer seine Rede eröffnet hatte, beherrschte dann die ganze Stadtebatte. Herr Cassel, der Wortführer der „Alten Linken“, nahm sofort für sich und seine Freunde das Verdienst in Anspruch, die Ueberschreitung der 100 bezw. 150 Proz. und die Einmischung der Regierung in die Etatfestsetzung verhindert zu haben. Er feierte seinen „Triumph“ in ausgiebiger Weise. Auch als er auf die Elektrizitätsabgabe zu sprechen kam, rühmte er die finanzielle Weisheit der von ihm geleiteten Mehrheit. Er hatte offenbar die Empfindung, daß heute sein „großer Tag“ gekommen sei. Nützliche und notwendige Ausgaben, so versicherte er in Ueberschreitung mit dem Kämmerer, seien auch diesmal wieder reichlich in dem Etat vorgesehen. Hinterher aber trug er die bekannte Titanei vor, die Stadt müsse sparen, besonders im Pautwesen. Und zum Schluß ließ er unter stürmischem Beifall seiner Freunde eine blendende Kaskade steigen: so bald werde man „den Stern von Berlin am Firmament nicht erlöschen sehen“. Genosse Singer bezeichnete sarkastisch diese Rede als eine „Selbstzensur“ des Preussens, die aus begrifflichen Gründen nicht schlecht ausgefallen sei. Man solle Herrn Cassel für seine Verdienste um die Berliner Kommunalpolitik durch Ueberschreitung einer der neuen Plaketten ehren. Der Casselschen Glorifizierung der Gemeindevertretung trat Singer entgegen in einer eindringenden Kritik der bisherigen Leistungen der Kommune Berlin. Hatte Herr Cassel nur am Pautwesen etwas zu tadeln gefunden, so war der socialdemokratische Redner in der Lage, auf sehr viel schlimmere Dinge hinzuweisen. Eingehend beschäftigte er sich mit der Lage der Gemeinde-Arbeiter, ihren Löhnen, ihrer Arbeitszeit, mit der Reform der Arbeiterausschüsse, der Revision der Bestimmungen über die Ruhegeldgewährung. Singer forderte Schaffung einer sozialpolitischen Kommission, die alle Fragen kommunaler Sozialpolitik bearbeiten solle. Krankenpflege, Armenwesen, Schulwesen wurden gestreift — es zeigte sich, daß nicht alles so goldig war, wie es Herr Cassel in seiner Rede hatte glänzen lassen. Als Singer auf die Elektrizitätswerke, auf das Verkehrswesen einging, wurde der Großaktionär Stadtv. Dr. Preuß nervös und machte seinem gerechten Herzen in Zwischenrufen Luft. Unser Redner schloß mit einer Kennzeichnung der freisinnig-kommunalen Steuerpolitik, die mit kleinen und kleinsten Mitteln dauernd verhalten zu können glaubt, was doch einmal kommen muß: die Ueberschreitung der 100 und 150 Proz. Nur um dieses steuerpolitischen Grundlages willen schränkt der Magistrat, gehoramt dem Befehle der Mehrheit, die Aufgaben der Kommune ein. Auf Singers Ausführungen antwortete sofort Oberbürgermeister Kirchner. Er suchte den Angriff abzuwehren, aber er war darin nicht sehr glücklich. Einen Wohlfahrts-Ausschuss mag er nicht — er zieht es vor, still zu beobachten. Aufsehen erregte seine Erklärung, daß in den Krankenhäusern das männliche Personal „möglichst“ durch Pflegerinnen ersetzt werden solle; Herr Weigert hatte das noch kürzlich in Rede gestellt. Nach Kirchners Rede war das Interesse erschöpft. Es sprachen noch Rommsen, der eifrig die Interessen der privatkapitalistischen Unternehmerrgesellschaften vertrat, und zuletzt vor leeren Wänden Preuß und Rosenow, die nichts Neues mehr vorbringen konnten. Gegen 1/11 Uhr war die Debatte zu Ende und der Etat wurde dem üblichen Ausschuss überwiesen. Von einer Obstruktion unserer Parteigenossen in einem Stadtverordneten-Ausschuss wissen liberale Blätter schlimme Dinge zu vermelden. Zu dem zur Vorberatung der Magistratsvorlage über die Bestaltung des Platzes F. I/XII an der Greifswalderstraße eingesetzten Ausschuss hätten die socialdemokratischen Mitglieder die Sitzung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig gemacht. Der Fall liegt folgendermaßen: Die Eigentümer Böhow halten seit Jahren die Stadt Berlin in dieser Angelegenheit in einer Weise hin, die sie sich nicht länger gefallen lassen darf. Wiederholt haben die Eigentümer versprochen, die Kanalisation durchzulassen, wenn nach ihrem Gesmach das Straßensbild geändert werde, und jedesmal brach Herr Böhow sein mündlich und auch schriftlich gegebenes Versprechen mit Verufung auf seine Nitterben. Jetzt haben nun die Böhowischen und Kaufmannschen Erben ohne Mitwirkung der Stadt einen Vertrag angesetzt, worin vorgeschrieben steht, wo der erwähnte Platz zu liegen kommen soll, welche Straßen im Interesse der Eigentümer anzulegen sind, welche Kosten die Stadt zu tragen hat, und was dergleichen mehr ist. Unse Parteigenossen im Ausschuss protestierten mit aller Energie gegen die in diesem Vertrage an die Stadt gestellten Zumutungen und verlangten die Ablehnung der dreisten Forderungen. Als man jedoch mit

allen Mitteln über Hals und Kopf einen Beschluß in dieser Angelegenheit herbeiführen wollte, verließen unsere Parteigenossen die Sitzung. Sie haben dadurch verhindert, daß über ein Beschluß zu Stande kam, der die Interessen der Stadt bedenklich verletzt hätte. Wie wenig die Herren Rast und Genossen, die für den überreichten Beschluß waren, ihrer Sache sicher gewesen sind, zeigt der Umstand, daß Herr Rast zu Beginn der Sitzung seinen Dringlichkeitsantrag selbst zurückzog. Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wird wahrscheinlich Gelegenheit bieten, Herrn Wögel und seinen Vertrag in bengalischer Beleuchtung zu zeigen.

**Vom Centralverband deutscher Konsumvereine** werden wir erfuhr, den folgenden Inhalt einer Resolution, die am 8. Februar in der bekannten Versammlung im Gewerkschaftshaus angenommen wurde, bekannt zu geben:

Die auf Einladung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission tagende Versammlung von Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaften und Wahlvereine, Vertrauensleuten und sonstigen Funktionären der Partei und der Gewerkschaften erkennt in der Organisation des Konsums der Arbeiterklasse durch Konsumvereine ein wirksames Mittel zur besseren und billigeren Beschaffung der Lebensmittel und damit zur Hebung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes. Zugleich erkennt sie in dieser Organisation ein weiteres Mittel der organisatorischen und wirtschaftlichen Schulung der Arbeiterklasse, das durch Sicherung des Konsumrechts und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen für eine erhebliche Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen usw. in den Verkaufsstellen und Produktionsbetrieben der Konsumvereine eine wirksame Ergänzung der gewerkschaftlichen Organisation und der Kulturbestrebungen der Arbeiterbewegung überhaupt bildet. Die Versammlung empfiehlt daher den organisierten Arbeitern, die in Berlin bestehenden, auf dem Boden des Centralverbandes deutscher Konsumvereine stehenden Konsumorganisationsvereine durch Anschluß wie durch Einkauf ihres Bedarfs in deren Verkaufsstellen thätig zu unterstützen. In diesem Zweck verpflichten sich die Anwesenden, in ihren Kreisen für die Ausdehnung und Propagierung der bestehenden modernen Genossenschaften einzutreten. Sie erwarten ferner, daß die von den hier bestehenden Vereinen unternommenen Schritte zur Herbeiführung einer einheitlichen Genossenschaftsbewegung bald zum Ziele führen werden.

Benutzt sei noch, daß in diesen Tagen unter der Berliner Bevölkerung in 100 000 Exemplaren ein Flugblatt verbreitet wird, welches mit überzeugender Kraft auf die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung hinweist.

**Von den elektrischen Schnellbahnen.** Der Vorsitzende der Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen, Geheimrat Baurat Lochner, hat rechnungsmäßig festgestellt, daß bei den bisherigen Versuchsfahrten mit den Schnellwagen von Siemens u. Halske und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft nahezu 10 000 Kilometer durchfahren worden sind. Es würden aber, so äußerte Geheimrat Lochner, noch weitere und sicherere Ergebnisse erzielt werden können, wenn es möglich wäre, Dauererprobungen von 100 000 und noch mehr Fahrkilometer auf einer längeren Strecke anzustellen zu können. Das strebe die Studiengesellschaft auch an und sie hoffe, ihr Ziel erreichen zu können. Diese Erklärung aus beruflichem Munde steht im Widerspruch mit der gestrigen Meldung, wonach die Versuchsfahrten auf der Militärbahn fortgesetzt werden sollten. In diesem Jahre würde dies schon aus zwei Gründen kaum möglich sein: einmal werden die Versuchsfahrten mit Dampflokomotiven wohl noch monatelang fortgesetzt werden und das andere Mal ist das Kraftwerk Oberspreewald zur Zeit außer Stande, neben den außerordentlich gesteigerten Ansprüchen der Maschinen noch die Lieferung des Arbeitsstromes zumuten. Aber auch auf der „längeren Strecke“, welche die Studiengesellschaft für ihre künftigen Erprobungen in Aussicht genommen hat, dürfen die Fahrten sobald nicht beginnen können, denn diese Strecke müßte ja auch erst mit einem entsprechend stärkeren Oberbau, mit Stromzuleitung, Fahrleitung u. dergleichen versehen werden, was, wie man an der Militärbahn gesehen hat, monatelange, harte Arbeit erfordert.

**Lumpengefindel.** Die „Staatsbürger Zeitung“ druckt unsere Mitteilung über die Geschäftspraktiken des Rechtsanwalts Danziger ab, der bekanntlich den Schuldner seines Klienten für den Fall, daß er seine Schulden nicht bezahle, ziemlich unerblickt mit Ausweisung aus Deutschland bedroht hat. Das Antisemitenblatt bringt in dem Abdruck aus unserem Blatt nicht den Namen des Rechtsanwalts. Dann hängt es der Mitteilung aber folgende Zeilen an: Wir wollen unsern Lesern gegenüber auch mit dem Namen dieses gemüthvollen „Anwalt des Rechts“ nicht hinter dem Berge halten: es ist der Dr. Danziger J. Berlin C., Wolfenmarkt 12/12.

Jetzt sieht es so aus, als ob der „Vorwärts“ den Namen des Rechtsanwalts feige verschwiegen hätte und erst das Antisemitenblatt der Öffentlichkeit diese von uns vermittelte Genugthuung verschaffen müßte. Nach einer solchen, wie zu Ehren der Berliner Presse gesagt werden muß, wohl noch nicht dagewesenen Leistung darf die folgende Rippelei der „Staatsbürger Zeitung“ nicht weiter verwundern: „Mebrigens ist auch der „Vorwärts“ der Letzte, der sich über derartige Geschäftsprinzipien „betrieblamer“ Rechtsanwalte aufzuregen berechtigt ist, solange Ehren-Stadthagen, der wegen Gebührensüberhebung aus dem Rechtsanwaltsstande ausgeschlossen wurde, zu den erklärten und erwählten Schülern der Socialdemokratie gehört.“

Wir wissen nicht, was die „Staatsbürger-Zeitung“ gegen die deutsche Justiz hat. Denn sie und nicht Stadthagen wird durch Erwähnung dieser Angelegenheit getroffen. Als das ungläubliche Urteil ergangen war, das Stadthagen aus dem Rechtsanwaltsstande ausschloß, that dieser alles Mögliche, damit die Strafrecht wegen des ihm zur Last gelegten Vergehens gegen ihn einschreite. Er richtete in einer Revisionsinstanzschrift, die er im „Vorwärts“ verantwortliche zeichnete, die schwersten Anschuldigungen gegen die Justiz, um einen Verleumdungsprozess gegen sich zu provozieren. Doch die Staatsanwaltschaft, die sich sonst in den gleichgültigsten Dingen gegen Socialdemokraten bemüht, rührte wegen dieser, wohl kaum jemals dagewesenen Verleumdungen keinen Finger. Stadthagen denunzierte sich dann selbst bei der Staatsanwaltschaft. Abermals vergeblich; und wie die Staatsanwaltschaft, so handelte ihr höchster Vorgesetzter, der Justizminister, indem er es ausdrücklich ablehnte, Stadthagen wegen Gebührensüberhebung zu verfolgen.

Es gehört schon die Gemeinheit eines Antisemitenblattes dazu, aus einer solchen Angelegenheit gegen einen politischen Gegner Kapital zu schlagen.

**Die Berliner Hansons,** die im letzten Sommer in Betrieb gestellt wurden und schon fast ganz von der Bildfläche wieder verschwunden zu sein schienen, werden uns erhalten bleiben. Die Berliner Hansons-Compagnie G. m. b. H. hat ihren ganzen Besitz (15 Wagen, 30 Pferde, mit sämtlichen Livree, Geschirre usw.) einem bekannten hiesigen Zugführerunternehmer verkauft, der den Betrieb völlig neu einzurichten gedenkt.

**Die Verschiebung des Umzugsstermins am Osterquartal.** Die Vororte haben sich der Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidiums fast durchweg angeschlossen. Das hat aber große Unzufriedenheit herbeigeführt. Von der neuen polizeilichen Bestimmung werden solche Mieter schwer betroffen, die aus kleinen Wohnungen in größere ziehen. Ein Mieter, der jetzt eine Zweizimmer-Wohnung inne hat und vom Osterquartal ab drei Zimmer mit Zubehör bewohnt, muß nach der polizeilichen Verfügung am Osterquartal schon seine alte Wohnung geräumt haben. In die neue Wohnung kann er aber nicht hinein, da deren Inhaber erst am Dienstag, also drei Tage später, die Wohnung zu räumen braucht. Wo soll der neue Mieter nun inzwischen mit seinen Sachen bleiben? In der Regel wird er aus der Klemme nur dadurch herauskommen, daß er seinen Vorgänger bittet, ihm ein Zimmer einzuräumen, um die notwendigen Gegenstände zu platzieren. Der

Rest des Möblements muß entweder in irgend einem Schuppen untergebracht werden oder auf dem Möbelwagen verbleiben.

**Schau vor Schenkenten.** Die Berliner Schenkemannschaft wird gegenwärtig, wie das „Kleine Journal“ schreibt, auf Anordnung des Ministers des Innern wieder darüber belehrt, wie sie mit den Indastrierten umzugehen hat. Vor allem ist verboten, durch Schlägen Befolgung der gegebenen Anordnungen zu erzwingen, es sei denn, daß dies in der Notwehr zu geschehen habe. In Bezug auf weibliche Personen wird zur strengsten Pflicht gemacht, daß zum erstenmal Eingelieferte unter keinen Umständen mit andern, bestrafte Personen in Verührung kommen, auch sollen sie nicht mit dem Polizei-Transportwagen, sondern mittels Droschke ins Polizeipräsidium transportiert werden. Ferner darf keine Frauensperson auf eine bloße Denunziation einer Privatperson hin fixiert werden. Sobald eine Sittlerin in der Lage ist, eine Wohnung nachzuweisen, soll sie sofort wieder entlassen werden, sobald der Thatbestand aufgenommen ist. Dies gilt auch dann, wenn sie sich verdächtig gemacht hat. Bei begangenen Verbrechen gelten natürlich andre Bestimmungen.

**In der Aufbesslungs-Lehrschmiede in Charlottenburg** beginnt der nächste Kursus am Dienstag, den 5. April d. J., vormittags 8 Uhr. Meldungen zur Teilnahme sind an den Vorsteher, königl. Oberlehrer a. D. Herrn Brandt zu Charlottenburg, Spreertr. 58, zu richten. Zur Aufnahme sind erforderlich: 1. Der Nachweis über Erlernung des Schmiedehandwerks, 2. ein polizeiliches Führungsattest. Unentgeltlich erhalten freie Ausbildung und haben keinerlei Prüfungsgebühren zu entrichten.

**Eine gefährliche Abenteuerin.** Der Steckbrief hinter der Heiratsmittlerin Hartert, den die hiesige Staatsanwaltschaft im Juli 1900 erlassen hatte, wird nunmehr als erledigt zurückgenommen. Die separierte Elisabeth Hartert geb. Schmitz spielte, wie noch erinnerlich sein dürfte, in einem vor der Berliner Strafkammer im Jahre 1898 stattgehabten Sensationsprozeß die Hauptrolle; Frau Hartert wurde damals wegen Kuppelei und Betruges zu insgesamt 13 Monaten Gefängnis verurteilt, die weitere Anklage wegen Wuchers wurde vorläufig zurückgestellt, um noch weitere Erhebungen in dieser Sache anzustellen. Frau Hartert pflegte in ihren eleganten Salons am Magdeburger Platz zahlreiche Vertreter der Lebewelt zu empfangen und hier Heiratsvermittlungen zwischen Kavaliere und begüterten Damen sowie auch Geldgeschäfte abzuwickeln. Während der Revisionsverhandlung gegen das oben erwähnte Urteil beim Reichsgericht noch schwelte, wurde Frau Hartert auf Grund eines ärztlichen Attestes vom Moabiter Untersuchungsgefängnis aus einer Charlottenburger Krankenanstalt entlassen. Als sie aus dieser wieder entlassen wurde, war das Urteil inzwischen rechtskräftig geworden, da die Revision verworfen wurde. Seit dieser Zeit war Frau Hartert verschwunden und wurde steckbrieflich verfolgt, weil sie sich zur Verhöhnung der Justiz von neun Monaten freiwillig nicht gefasst hatte. Recht bezeichnend ist einer der Betrugsfälle, der die Bestrafung der Hochstaplerin mit herbeiführte. Nachdem sich Frau Hartert bei einem Lieutenant als Tochter eines Sanitätsrats und Witwe eines reichen schlesischen Rittergutsbesitzers vorgestellt hatte, gelang es ihr, den Offizier zu bewegen, ihre beiden Söhne als die seinigen anzuerkennen, sich mit ihr zu verloben und ihm schließlich zur Bezahlung ihrer Schulden und Bedienung ihrer angeblich in Schlesien liegenden Güter eine Gesamtsumme von 30 000 M. abzuswindeln.

**Uebervöllung und vergevornigt** wurde am Donnerstag früh zwischen 5 und 6 Uhr eine Frau, die durch die Reddenburgstraße in Schmaragdweg ging, an einer Stelle, die nicht in dem eigentlichen Dorje liegt. Die Frau setzte sich zur Wehr, wurde aber überwältigt und bei dem Vorgange verletzt. Der Thäter entkam in der Dämmerung. In Frage kommt ein junger Burche von 18 bis 20 Jahren mit bartlosem Gesicht. Sein Anzug bestand aus einer dunklen Hose und einer dunkelrothen Jacke (Switer) mit hellen Streifen. Die Polizeibehörden der Umgegend und die Berliner Polizei wurden verständigt.

**Einen schweren Verlust** erlitt eine Engländerin auf dem Wege von der Kleist- nach der Schillstraße. Mit einer kleinen schwarzeledernen Portefolio ist ihr zusammen mit einem Kreditbrief über tausend Pfund Sterling die Summe von 400 Mark in Hundertmarkscheinen abhanden gekommen. Vor der Annahme des Kreditbriefes wird gewarnt.

**Vereinzelt Wassererkankungen in der Hauptbettenanstalt zu Groß-Lichterfelde** haben zu Vorbeugungsmaßnahmen geführt. Die Stubenlameraden der Erkrankten sind isoliert worden und werden ärztlich überwacht. Die Ausbreitung der Krankheit, die bisher in neun Fällen auftrat, scheint jedoch ihren Höhepunkt erreicht zu haben, da weitere Fälle nicht vorgekommen sind. Der Verkehr mit der Anstalt erleidet keinerlei Einschränkungen. Auch auf die augenblicklich stattfindenden Examina hat die Krankheit keinen Einfluß gehabt. Vielleicht waren es malskranken Studenten, die sich vor einigen Tagen so kindlich für Ruhland begeistert haben.

**Untersuchungen eines Bahnhofsassistenten.** Einer peinlichen Unterjählungsaffäre ist man, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, auf dem Stadtbahnhof Börse auf die Spur gekommen. Der Bahnhofsdoorfischer Grothe der Station Börse hatte aus Gelübschaftsgründen einen Urlaub angetreten und wurde während dieser Zeit von dem Bahnhofsassistenten Hugo Spielmann aus der Diederhofenerstraße 2 vertreten. Mittwoch lehrte Herr Grothe wieder zum Dienstantritt zurück und ließ sich von Spielmann die Bücher und Kassenbestände u. dergleichen übergeben, was dieser sofort that. Grothe war gerade im Begriff, eine Revision der Kasse vorzunehmen, als sich Spielmann mit den Worten: „Bei der Revision brauche ich ja doch nicht dabei zu sein!“ angeblich auf kurze Zeit entfernte. Bei der Revision wurde nun unterdessen ein Fehlbetrag von etwa 17 000 M. entdeckt. Vergeblich wartete man auf die Rückkehr Spielmanns. Er kam nicht wieder und Nachforschungen ergaben, daß er nach der begangenen Unterschlagung flüchtig geworden ist. Die Unterschlagungen konnten deshalb einen so großen Umfang annehmen, weil auch die Auszahlung von Pensionsgeldern dem Assistenten oblag. Spielmann, der in zweiter Ehe verheiratet ist, soll durch Spielverluste zu der Defraudation betrogen worden sein. Bisher hat man keine Spur des Flüchtigen.

**Einen verweirten Kampf um seine Ehre** führt der Naturheil- undige Weinjahr, welcher bekanntlich wegen verschiedener Sittlichkeitsverbrechen zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Er war im Norden der bekannteste Naturarzt und stand bei seiner Kunstfertigkeit, welche sich besonders aus Frauen zusammensetzte, in dem Ruf, wahre Wunderkuren zu machen. Die Anklage hat ihm vorgeworfen, das Vertrauen seiner weiblichen Klientel bei körperlichen Untersuchungen gemißbraucht zu haben. Er, welcher mit seiner Ehefrau in unglücklicher Ehe lebte, hat stets seine Unschuld beteuert und behauptet, daß Opfer einer Intrigue zu sein. Nachdem das Reichsgericht die Revision gegen das schwebende Urteil verworfen hatte, hat nunmehr Rechtsanwält Wahn für Weinjahr den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt. Dasselbe wird auf Geisteskrankheit des W. gestützt. Er soll bereits in seiner Jugend Spuren von Anomalität gezeigt haben. Seine Eltern sollen Neurenthemer gewesen sein, sein Bruder leidet an religiösem Wahnsinn, er selbst hat seit langen Jahren ein mit Blutungen verbundenes Rasenleiden und soll außerdem jetzt von der Rückenmarkschwundsticht befallen sein. Alle diese Thatsachen sind in dem bisherigen Strafverfahren nicht geltend gemacht worden, können daher Gegenstand eines Wiederaufnahmeverfahrens werden. Der Kassen erregende Fall wird also sobald nicht zur Ruhe kommen.

**Im Passage-Theater** hat es gestern Abend zum zweiten Male innerhalb kurzer Zeit gebrannt. Der wachhabende Feuermann Heinemann bemerkte nach 7 Uhr bei der Vorführung von kinematographischen Bildern, daß der Apparat, der auf einem kleinen Balkon

aufgestellt war, nicht gut funktionierte. Wenige Minuten später entstand Kurzschluß und im Nu stand der Apparat in Flammen. Zum Glück gelang es den Feuerwehmannen diese bald zu löschen. Das Publikum verließ den Zuschauerraum, wobei es auf der engen Treppe nicht ohne Gedränge abging.

**Im Volkshaus zu Charlottenburg** war gestern ein recht zahlreiches Publikum zu einem von Schiller-Theater veranstalteten Chamisso-Abend versammelt. Leider schien diesem Unternehmen infoweit kein glücklicher Stern, als Direktor Löwenfeld verhindert war, den zugefügten Vortrag über den Dichter zu halten und sein Vertreter, Herr Schaumburger, höchst unvorbereitet auf die Bühne trat. Was dieser Herr notwendig den Versammelten erzählte, genigte wirklich nicht, um die wohlbegierigen Männer und Frauen mit der Seele des Dichters vertraut zu machen. Vor allem berührte es gewissermaßen peinlich, daß der Vortragende sein Publikum trumpschaft davon überzeugen zu müssen glaubte, daß Chamisso auch die Leiden des Volkes für sein Teil erkannt habe, und als Beweis dafür mit wenig Kunst das bekannte Gedicht von der alten Wafschraun und ihrem selbstfabrizierten Sterbehemd herlegte. Auch im Volkshaus zu Charlottenburg verlangt niemand, daß ein Dichter, der 1781 geboren wurde, proletarisches Bewußtsein zur Schau trage; man will die Schönheit seiner Verse erklärt haben und auf seine kulturgeschichtliche Bedeutung aufmerksam gemacht sein, und ist froh, nur daraus Erquickung schöpfen zu können. Vielleicht daß es bei späterer Gelegenheit möglich ist, das in diesem Vortrag Verabsäumte nachzuholen. Die Recitation der zum Glück schwermütigen Dichtungen Chamissos entschädigte das Publikum allmählich für die ihm durch den Vortrag bereite Enttäuschung. Woldemar Runge, Erich Ringel und Elise Wafa hatten eine hübsche Auswahl getroffen und ihr Vortrag ging zu Herzen. Sodann sang Fräulein Beth Schott mit sympathischer Stimme den von Schumann komponierten Lieder-Chlus „Frauenliebe und Leben“ und zum Schluß wurden von den schon genannten Künstlern einige der heiteren Dichtungen Chamissos vorgetragen. Wir hoffen, daß es dem Volkshaus im Laufe des Winters häufiger möglich ist, gut vorbereitete Dichterabende zu veranstalten.

**Im wissenschaftlichen Theater der „Urania“** hält am Montag-Abend 8 Uhr Herr Dr. Gazert, der ärztliche Begleiter der deutschen Südpolar-Expedition einen Vortrag „Unser Leben im ewigen Polareis“. Die von zahlreichen neuen Lichtbildern begleiteten Schilderungen des Vortragenden werden, im Gegensatz zu dem Bericht des Herrn Professor v. Drngalski, der die rein wissenschaftlichen Resultate der Expedition behandelte, mehr auf die intimeren Ergebnisse und Ergebnisse der Expedition eingehen.

### Aus den Nachbarorten.

**Charlottenburg.** Die Arbeitslosenzählung, die am Dienstag, den 23. Februar, vorgenommen wird, kann ihren unmittelbaren Zweck, ein einigermaßen zutreffendes Bild von dem Umfange der Arbeitslosigkeit zu geben, nur erfüllen, wenn die Arbeiter das Unternehmen thätig unterstützen, wenn sie dafür sorgen, daß die Zählkarten in die Hände der Arbeitslosen gelangen, von diesen genau ausgefüllt und richtig abgeliefert werden. Abzuholen sind die Zählkarten am Sonntag, Montag und am Dienstag selbst, an neuen Stellen, nämlich im Rathhaus, Pligowstraße 11/12, im städtischen Arbeitsnachweis, Kirchstraße 10, in der Orts-Krankenliste, Volkshaus, Kofenstraße 8, in den drei Verkaufsstellen des Konsumvereins, Wilmersdorferstraße 27, Tauroggenstraße 10, Potsdamerstraße 12, im Feuerwehrrdepot, Kankestraße 10, im Bürgerhause, Sophie Charlottenstr. 115 und im Statistischen Amt, Berlinerstr. 71. An allen diesen Stellen stehen Urnen, in welche die Karten am Dienstag hineinzuwerfen sind; Dienstag um 8 Uhr werden die Urnen nach dem Statistischen Amt gebracht, wo die Ermittlung des Resultates erfolgt.

Von einer Arbeitslosenzählung bis zu einer thätigen Arbeitslosenfürsorge ist noch ein sehr weiter Schritt, der um so langsamer gemacht werden wird, als die bürgerlichen Socialpolitiker, wie die letzten Reichstags-Verhandlungen wieder deutlich gezeigt haben, jede Unterstützung bei sozialen Maßnahmen vermeiden wollen und den Schneedengang in der Socialpolitik predigen. So wird es wohl auch hier heißen: „Immer langsam voran, immer langsam voran, daß die lahme Reichshauptstadt auch mitkommen kann!“

Trotzdem verdient das Vorgehen der Charlottenburger Kommune Anerkennung, zeigt es doch den guten Willen, die Vorbedingungen für einen Anfang auf diesem wichtigen Gebiete socialer Vethätigung zu machen. Die Arbeiter haben daher die Pflicht, die Zählung zu unterstützen und nicht durch Gleichgültigkeit das Nützliche derselben herbeizuführen.

**Neu-Weihenster.** Siebzehn Bewerbungen sind auf die Ausschreibung der Stelle eines besoldeten Schöffen eingegangen. Wegen der Tilgung der neu aufzunehmenden Anleihe von 500 000 Mark ist von der Aufsichtsbehörde bestimmt worden, daß die Amortisationsquote von 1 Proz. auf 1 1/2 Proz. zu erhöhen sei. Die Verzinsung des neuerbauten Gemeindehauses incl. Grund und Boden beträgt 19 400 M. jährlich; es soll, da Amts- und Gemeindeverwaltung die gleiche Anzahl von Räumen einnehmen, der Amtsverwaltung die Hälfte des Betrages, also 9700 M., als Mietschuldigung angerechnet werden.

**In der Stadtwerdungsfrage** hat die Gemeindevertretung von Wilmersdorf jetzt abermals beschlossen, sich mit einer Petition an das Abgeordnetenhaus zu wenden. Bis jetzt haben die Bemühungen der Gemeindevertretung in dieser für den Ort bedeutsamen Angelegenheit keinerlei Erfolg gehabt. Mit Gründen, die von geradezu straflicher Unkenntnis der Dinge zeugen, hat der Minister des Innern in dem „hohen Hause“ gegen die Stadtwerdung gesprochen. Ob man jetzt dem erstrebten Ziele näher kommt?

### Briefkasten der Redaktion.

**S. C. S. Mainz.** Die Zählungen des Jahres 1895 — am 14. Juni und 2. Dezember — wurden vom Reich vorgenommen. Andre das ganze Reich umfassende Zählungen wurden bisher nicht vorgenommen. Die ausführliche Darstellung der Zählungsergebnisse ist enthalten im Ergänzungsbuch zu Heft 4 des Jahrganges 1896 der Vierteljahrshefte zur Reichsanzeiger. Das Heft ist im Buchhandel — Verlag von Puttkamer u. Mühlbrecht, Berlin — zum Preise von 1 M. zu haben. Die Buchhandlung der „Mainzer Volkszeitung“ wird es Ihnen gern besorgen.

**Marktpreise von Berlin am 17. Februar 1904**  
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Str.	17,00	16,97	Kartoffeln, neue D.-Str.	7,00	6,00	
mittel	16,94	16,91	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20	
gering	16,88	16,85	do.  Bong	1,40	1,10	
*Roggen, gut	13,20	13,18	Schweinefleisch	1,60	1,00	
mittel	13,16	13,14	Rohfleisch	1,80	1,20	
gering	13,12	13,10	Hammelfleisch	1,80	1,20	
†Gerste, gut	13,80	12,90	Butter	2,60	2,00	
mittel	12,80	11,90	Eier	60 Stück	5,00	3,00
gering	11,80	10,90	Käse	1 kg	2,40	1,20
†Hafer, gut	15,40	14,40	Kale		3,00	1,40
mittel	14,30	13,40	Vander		3,00	1,20
gering	13,20	12,40	Beide		2,40	1,20
Rübspross	4,00	3,50	Harthe		1,80	0,80
Heu	7,20	5,00	Schleie		3,00	1,40
Erbsen	40,00	28,00	Beie		1,40	0,80
Speisebohnen	50,00	26,00	Stroh	per Schof	15,00	3,00
Dansen	60,00	20,00				

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.  
**Wetter-Prognose für Freitag, den 19. Februar 1904.**  
Etwas kälter, veränderlich, vorherrschend wolkig mit Niederschlägen und starken, später abnehmenden nordwestlichen Winden.

